



16. Wahlperiode

109. Sitzung

Mittwoch, den 16.12.2015

Mainz, Deutschhaus

Die Tagesordnung für die 109. und 110. Plenarsitzung wird auf Grundlage der ausgedruckten Tagesordnung wie folgt festgestellt:

Die Abstimmungen über das Landesgesetz zur Änderung des Fraktionsgesetzes und das Landesgesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes in zweiter Beratung finden im Anschluss an die Beratungen und Abstimmungen zum Landeshaushaltsgesetz statt. Zwischen der ersten und der zweiten Beratung ist die nach § 55 Abs. 1 Satz 1 GOLT einzuhaltende Frist abzukürzen (§ 68 Abs. 1 GOLT).

Entsprechend der Übereinkunft im Ältestenrat zum Verfahren der Beratung des Haushalts 2016 und der übrigen Tagesordnungspunkte werden gemäß § 133 der Geschäftsordnung des Landtags folgende Abweichungen von der Geschäftsordnung beschlossen:

– Abstimmungen über Gesetzentwürfe in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung erfolgen den nach Abstimmungen zum Landeshaushaltsgesetz. Ausschussüberweisungen erfolgen zum Abschluss der Beratung des Einzelplans, zu dem sie aufgerufen werden. Auf die Berichterstattung zu den Gesetzentwürfen in zweiter Beratung wird verzichtet.

– Die Abstimmungen über Änderungsanträge und die Beschlussempfehlung zum Landeshaushaltsgesetz erfolgen nicht nach Einzelplänen gegliedert. Stattdessen erfolgt eine gebündelte Abstimmung über die Änderungsanträge in der zeitlichen Reihenfolge des Eingangs. Auf Wunsch wird über einzelne Haushaltsänderungsanträge wie auch über einzelne Empfehlungen in der Beschlussempfehlung getrennt abgestimmt.

– Über die Entschließungsanträge zum

Landeshaushaltsgesetz wird erst nach Abstimmung über alle Einzelpläne und das Landeshaushaltsgesetz abgestimmt, und zwar in der Reihenfolge des zeitlichen Eingangs.

7190

**Landeshaushaltsgesetz 2016 (LHG 2016)
Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache [16/5630](#) –

Zweite Beratung

dazu:

Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2015 bis 2020

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

– Drucksache [16/5631](#), Vorlage 16/5805 –

Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

– Drucksache [16/5880](#) –

Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses

– Drucksache [16/5881](#) –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache [16/5951](#) –

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache [16/5966](#) –

Anträge der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Entschließungen –

– Drucksachen [16/5967](#) bis [5993](#) und [16/5995](#) bis [5998](#) –

Anträge der Fraktion der CDU – Entschließungen –

– Drucksachen [16/6000](#) bis [6017](#) –

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Entschließung –		Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses	
– Drucksache 16/6024 –	7191	– Drucksache 16/5936 –	7242
Beratung des Einzelplans 02 – Ministerpräsidentin und Staatskanzlei	7193	Abg. Dr. Axel Wilke, CDU:	7242
Abg. Julia Klöckner, CDU:	7193, 7235	Abg. Heiko Sippel, SPD:	7245
Abg. Alexander Schweitzer, SPD:	7207	Abg. Katharina Raue, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	7247
Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	7217	Abg. Dorothea Schäfer, CDU:	7248
Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:	7225, 7227	Abg. Anke Simon, SPD:	7249
.	7236	Abg. Nicole Besic-Molzberger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	7250
Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU:	7236	Prof. Dr. Gerhard Robbers, Minister der Justiz und für Verbraucherschutz:	7251
Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	7238	<i>Die zweite Beratung der Gesetzentwürfe – Drucksachen 16/5635/5770 – wird jeweils bis zur 110. Plenarsitzung am 17. Dezember 2015 unterbrochen.</i>	7254
Abg. Dr. Denis Alt, SPD:	7241	Beratung des Einzelplans 01 – Landtag	7254
Beratung des Einzelplans 05 – Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	7241	...tes Landesgesetz zur Änderung des Fraktionsgesetzes Rheinland-Pfalz	
...tes Rechtsbereinigungsgesetz		Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Gesetzentwurf der Landesregierung		– Drucksache 16/5899 –	
– Drucksache 16/5635 –		Erste Beratung	7254
Zweite Beratung		...tes Landesgesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes Rheinland-Pfalz und anderer Gesetze	
dazu:		Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses		– Drucksache 16/5901 –	
– Drucksache 16/5935		Erste Beratung	7254
Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Abg. Carsten Pörksen, SPD:	7254
– Drucksache 16/5954 –	7242	Abg. Hans-Josef Bracht, CDU:	7255
Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes über den Sozialdienst der Justiz		Abg. Nils Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	7256
Gesetzentwurf der Landesregierung		<i>Nach Begründung findet jeweils eine Aussprache zu den Gesetzentwürfen – Drucksachen 16/5899/5901 – statt.</i>	7257
– Drucksache 16/5770 –			
Zweite Beratung			
dazu:			

* * *

Präsidium:

Präsident Joachim Mertes, Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund, Vizepräsident Heinz-Hermann Schnabel, Vizepräsident Dr. Bernhard Braun

Anwesenheit Regierungstisch:

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin; Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen, Irene Alt, Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten, Eveline Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung, Roger Lewentz, Minister des Innern, für Sport und Infrastruktur, Vera Reiß, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur, Prof. Dr. Gerhard Robbers, Minister der Justiz und für Verbraucherschutz; Clemens Hoch, Staatssekretär.

Entschuldigt:

Abg. Bettina Dickes, CDU, Abg. Thomas Günther, CDU, Abg. Brigitte Hayn, CDU, Abg. Adolf Kessel, CDU, Abg. Anna Neuhof, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Abg. Jaqueline Rauschkolb, SPD, Abg. Ingeborg Sahler-Fesel, SPD; Heike Raab, Staatssekretärin.

**109. Plenarsitzung des Landtags
Rheinland-Pfalz am 16.12.2015**

Die Sitzung wird um 12:00 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Joachim Mertes:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, seien Sie alle herzlich willkommen zur 109. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz! Ich begrüße Sie zur traditionellen Haushaltssitzung, wenn auch zur ungewöhnlichen Mittagszeit.

Zu schriftführenden Abgeordneten berufe ich die Kollegen Dr. Tanja Machalet und Michael Wäschenbach. Herr Wäschenbach führt die Redeliste.

Entschuldigt sind für heute die Abgeordneten Bettina Dickes, Thomas Günther, Brigitte Hayn, Adolf Kessel, Anna Neuhof, Jaqueline Rauschkolb und Ingeborg Sahler-Fesel. Frau Staatssekretärin Heike Raab kann heute aufgrund dienstlicher Termine in Berlin nicht an der Sitzung teilnehmen.

Ich darf Ihnen heute aber auch noch einige erfreuliche Dinge mitteilen. Zum Geburtstag gratulieren wir Herrn Staatsminister Professor Dr. Gerhard Robbers. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute für das neue Lebensjahr!

(Beifall im Hause)

Einen runden Geburtstag feierten die Kollegen Dietmar Johnen – er wurde 50 Jahre alt, das darf man noch erwähnen – und Thomas Günther, er wurde 60 Jahre alt. Auch das darf man erwähnen. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Nicht erwähnen möchte ich das Alter von Julia Klöckner, aber es wäre ohne Weiteres erwähnenswert. Frau Klöckner, Sie haben heute Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute für diesen Tag und für das neue Lebensjahr!

(Beifall im Hause –
Julia Klöckner, CDU: Danke schön!)

Ich möchte an dieser Stelle sozusagen außer der Reihe und in eigener Kompetenz besonders Frau Helma Schmitt begrüßen. Liebe Frau Schmitt, Sie waren einmal Vizepräsidentin und sind noch immer unverdrossen. Sie waren heute bei uns als Zeitzeugin. Meine Damen und Herren, wir sind heute zum zweitletzten Mal für die nächsten Jahre in diesem Gebäude, und die Zeitzeugen haben etwas über dieses Gebäude und den Plenarbereich erzählt. Frau Schmitt, ich freue mich sehr, dass ich Sie heute gesund wiedersehe. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich möchte Ihnen nun noch einige Mitteilungen machen. Meine Damen und Herren, wenn heute während der Plenarsitzung mit einer Kamera fotografiert wird, geschieht dies deshalb, um Ihnen eine kleine Freude zum Schluss

dieser Zeit zu machen. Herr Silz wird alle Abgeordneten, die dies möchten, fotografieren, einmal als Person, einmal im Gruppenzusammenhang und auch einmal im Fraktionszusammenhang. Fotografiert wird aber auch die Landesregierung. Wir tun dies, damit Sie von diesem sehr geschichtsträchtigen Tag eine Erinnerung behalten. Bleiben Sie also bitte so natürlich, wie Sie auch sonst sind, wenn Sie fotografiert werden. Herr Silz wird heute seine Arbeit machen. – Frau Kollegin Klöckner, es wird Sie nachher bei Ihrer Rede hoffentlich nicht stören, dass in Ihrem Rücken etwas stattfindet? Alles andere haben Sie vor sich.

(Julia Klöckner, CDU: Wenn Sie in meinem Rücken sind, stört mich nichts, Herr Präsident!)

– Gut, das freut mich.

Lassen Sie mich zur Tagesordnung noch einige Hinweise geben. Wir haben eine eigene Tradition in Form der Haushaltsberatungen in Rheinland-Pfalz. Wir beraten nach einer Generalaussprache, die heute stattfindet, zuerst die einzelnen Etats, wie wir es im Ältestenrat verabredet haben, und rufen zu den einzelnen Etats auch die Gesetze, Anträge und Änderungsanträge auf, die dazugehören. Aber abgestimmt werden sie erst morgen, und das wird nicht morgen um diese Zeit sein.

Die Abweichungen bedeuten, dass wir für Gesetze, die heute und morgen zu beraten sind, die Frist abkürzen. Wir werden über einzelne Haushaltsanträge, so dies gewünscht wird – und ich habe gehört, es wird gewünscht –, einzeln abstimmen, ansonsten erfolgt die Abstimmung in der Gesamtheit Punkt für Punkt. Die Geschäftsführer haben sich dankenswerterweise darauf geeinigt, dass es zu den einzelnen Gesetzen und Gesetzesvorhaben keine Berichterstattung gibt, sondern es wird lediglich der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses abgegeben, den wir als Nächstes hören werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, somit rufen wir **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Landeshaushaltsgesetz 2016 (LHG 2016)
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5630 –
Zweite Beratung**

dazu:

**Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre
2015 bis 2020**

**Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
– Drucksache 16/5631, Vorlage 16/5805 –**

**Beschlussempfehlung des Haushalts- und
Finanzausschusses**

– Drucksache 16/5880 –

Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses

– Drucksache 16/5881 –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 16/5951 –

**Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

– Drucksache 16/5966 –

**Anträge der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN – Entschließungen –**

– Drucksachen 16/5967 bis 5993 und 16/5995 bis 5998 –

Anträge der Fraktion der CDU – Entschließungen –

– Drucksachen 16/6000 bis 6017 –

**Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN – Entschließung –**

– Drucksache 16/6024 –

Die Grundredezeit beträgt 60 Minuten je Fraktion. Ich erteile zunächst dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Wansch, das Wort.

Abg. Thomas Wansch, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir stehen, wie soeben von Herrn Präsidenten Mertes dargelegt, vor der abschließenden Beratung des Haushalts 2016, des letzten Haushalts in dieser Wahlperiode. Ihnen allen liegt die Drucksache 16/5880 mit der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses vor.

Die hinter uns liegenden Haushaltsberatungen waren sehr arbeitsintensiv, aber auch sehr effizient. Phasenweise fanden die Sitzungen des Haushalts- und Finanzausschusses täglich, manchmal auch ganztätig statt. Bei allen unterschiedlichen politischen Bewertungen in der Sache fanden die Beratungen in einer sachorientierten und konstruktiven Atmosphäre statt. Hierfür möchte ich mich bei allen Beteiligten recht herzlich bedanken.

(Beifall im Hause)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Dreiklang aus Konsolidierung, der Bewältigung aktueller Herausforderungen und der Verfolgung politischer Schwerpunkte für die Zukunftsfähigkeit des Landes hat die laufenden Haushaltsberatungen geprägt. Wie bereits in den zurückliegenden beiden Doppelhaushalten, steht auch der aktuelle Haushalt im Zeichen der Schuldenbremse. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist ein übergeordnetes Ziel, das noch in der letzten Legislaturperiode mit den Stimmen aller im Landtag vertretenen Fraktionen in die Landesverfassung aufgenommen wurde.

Der Haushalt 2016 steht insoweit in einer Linie mit den vergangenen beiden Doppelhaushalten und den künftigen Haushalten.

Die zweite Herausforderung sind die vielen schutzsuchenden Menschen, die sich in den vergangenen Monaten auf den Weg nach Europa, nach Deutschland und damit auch nach Rheinland-Pfalz gemacht haben. Es ist die Verpflichtung aller Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen, sich dieser gewaltigen Aufgabe zu stellen und der humanitären Verantwortung gemeinsam mit den vielen engagierten Helferinnen und Helfern gerecht zu werden. Für das Land Rheinland-Pfalz müssen mit dem Landeshaus-

halt die notwendigen finanziellen Mittel zur Bewältigung dieser Anforderungen bereitgestellt werden.

Hinzu kommen nach den furchtbaren Anschlägen in Paris neue Herausforderungen im Bereich der Inneren Sicherheit. Daneben muss der Haushalt schließlich die notwendigen politischen Schwerpunkte für die Zukunft unseres Landes setzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist die originäre Aufgabe dieses Parlaments, innerhalb des beschriebenen Zieldreiecks einen angemessenen Ausgleich zu finden: Ausgabenkürzungen dort vorzunehmen, wo es politisch vertretbar erscheint, dabei aber auch den aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden und die notwendigen Investitionen in die Zukunft unseres Landes vorzunehmen. Dies ist wahrlich keine leichte Aufgabe. Einfache Antworten gibt es nicht, Kompromisse, auch schmerzhaft, mühsam errungene Kompromisse sind unausweichlich. Sie sind Kennzeichen verantwortlicher Politik, sie sind das Kennzeichen der parlamentarischen Demokratie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei allen Unterschieden in der politischen Bewertung ist es mir ein besonderes Anliegen, anlässlich der heutigen abschließenden Haushaltsberatungen diese Gemeinsamkeit der demokratischen Parteien zu betonen; denn wir erleben in Europa, aber auch in Deutschland ein Wiedererstarken des politischen Populismus und Extremismus. Dies geht einher mit einer Verächtlichmachung der parlamentarischen Demokratie und ihrer Repräsentanten. Die parlamentarische Demokratie mag manchmal schwerfällig und wenig glanzvoll erscheinen; aber sie ist die einzige uns bekannte Regierungsform freier Menschen in einer freien Gesellschaft.

(Beifall im Hause)

Wir alle als frei gewählte Abgeordnete sind an vorderster Stelle dazu berufen, dieses Fundament unserer Freiheit zu verteidigen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, mit der heutigen Aussprache werden die Fraktionen die aus ihrer Sicht wichtigen Aspekte des Haushalts 2016 hervorheben. Ich werde auf die Diskussionen im Haushalts- und Finanzausschuss sowie die unterschiedlichen Bewertungen des Regierungsentwurfs nur exemplarisch und in der gebotenen Kürze eingehen.

Aus Sicht der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sichert der vorgelegte Haushalt 2016 trotz der noch nie dagewesenen Zuwanderung von Flüchtlingen den Konsolidierungspfad mit dem realistischen Ziel eines strukturell ausgeglichenen Haushalts im Jahr 2020. Zugleich setzt er die aus Sicht der regierungstragenden Fraktionen notwendigen politischen Schwerpunkte, etwa bei den Kommunen, der Bildung und Wissenschaft, der Energiewende sowie dem Umwelt- und Naturschutz, der Verkehrsinfrastruktur, dem öffentlichen Nahverkehr, der Inneren Sicherheit, der sozialen Wohnraumförderung oder dem Breitbandausbau.

Die Fraktion der CDU kritisierte, dass trotz steigender Steuereinnahmen der aktuelle Haushalt nicht ohne neue Schulden auskomme. Die Einsparanstrengungen seien

nicht ausreichend. Die Herausforderungen, die durch die Bewältigung der Zuwanderung von Flüchtlingen entstanden seien, könnten nicht als Grund für die Neuverschuldung angeführt werden.

Die Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verwiesen im Gegenzug darauf, dass seit 2011 bereits eine erhebliche Zurückführung des strukturellen Defizits erreicht und die Finanzplanung sogar übertroffen worden sei. Im Übrigen stünden den Steuermehreinnahmen auch gestiegene Ausgabeverpflichtungen insbesondere im Personalbereich gegenüber.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dem Haushalts- und Finanzausschuss lagen nach elf Sitzungen am Ende insgesamt 369 Änderungsanträge der Fraktionen vor, darunter 79 gemeinsame Anträge aller Fraktionen. Die 119 Anträge der Fraktion der CDU fanden keine Mehrheit. Angenommen wurden 171 Anträge mit der Mehrheit der regierungstragenden Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dabei wurden die Änderungsanträge zum Einzelplan 02, die den Bereich Rundfunk betreffen, einstimmig beschlossen.

Einstimmig angenommen wurden auch die Änderungsanträge aller drei Fraktionen, die im Wesentlichen den Landtag, das Thema der Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung sowie die Anpassung an die Steuerschätzung betreffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist Sache der Fraktionen, die jeweils aus ihrer Sicht bedeutsamen Punkte zu den von ihnen eingebrachten Änderungsanträgen darzustellen. In meiner Eigenschaft als Berichterstatter möchte ich den Beratungen insoweit nicht vorgreifen. Lassen Sie mich deshalb lediglich summarisch auf die beantragten und beschlossenen Änderungen eingehen. Die Fraktion der CDU schlug Nettoeinsparungen in Höhe von rund 400 Millionen Euro vor, etwa durch die Streichung der Energieagentur und der Friedensakademie sowie der Entwicklungsagentur und des Bürgerbüros der Staatskanzlei. Weitere Kürzungsvorschläge betrafen den Nationalpark sowie das Wohngeld.

Die Schaffung einer Personalvermittlungsstelle – PVS genannt – sollte über Personaleinsparungen rund 65 Millionen Euro Ersparnis bringen. Die Kürzungsvorschläge enthielten zudem globale Minderausgaben in Höhe von insgesamt 188 Millionen Euro, darunter 70 Millionen Euro im Bereich der Wasserwirtschaft.

Zusätzliche Mittel wurden beispielsweise für Justiz, für Polizei, für 600 neue Lehrkräfte sowie den Straßenbau gefordert. Die Einführung von Kita-Gebühren sollte 47,6 Millionen Euro bringen, die jedoch direkt in diesem Bereich wieder verausgabt werden sollten.

Auf Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurden beispielsweise Änderungen des Haushaltsplans im Bereich der Versorgung und Integration von Flüchtlingen beschlossen. Hierzu zählt auch die Schaffung von neuen Projekten im Integrationsbereich über den gesamten Haushalt hinweg.

Im Bildungsbereich wurden 22 Stellenhebungen für didakti-

sche Koordinatorinnen und Koordinatoren an Realschulen plus geschaffen, um den Bereich der individuellen Förderung zu stärken. Die Mittel bei der Sprachförderung sowie den Deutschintensivkursen wurden gesteigert, die Grundförderung der Weiterbildungsträger wurde gestärkt.

Im Bereich der Inneren Sicherheit kam es zur Schaffung zusätzlicher Stellen in der Justiz sowie im Polizeibereich.

(Zuruf von der CDU: Das ist nicht richtig!)

Hier wurden unter anderem 15 neue Tarifstellen für die sogenannten Ermittlungsgruppen Migration geschaffen, die in den Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende aufenthaltsrechtliche Verstöße bearbeiten und gezielte Präventionsmaßnahmen durchführen sollten.

Im Bereich Soziales wurde die spezialisierte ambulante Palliativversorgung gestärkt. Sie erhielt einen eigenen Titel mit 250.000 Euro.

Weitere Maßnahmen betrafen die Förderung der Netzwerke im Bereich der Umwelttechnik, insbesondere den Aufbau des Netzwerks Ecoliance Rheinland-Pfalz sowie die Stärkung des Projektes InnoStart. Zusätzliche Mittel flossen in die Prävention und Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und Mädchen, in verschiedene Sport- und Fanprojekte, sowie in das Eine-Welt-PromotorInnen-Programm des Entwicklungspolitischen Landesnetzwerks ELAN. Ferner wurde die Finanzierung der Landwirtschaftskammer gestärkt. Insgesamt senken die im Haushalts- und Finanzausschuss angenommenen Deckblätter die Nettokreditaufnahme um 21,7 Millionen Euro gegenüber dem Regierungsentwurf.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich meinen Bericht mit Worten des Dankes schließen. Die täglichen – in der Regel langen – Sitzungen waren für alle Beteiligten oft eine Herausforderung. Mein Dank gilt deshalb den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien, der Fraktionen und der Landtagsverwaltung. Bedanken möchte ich mich auch bei den Mitgliedern des Haushalts- und Finanzausschusses sowie bei den Mitgliedern der Fachausschüsse für ihre sachlichen und konstruktiven Beratungen in kollegialer Atmosphäre.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt Ihnen mit der Mehrheit der Stimmen der Regierungsfaktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Entwurf des Landeshaushaltsgesetzes 2016 anzunehmen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall im Hause)

Präsident Joachim Mertes:

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Grundsatzausprache über das Landeshaushaltsgesetz 2016 und zur

**Beratung des Einzelplans 02 – Ministerpräsidentin
und Staatskanzlei**

Ich erteile nun Frau Kollegin Julia Klöckner das Wort. –
Bitte schön!

Abg. Julia Klöckner, CDU:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerpräsidentin, herzlichen Dank für die Glückwünsche. Wie könnte man sich einen solchen Tag auch anders vorstellen als mit Ihnen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Flüchtlingskrise und ihre Folgen prägen das Ende des ablaufenden Jahres 2015. Herr Kollege Wansch hat soeben in seiner Rede deutlich gemacht, unter welchen Eindrücken, aber vor allen Dingen auch Realitäten diese Haushaltsdebatte gestanden hat und Entscheidungen getroffen werden mussten.

Es ist ein einschneidendes Jahr, und als es begann, ahnten wir alle zusammen nicht, wie dicht und schnell in den kommenden Monaten Gewalt und Terror an uns heranrücken würden, wie viele Menschen zu uns fliehen, dass Bundeswehrsoldaten wieder in einen gefährlichen Einsatz müssen und Europa in einen harten Belastungstest rutscht.

2015, das ist ein Jahr – so schreibt „DIE ZEIT“ –, in dem sich Fundamente verschoben haben. Frieden, Sicherheit, Stabilität und Wohlstand, all das waren gewohnte Selbstverständlichkeiten noch zu Jahresbeginn. Doch wir haben in diesem Jahr erfahren, wie rasch diese Selbstverständlichkeiten abhanden kommen können, und anderes trat dann noch hinzu; denn auch das prägte das Jahr 2015: die Erfahrung der breiten Solidarität mit Flüchtlingen und ein unglaubliches Engagement der Menschen in Deutschland und gerade auch hier bei uns in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der CDU, bei dem BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die Hilfsbereitschaft und der Gemeinsinn unserer Bürgerinnen und Bürger sind nach wie vor überwältigend. Wir stehen mitten in Prozessen, die auf absehbare Zeit nicht beendet sein werden. Terror, Flüchtlinge, Vertreibung, Armut, Klimawandel, das sind keine Themen, die morgen wieder von der Tagesordnung verschwunden sein werden – Flucht, das wird ein zentrales Jahrhundertproblem sein.

Wir realisieren immer deutlicher diese neuen Entwicklungen, die prägen, aber auch das Miteinander verändern. Ein einfaches Zurück wird es nicht geben, und unsere Gesellschaft wird immer vielfältiger: mehr Nationalitäten, mehr Religionen und andere kulturelle Bräuche.

Dies hat Auswirkungen auf unseren Staat und unsere Gesellschaft, übrigens auch Auswirkungen auf die Aufgaben. Das bringt wiederum neue Fragen mit sich: Verändert sich zusehends auch die Rolle des Staates? Was müssen und können die staatlichen Ebenen leisten? Was können wir davon bezahlen, bzw. wie wollen wir das bezahlen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, den Fragen nach den

Kosten, den Schwerpunkten der Bezahlungen müssen wir uns stellen und vor allem neu stellen.

(Beifall der CDU)

Liebe Kollegen, wir brauchen mehr Lehrer, mehr Polizisten, mehr Kita-Plätze, mehr Ärzte, mehr Wohnungen und mehr Sozialarbeit. Neue Lösungsansätze brauchen wir in vielen Politik- und Lebensbereichen. Das ist unser Verständnis, unser christdemokratisches Verständnis von einem starken Staat.

Das wird Geld kosten, Geld, das dann woanders fehlt. Deshalb erwartet man von uns, dass wir Schwerpunkte setzen. Deshalb geht es heute nicht um einen Landeshaushalt, so wie jeder andere das ist. Noch einmal: Herr Kollege Wansch als Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses hat es verdeutlicht, dass gerade dieser Haushalt, so wie wir ihn heute beraten, unter einem ganz anderen Eindruck steht.

Mehr denn je muss dieser Haushalt Weichen für eine sichere Zukunft unseres Landes stellen. Deshalb sagen wir: Sicher leben, Chancen schaffen für ein starkes, handlungsfähiges Rheinland-Pfalz. Das ist der christdemokratische Ansatz für Rheinland-Pfalz.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Haushaltsdebatte ist unabhängig davon immer eine besondere Debatte, nicht zuletzt, weil das Budgetrecht als das Königsrecht des Parlaments gilt. In fast keiner anderen Plenardebatte ringen Opposition und Regierung, Regierung, Opposition und regierungstragende Fraktionen so grundsätzlich miteinander, wie wir es hier tun.

Haushaltsplan und Haushaltsgesetz, das sind auch in Zahlen gegossene Grundüberzeugungen, wenn man das Budgetrecht ernst nimmt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir stehen heute weniger als 100 Tage vor der nächsten Landtagswahl. Es wäre für uns als Opposition einfach gewesen, jeder schwierigen Situation aus dem Weg zu gehen und den Menschen jetzt alles zu versprechen.

Es wäre einfach gewesen, der unangenehmen Frage aus dem Weg zu gehen, wie man das denn alles konkret finanzieren will; denn für eine Oppositionsfraktion ist es viel schwieriger als für eine Landesregierung mit Tausenden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und nachgeordneten Bereichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben nicht den einfachen Weg gewählt. Wir haben als CDU-Landtagsfraktion ein eigenes Konzept als Alternative zur Landespolitik von SPD und GRÜNEN erarbeitet, weil es dringend notwendig war.

(Beifall der CDU)

Wir haben andere, eigene Schwerpunkte gesetzt. Wir haben den Haushaltsentwurf der Landesregierung gründlich nach verzichtbaren und zu hohen Ausgaben durchforstet. Wir haben Gespräche mit Verbänden und Praktikern ge-

führt, wir haben untereinander diskutiert. Das können Sie mir glauben. Auch in einer Fraktion, in der es unterschiedliche Fachpolitiker mit einem pochenden Herzen für die einzelnen Teilbereiche gibt, haben wir diskutiert und um den richtigen Weg gerungen.

Wir haben gründlich nachgerechnet und Interessen gegeneinander abgewogen. Ich behaupte zu Recht und überzeugt, meine Fraktion kennt den Haushalt inzwischen besser als die Summe von Rot-Grün.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Menschen im Land – das ist meine feste Überzeugung – erwarten diese Anstrengungen von uns. Die Wahrheit ist nicht nur zumutbar, sie wird sogar erwartet.

Die Menschen wollen dabei keine Schönfärberei, keine Schönrechnerei und keine Schönrederei. Die Rheinland-Pfälzer wollen keine Beruhigungsspillen vor der Wahl, so wie sie es immer gewohnt waren. Sie wollen wissen, wofür diejenigen stehen, denen sie das Mandat erteilen sollen, sie in den kommenden fünf Jahren zu vertreten.

Frau Ministerpräsidentin, wenn ich Sie dieser Tage sehe und Ihre Zitate verfolge, wie Sie wieder und wieder Ihre Position in der Flüchtlingsfrage seit Anfang des Jahres verändern,

(Beifall der CDU –
Zurufe und Heiterkeit bei der SPD)

wie Sie wegen des Wahlkampfes ständig Ihre Meinung ändern,

(Vereinzelt Beifall bei der CDU –
Zurufe von der SPD)

und wenn man sich anschaut, wie wir zu Beginn des Jahres über die Flüchtlingsfrage diskutiert haben, dann ist zu sagen: Anfang des Jahres hieß es noch von Ihrer Regierung, wir schicken keinen zurück, wir schieben auch keinen ab. Heute heißt es selbstverständlich so.

Als wir von Menschen mit und ohne Bleibeperspektive sprachen, sagten Sie, wir unterteilen in Menschen 1. und 2. Klasse. Heute ist es selbstverständlich, dass Sie davon reden.

(Beifall der CDU)

Damals sprachen Sie davon, in Rheinland-Pfalz wird keiner in Zelten übernachten müssen, und es geschah so, dass viele Menschen unter freiem Himmel übernachten mussten.

Ihre Meinung ist gewesen, dass Rheinland-Pfalz, dass Deutschland keine Begrenzung und keine Reduzierung bräuchte. Heute sagen Sie genau das auf dem SPD-Parteitag. Das ist nicht schlimm, man kann auch

(Christian Baldauf, CDU: Dazulernen!)

seine Überzeugungen der Realität anpassen, weil die Realität auch zu Zustimmung führt. Deshalb bedanke ich mich,

dass Sie jetzt unseren vorgeschlagenen Weg eingeschlagen haben.

(Beifall der CDU)

Wir stellen zu dem, was von Rot-Grün vorgelegt worden ist, fest: So sieht ein Wahlkampfhaushalt aus. Das Geld aber, über das wir heute und morgen gemeinsam entscheiden, ist kein reiner Buchungsposten. Das Geld wurde erarbeitet, erarbeitet von den Menschen, die uns mit einem Mandat ausgestattet haben: von der Krankenschwester, dem Maschinenschlosser, der Kindergärtnerin, dem mittelständischem Unternehmen, all diejenigen haben uns das Geld anvertraut. – Das Geld gehört nicht uns, und dieses Anvertrautsein heißt auch Verpflichtung, Verpflichtung, sorgsam und nach bestem Wissen und Gewissen mit diesem Geld umzugehen,

(Beifall des Abg. Christian Baldauf, CDU)

und auch damit umzugehen, welche Schulden wir der kommenden Generation vermachen.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sehen uns deshalb verpflichtet, neben unseren Investitionsschwerpunkten auch umfassende Sparvorschläge zu machen. Wir waren und sind bereit, Entscheidungen zu treffen, die nicht immer und nicht bei allen auf Zustimmung stoßen. Das ist aber so. Wenn man nach 25 Jahren SPD-Regierung einen solch desolaten Haushalt vorgelegt bekommt, dann muss man das ausbessern, was in den vergangenen 25 Jahren an falschen Entscheidungen getroffen worden ist.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir als Christdemokraten haben einen klaren Gegenentwurf zur Landesregierung gemacht. Nach mir werden dann wieder die Herren Köbler und Schweitzer ans Mikrofon treten,

(Carsten Pörksen, SPD: Na und?)

die es in den vergangenen Jahren nicht geschafft haben, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Sie werden uns dann wieder vorwerfen, unser Haushalt sei unseriös und nicht gegenfinanziert.

(Nils Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN: Ja! –
Carsten Pörksen, SPD: Genau!)

Sie werden sich an einzelnen unserer Vorschläge abarbeiten und auch sicher wieder markige Begriffe finden. Wir kennen das Ritual inzwischen. Das Ritual ist inzwischen so richtig bei Rot-Grün eingefahren.

(Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ihr lernt es ja auch nicht! –
Alexander Schweitzer, SPD: Haben Sie
auch ein bisschen Respekt vor unseren
Rednern!)

Sie sind so berechenbar geworden, dass Sie sogar schon vor der Haushaltsverabschiedung Vorschläge von uns

übernommen haben, die Sie im Haushalts- und Finanzausschuss als unseriös abgelehnt hatten.

(Beifall der CDU –
Christian Baldauf, CDU: Wohl wahr!)

Dann muss man sich fragen: Kommt diese Seriosität innerhalb von wenigen Tagen zustande, oder dauert es bei Ihnen nur ein bisschen länger?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man unsere Haushaltsanträge betrachtet, haben wir von Anfang an einen Plan für unser Land Rheinland-Pfalz. Was hat Rot-Grün? Rot-Grün hat kurz vor Torschluss noch eine Reihe von Anträgen nachgereicht – Kopien unserer Ideen.

(Carsten Pörksen, SPD: Ach Gott, wir haben 120!)

Wir als Christdemokraten haben fünf Schwerpunkte gesetzt für Infrastruktur, für Sicherheit, Bildung, Forschung und Innovation, für die Kommunen und für Menschen in Grenzsituationen, und wir haben einen Vorschlag für einen Haushalt ohne neue Schulden im Kernbereich gemacht.

(Carsten Pörksen, SPD: Das glaubt nur ihr!)

Das ist unser christdemokratischer Plan, der anders ist als der rot-grüne Plan.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerpräsidentin und Frau Finanzministerin, Sie hingegen setzen mit Ihrem Haushalt auf rund 400 Millionen Euro neue Schulden. 400 Millionen Euro neue Schulden in Zeiten höchster Steuereinnahmen und niedriger Zinsen. 400 Millionen Euro neue Schulden, damit Sie über die Wahl kommen, aber die kommende Generation das ausbaden muss. Wir haben einen anderen Weg gewählt.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb will ich Ihnen deutlich sagen, Frau Dreyer: Das ist kein sorgsamer Umgang mit dem Vertrauen der Menschen, das ist keine generationengerechte Politik, das ist auch nicht nachhaltig. Ihrem Haushalt merkt man ganz deutlich an, dass es hier nicht um Ihr Geld geht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Beratungen des Haushalts 2016 verliefen in einem besonders engen Zeitrahmen, zuweilen gerade unter Zeitraffer. Das war den Themen, die auf der Tagesordnung standen, ganz offen gesagt, nicht angemessen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb möchte ich an dieser Stelle sagen, dem neuen Landtag, der sich im kommenden Jahr konstituiert, kann man nur empfehlen, sich für künftige Haushaltsberatungen etwas mehr Zeit zu nehmen; denn eine etwas längere Beratungszeit hätte es Ihnen von Rot-Grün in diesem Jahr vielleicht auch erspart, bis zum letztmöglichen Zeitpunkt noch Korrekturen gerade so nachschieben zu müssen.

(Carsten Pörksen, SPD: Was haben Sie gemacht?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute und morgen geht es um die Schlussfolgerungen zur Debatte, die wir als Landtagsfraktionen aus den Beratungen gezogen haben. Zwischen der Aufstellung des Regierungsentwurfs und den Beschlussempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses haben sich wichtige Voraussetzungen für den Haushalt 2016 verändert. Es gehört dazu, dass man so etwas antizipiert.

Hunderttausende Flüchtlinge sind nach Deutschland gekommen. Anfang November gab es eine neue Steuerschätzung. Beides führte zu neuen, umfassenden finanziellen Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern. Es sind gemeinsame, aber natürlich auch unterschiedliche Schlussfolgerungen, die wir drei Fraktionen daraus gezogen haben.

Eines will ich deutlich sagen – das ist mir sehr wichtig –, es ist gut, es ist wirklich gut, dass sich alle Fraktionen dieses Landtags gemeinsam der Aufgabe stellen, die vielen Flüchtlinge aufzunehmen und menschenwürdig zu versorgen. Das drückt sich in einer großen Zahl gemeinsamer Haushaltsanträge aus.

Dieser Grundkonsens ist wichtig für den Zusammenhalt unseres Landes und für das Vertrauen der Menschen in ihren Staat.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot und Grün, hier hätte ich schon Ihren Applaus erwartet;

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

denn hier geht es um gemeinsame Haushaltsanträge, bei denen wir gemeinsam miteinander ins Gespräch gekommen sind und in einem sehr konstruktiven Ton, der gut für Demokraten ist, gesagt haben, wir machen diese Anträge gemeinsam.

(Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das muss gesetzt werden!)

So, wie wir bei dieser Stelle bei Herrn Wansch ganz bewusst geklatscht haben, um das nach außen zu dokumentieren, glaube ich, wäre es nicht zu viel verlangt gewesen, auch wenn wir Opposition sind, bei gemeinsamen Überzeugungen, das gemeinsam nach außen zu dokumentieren.

(Beifall der CDU)

Auch das will ich verdeutlichen: Es ist ein wichtiges Signal, dass wir diese Anträge gemeinsam einbringen, ein wichtiges Signal an die, die zu uns kommen. Wir helfen Menschen in Not, wir gehen nach unseren unverbrüchlichen Grundsätzen unter Achtung der Menschenwürde, des hier geltenden Rechts und der Gleichheit vor dem Gesetz mit ihnen um.

Dass wir diese Anträge zur Flüchtlingspolitik fraktionsübergreifend einbringen, ist ein umso wichtigeres Signal, wenn

wir in diesen Tagen fassungslos auf brennende Flüchtlingsunterkünfte schauen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz und gar unterschiedliche Wege gehen die Anträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und unserer Fraktion beim Thema Schulden. Darauf lege ich ganz großen Wert.

Schon bei der Einbringungsdebatte im Oktober haben wir festgestellt, diese Landesregierung vergibt die große Chance, die Legislaturperiode mit einem ausgeglichenen Haushalt abzuschließen, alle Chancen dazu sind da gewesen.

Steuermehreinnahmen in Rekordhöhe haben wir, Zinssätze auf anhaltend niedrigem Niveau: Wenn nicht jetzt, wann dann? Wir haben hohe Zusatzeinnahmen, und zusammen hätten wir über rund 700 Millionen Euro für neue Gestaltungsspielräume reden können. Trotzdem macht die Landesregierung 408 Millionen Euro neue Schulden.

Wir können Ihnen gar nicht glauben, dass Sie es jemals schaffen, unter Rot-Grün einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen; denn die Rahmenbedingungen können kaum besser werden. Wenn nicht jetzt, wann dann hätten Sie einen ausgeglichenen Haushalt hier in diesem Landtag von Rheinland-Pfalz vorlegen können?

(Beifall der CDU)

Das ist kein Meisterwurf, das ist bestenfalls Angst des Torwarts vor dem Elfmeter. Die Steuerschätzung im November brachte nochmals mehr Steuereinnahmen. Es war Zeit, den Haushalt endlich nach all diesen Jahren gründlich zu durchforsten.

Frau Ministerpräsidentin, Sie hätten die Chance gehabt, sich ganz deutlich von Ihrem Vorgänger abzusetzen. Sie hätten Ihre erste Legislaturperiode oder die Jahre der Legislaturperiode so abschließen können, dass Sie deutlich gemacht hätten, was Ihr Anspruch als Ministerpräsidentin ist, nämlich ein anderer Weg als die Geschichte der Sozialdemokratie in die Verschuldungspolitik in diesem Land. Sie haben sich leider für einen anderen Weg entschieden.

(Beifall der CDU)

Ein winziges kleines bisschen weniger Schulden, so gerade mit Ach und Krach hat Rot-Grün die Neuverschuldung unter die 400-Millionen-Euro-Marke gedrückt. Das ist das Gegenteil von Gestaltungswillen, das ist Kurskorrektur auf dem Millimeterpapier.

Wir hingegen als Christdemokraten in diesem Landtag zeigen, wie es anders geht. Wir senken die Neuverschuldung im Kernhaushalt auf null. Das war unser Anspruch. Das haben wir erreicht, und das werden wir auch durchsetzen, wenn die Bürgerinnen und Bürger das so wollen.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, aber natürlich verlangt das schwierige Debatten. Das will ich gar nicht von mir

weisen. Das verlangt auch Mut zur Entscheidung: Was ist unverzichtbar? Was ist wichtig? Was wäre wünschenswert, ist aber weniger wichtig? Wo wäre Geld falsch ausgegeben?

Diese Fragen muss man sich stellen. Natürlich korrigieren wir Entscheidungen von Rot-Grün; denn was wären wir für eine Opposition, wenn wir das nicht täten?

Man muss den gesamten Haushalt in all seinen Teilen im Blick haben. Man muss zum Kassensturz bereit sein ohne Vorbehalte aus der Vergangenheit.

Dazu nur einige wenige wichtige Punkte:

Erstens. Wir als Christdemokraten erneuern unseren Vorschlag, endlich eine Personalvermittlungsstelle einzurichten. Nullverschuldung erreichen wir nur, wenn wir die Landesverwaltung optimal organisieren und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer dort einsetzen, wo sie am meisten gebraucht werden, nicht mit Überstunden oder der Verdoppelung des Tempos an der Computertastatur, sondern indem wir notwendige Personalumschichtungen sichtbar machen und diese dann auch umgesetzt werden. Das hat auch der Rechnungshof immer wieder angemahnt.

Man muss sich einmal vorstellen, die Einwohnerzahl unseres Landes verringert sich trotz Zuwanderung, zumindest in der groben Richtung. Das muss sich dann doch auch in der Personalplanung dieses Landes widerspiegeln.

Dafür haben wir mit unseren Anträgen eine klare Zielmarke gesetzt: 1,7 % der gesamten Lohnsumme für alle Bediensteten des Landes sollen mit Hilfe der Personalvermittlungsstelle eingespart werden.

Zweitens. Die Landesregierung hat diesen Haushalt keinesfalls, wie sie behauptet, auf Kante genäht. Quer durch alle Einzelpläne häufen sich zu hoch veranschlagte Ausgaben, aber auch zu niedrig veranschlagte Einnahmen. Es gibt Ministerinnen und Minister, die die Qualität ihrer Arbeit offensichtlich nicht an den Ergebnissen ihrer Politik messen, sondern an der Summe ihrer Ausgabenermächtigungen.

Wie rechtfertigt es beispielsweise die Umwelt- und Agrarministerin, dass sie aus nur drei Kapiteln ihres umfangreichen Haushaltes am Ende des Jahres 160 Millionen Euro Haushaltsreste vor sich herschiebt?

(Christine Schneider, CDU: So ist es!)

Jedes Jahr ein bisschen mehr. Sie weiß offenkundig nicht so recht, was sie mit dem vielen Geld eigentlich anfangen soll. Wir hätten einen Vorschlag: Einsparen und keine neue Schulden machen, die die kommende Generation abtragen muss.

(Beifall der CDU)

Ich komme zum dritten Punkt. Es passt nicht zusammen, dass unser Land immer neue Schulden aufnimmt, gleichzeitig aber Einrichtungen unterhält, die entweder ganz wenig machen oder doch nur das machen, was andere bereits besser machen: eine Energieagentur, ein zusätzliches

Bürgerbüro, eine neue Friedensakademie, eine angebliche Entwicklungsagentur, nur um einige Beispiele zu nennen.

Viertens. Wir nehmen den Flughafen Hahn unter strikte Finanzkontrolle. Wir sagen Ja zum Hahn. Neues Geld für den Flughafen darf es aber nur dann geben, wenn ein wirtschaftlich tragfähiges Zukunftskonzept vorliegt. Dieses Konzept bleibt die Landesregierung bis heute schuldig. Nicht die Opposition ist daran schuld. Nicht die Mitarbeiter am Hahn sind schuld. Keiner hat Sie in den sieben Jahren, seitdem die Fraport raus ist, daran gehindert, endlich Ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

(Beifall der CDU –
Christine Schneider, CDU: So ist es!)

Ich will es noch einmal verdeutlichen: Hier geht es nicht um drei Arbeitstage. Seit sieben Jahren ist die Fraport raus. Seit sieben Jahren ist die Landesregierung allein verantwortlich. Seit sieben Jahren trägt der Steuerzahler die Verluste, und seit sieben Jahren warten wir, warten die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer auf ein solches Betriebskonzept. Ihre einzige Antwort ist, ohne Konzept Geld nachzuschießen und die zu beschimpfen, die nachfragen.

(Beifall bei der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn man den Haushalt wirklich ernsthaft solide Punkt für Punkt durchgeht, jede Haushaltsstelle, und sie auch durcharbeitet – und das verstehen wir unter einem Kassensturz –, dann funktioniert es mit der Neuverschuldung, wenn man das wirklich will.

Ich bin sicher, wir werden dazu wieder einiges hören. Wir kennen die Einwürfe, dass nur die recht haben, die die Regierungsmehrheit tragen. Es ist immer interessant, dass Vorschläge aus den vergangenen Jahren, die wir gemacht haben, die dann abgelehnt worden sind, beim nächsten Haushalt aber von Ihnen eingebracht worden sind.

Ich erinnere mich noch daran, wie wir die Abschaffung der AQS

(Hedi Thelen, CDU: Über Jahre!)

über Jahre gefordert haben. Was sind wir beschimpft worden, als solche, die überhaupt keine Ahnung hätten. Dass nach der Gaußschen Normalverteilung die höchste Intelligenzstufe nicht nur bei Rot-Grün liegt, hat man mittlerweile erkannt.

(Beifall bei der CDU)

Sie aber legen diese Leier, diese alte Platte immer wieder auf – sie hat Kratzer – und sagen, das, was die Opposition macht, ist unseriös und nicht machbar.

Ich erinnere nur daran: AQS. Wer hat die Abschaffung diesmal eigentlich vorgeschlagen? Rot-Grün hat es vorgeschlagen, mit der Begründung, es sei notwendig, es sei eine wichtige, nicht ganz einfache Einsparung.

Liebe Freunde, hätten wir das viel früher gemacht, hätten wir Geld im Haushalt und müssten keine neuen Schulden für die machen, die noch nicht geboren sind.

(Beifall bei der CDU)

Wir kennen das Ritual: Das, was die Opposition macht, sei immer ungerecht, es sei immer unsozial. Ich bin aber genau vom Gegenteil überzeugt: Haushalt für Haushalt neue Schulden aufzutürmen, die andere danach abtragen müssen, das ist unsozial, das ist ungerecht, und das ist rot-grüne Politik. Wir wollen eine andere Politik, eine christdemokratische, die auf solide Finanzen und faire Chancen für die Zukunft setzt.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht so ganz aus der Luft gegriffen. Schauen wir doch einmal bei den anderen Bundesländern nach. Für diese herrschen übrigens keine anderen Bundesgesetze. Sieben von dreizehn Flächenländern kommen 2016 ohne neue Schulden aus, und eines steht kurz davor. Das ist aber leider nicht Rheinland-Pfalz. Die alten Bundesländer haben nach dem Länderfinanzausgleich fast identische Steuereinnahmen je Einwohner im Haushalt, und doch hat Rheinland-Pfalz 38 Milliarden Euro Schulden im Kernhaushalt und Nebenhaushalt, nach 25 Jahren Regierungsverantwortung der SPD in unserem Land.

Das lässt nur einen Schluss zu: Sie können es nicht, oder Sie wollen es nicht, oder – noch schlimmer – es ist beides.

(Beifall bei der CDU)

Verehrte Kollegen, für uns Christdemokraten ist Sparen kein Selbstzweck. Für uns heißt solides Haushalten in die Zukunft blicken und Perspektiven für die schaffen, die heute noch nicht geboren sind, damit sie gerne in diesem Land leben und arbeiten, damit der Zusammenhalt der Generationen in Zukunft auch gelingen kann und nicht nur Sie über die nächste Wahl bringt.

(Beifall bei der CDU)

Das wäre aber noch machbar, wenn wir uns nicht die Lasten der Vergangenheit anschauen. Frau Ministerpräsidentin, ich weiß, Sie reden lieber über die Zukunft, aus einem ganz klaren Grund: damit man Sie nicht in die Verantwortungsreihe derer stellt, die Ihre Parteikollegen sind, die übrigens dafür gesorgt haben, dass Sie seit vielen Jahren schon mit am Kabinetttisch sitzen. Sie reden ungern über die Vergangenheit. Aber über die Vergangenheit zu reden, Fehler anzunehmen und zu ihnen zu stehen, verhindert, dass man die gleichen Fehler in Zukunft wieder macht.

Wir erkennen an Ihrem Haushalt, dass Sie die Vergangenheit nicht angenommen und die Fehler nicht verstanden haben; denn Sie machen die gleichen Fehler wieder, die uns in der Vergangenheit genau diese Schwierigkeiten für die Gegenwart und Zukunft bereitet haben.

(Beifall bei CDU)

Aus diesem Grunde will ich das noch einmal verdeutlichen. Auf den Nürburgring werden wir heute gar nicht näher eingehen. Wir wissen, welche Lasten wir davon tragen. Über 600 Millionen Euro sind nicht abgeschlossen. Wenn sie im Haushalt wären, hätten wir locker einen ausgeglichenen

Haushalt.

(Unruhe im Hause)

(Christian Baldauf, CDU: Das hätten sie dann auch nicht geschafft!)

Ich will weitere schwere Lasten nennen: erstens, Zinsen und Tilgungen für die gewaltigen Schuldenberge, die die Regierung Beck und Dreyer hinterlassen, zweitens, die fehlende Vorsorge für die Ruhestandsbeamten, drittens, die Mittel für die Verpflichtungsermächtigungen, die fällig werden, viertens, die Investitionsstaus für Erhaltung der Immobilien des Landes, von den Landesstraßen bis zu den Hochbauten, fünftens, die extreme Verschuldung der Gemeinden in Rheinland-Pfalz, die einen neuen kommunalen Finanzausgleich erfordert, sechstens, eine Polizei, die von Ihnen sträflich vernachlässigt wurde, siebtens, Hochschulen, deren Grundfinanzierung jedes Haushaltsjahr wieder von Neuem infrage steht – und glauben Sie mir, Studenten demonstrieren nicht nur aus Freude und Spaß draußen im Regen, sie bewegt wirklich etwas, und an dieser Kritik ist auch etwas dran -,

(Beifall bei der CDU)

und achtens, aufgelöste Stiftungen, manche reden von Tafelsilber. Das ist einmalig bzw. ein Einmaleffekt, der weg ist. Das war geübte Praxis. Sie haben es leider fortgeführt, Frau Ministerpräsidentin: keine Vorsorge treffen, stattdessen neue Schulden machen.

Mit der Schuldenbremse wird aber der Weg zum Kredit-schalter der Bank bald versperrt sein. Und das ist gut so; denn alles immer nur über Kredite zu finanzieren, war Ihr Weg des geringsten Widerstandes. Allen wohl und niemandem weh, auf Kosten der nächsten Generation, halten wir weder für sozial noch für gerecht. Und Sie machen genauso weiter.

Sie haben in diesem Jahr den Pensionsfonds zu einer beliebig einsetzbaren Reservekasse umgestaltet, die nun mit einer Vorsorge für künftige Beamtenpensionen endgültig nichts mehr zu tun hat. Damit wird schon das nächste Schlupfloch sichtbar, mit dem Sie sich wieder einmal aus der Verantwortung ziehen wollen. Zugegeben, kreativ scheinen Sie zu sein.

Sie haben sich ins Gesetz geschrieben, dass ab 2020 die Landesregierung je nach Bedarf in diese Kasse greifen darf, um virtuelles Geld in den Haushalt zu bringen. Was war übrigens 2020? Das ist zufällig das Jahr, in dem die Schuldenbremse endgültig greift.

(Christian Baldauf, CDU: So ein Zufall!)

Die Sache hat aber mehrere Haken. In der Kasse ist nichts Werthaltiges. Gut, der Innenminister spricht jetzt gerade lachend von Bitcoins. Übrigens, zum Thema Bitcoins: Da wissen Sie, wozu Bitcoins und auch der Datenklau bei Bitcoins geführt hat, nämlich zu riesigen Haushaltslöchern. Ich würde an Ihrer Stelle nicht auf Bitcoins setzen.

(Beifall bei der CDU)

Die Sache hat mehrere Haken: In dieser Kasse ist nichts Werthaltiges. Das sind übrigens nur Schuldscheine, und jetzt kommt es:

In dieser Kasse, aus der Sie sich nach Bedarf ab 2020 bedienen möchten, liegen nur Schuldscheine. Diese Schuldscheine sind einzulösen beim Landeshaushalt, der selbst wiederum das Geld aus dieser Kasse braucht. Nur auf dem Papier sind über 5 Milliarden Euro in dieser Kasse.

So kann man mit Geld umgehen, wenn man ein Gesellschaftsspiel – vielleicht an Weihnachten – spielt, aber nicht, wenn man ein Land regiert, liebe Freundinnen und Freunde!

(Beifall bei der CDU –
Christian Baldauf, CDU: Nicht einmal da!)

Es funktioniert wie immer nach dem Prinzip linke Tasche – rechte Tasche. Und weil das mit der Schuldenbremse eigentlich nicht geht, hat die Landesregierung nun Vorsorge auf ihre ganz eigene Art getroffen. Sie hat sich das Recht ein wenig zurechtgebogen.

(Carsten Pörksen, SPD: Na, na, na!)

Die Schuldscheine aus dem Pensionsfonds wurden aus der Schuldenbremse per Gesetz einfach hinausdefiniert. Das heißt, die Schulden, die wir nicht gerne hätten, die sich schlecht beim Rechnen machen, sind dann plötzlich keine Schulden. Ich kann Ihnen sagen, so mancher Familienvater, so manche Familienmutter würde sich das für ihre Familie auch wünschen. Die Steuerzahler dürfen das nicht. Sie machen es. Uns ist das Geld anvertraut. Ich finde das, gelinde gesagt, höchst unseriös, was hier passiert.

(Beifall bei der CDU)

Ich halte ganz klar für meine Fraktion, für die Christdemokraten fest: Wir haben diesem Ausführungsgesetz aus klarer Überzeugung nicht zugestimmt. Frau Ministerpräsidentin Dreyer, Sie haben dieser Trickserei zugestimmt. Auch das will ich festhalten.

Wenn wir über die Einhaltung der Schuldenbremse sprechen, müssen wir nicht nur über die Landesbetriebe reden, sondern wir müssen auch über Folgendes reden: Erstens, wie ist das mit der privaten Vorfinanzierung von Investitionen nach dem sogenannten Mogendorfer Modell, zweitens, wie ist das mit den Schulden der Briefkastenfirma PLP-Management GmbH & Co. KG in Koblenz, drittens, wie ist das mit der Kreditfinanzierung der Krankenhausinvestitionen?

Wir Christdemokraten wollen einen ehrlichen und transparenten Haushalt. Wir Christdemokraten wollen, dass im Haushalt genau das abgebildet wird, was aus dem Haushalt bezahlt werden muss. Wenn man das Land des Transparenzgesetzes sein will, muss man selbst anfangen, damit man nicht suchen muss, wo die Schulden sind, sondern damit man sie gleich erkennt. Der Haushalt muss das abbilden, was auf die kommende Generation zukommt.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen Schluss machen mit dem missratenen Pensionsfonds. Deswegen wollen wir Schluss machen mit allerlei sogenannten Sonder-

vermögen und Rücklagen aus Kreditermächtigungen, die nur mit neuen Schulden gefüllt werden können. Deswegen wollen wir Schluss machen mit den Nebenhaushalten und Briefkastenfirmen.

Das ist unser Konzept. Ich habe überhaupt kein Problem damit, wenn Sie sagen, das ist nicht Ihr Konzept. Ich lege sogar großen Wert darauf, dass wir uns mit unseren Konzepten unterscheiden. Ich glaube, das versteht auch jeder.

Die Bürgerinnen und Bürger wissen sehr gut, dass nicht alles gleichzeitig geht und man sich entscheiden muss, wenn das Geld nur begrenzt vorhanden ist.

Frau Ministerpräsidentin, noch einmal, allen wohl und niemand weh war die Handlungsmaxime Ihres Vorgängers Beck. Und wenn das Geld dann doch nicht gereicht hat, wurden neue Schulden gemacht. Das war einfach, das war aber nicht fair. Das war nicht sozial. Das war auch nicht gerecht.

(Beifall der CDU)

Wer Politik nach diesem Motto macht, verliert am Ende die Glaubwürdigkeit und die Zukunft. Deshalb sagen wir Christdemokraten: Die Bürger erwarten von uns den Mut, dass wir uns auch schwierigen Debatten stellen. Dem weichen wir nicht aus.

Unser Gegenentwurf sieht Kürzungen beim Nationalpark vor. So, wie er jetzt angelegt ist, nehmen wir Kürzungen vor.

(Zuruf des Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben gesagt: Wenn man sich einen Nationalpark leistet, muss er auch den Umwelt- und Naturschutz umfassend im Blick haben. Wenn man sich einen Nationalpark leistet, muss auch die Infrastruktur und Entwicklung der Region vorangetrieben werden und nicht im Stocken gelassen werden.

(Beifall bei der CDU –
Zuruf des Abg. Nils Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man sich einen Nationalpark leistet, muss der Tourismus auch messbar und nicht nur gefühlt für die Zukunft angekurbelt werden.

(Christine Schneider, CDU: So ist es!)

Doch an all dem fehlt es. Die Landesregierung hat bislang kein in sich geschlossenes integriertes Gesamtkonzept, das die verschiedenen Bausteine miteinander verbindet, vorgelegt, geschweige denn umgesetzt.

Ein Nationalpark, der Jahr für Jahr einen zweistelligen Millionenbetrag kostet, muss so eingebettet sein, dass es am Ende tatsächlich zu strukturellen Verbesserungen in dieser Region kommt; denn ansonsten hätte man der Region das Geld auch gleich geben können.

(Beifall bei der CDU)

Das wäre dann besser angelegt gewesen.

Verehrte Kollegen von Rot und Grün, das Prinzip Hoffnung allein macht noch keine bessere Entwicklung einer Region, die Sie über Jahrzehnte vergessen haben. Sie haben den Betroffenen vor Ort so große Hoffnungen gemacht. Sie haben so viel versprochen. Auf die Einlösung dieser Versprechungen zu Infrastruktur und Tourismus warten wir noch bis heute.

Die Region hatte deshalb einem Nationalpark zugestimmt, weil ihr maßgebliche Infrastrukturmaßnahmen versprochen worden sind. Darunter verstehen sie nicht Fahrradwege, sondern Wege, Autostraßen, auf denen Autos fahren können.

(Zuruf des Abg. Carsten Pörksen, SPD)

Was haben die GRÜNEN kurz nach dem Jahr der Regionen beschlossen? – Dass es in Rheinland-Pfalz keine neuen Straßenbauten mehr gibt. So geht man nicht mit Menschen um, deren Vertrauen man hat.

(Beifall bei der CDU)

Entlarvend: Zu all diesen Versprechungen, die Sie den Menschen gemacht haben, finden wir nichts in diesem Landeshaushalt. Eine Phantasie-Hunsrücktracht ist noch lange kein Tourismusprogramm, Frau Lemke.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU –
Heiterkeit des Abg. Christian Baldauf,
CDU –

Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch das will ich Ihnen sagen: In der Region macht sich Ernüchterung über Sie breit. Der Bürgermeister der Verbandsgemeinde Birkenfeld hat sich beispielsweise bei der Vorstellung der Mobilitätsstudie zum Nationalpark enttäuscht gezeigt.

Ich zitiere ihn: „Ich bin enttäuscht von dieser Studie. Weil die Regionalentwicklung darin noch nicht mal im Ansatz zu erkennen ist. Diese Idee halte ich für hirnrissig.“ Und er kritisiert weiter: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass die 200.000 Holländer, die in diesen Parks mit Kind und Kegel übernachten, mit dem Zug anreisen, um dann mit dem Bus weiterzufahren.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie von uns die Zustimmung dafür haben möchten, dass zusätzlich zu den hohen Millionenbeträgen, die im Umwelthaushalt veranschlagt sind, weitere Steuergelder zur Verfügung gestellt werden, müssen Sie auch strukturelle Maßnahmen vorschlagen und umsetzen, damit sich nicht das wiederholt, was wir am Hahn und an vielen anderen Projekten in diesem Land sehen: Sie machen Versprechungen, der Masterplan, die Strukturierung fehlt. Das heißt, den Millionen stehen keine konkreten Maßnahmen gegenüber. Am Ende stehen dort nur Schulden und Enttäuschungen der Menschen.

(Beifall der CDU)

Das wollen wir nicht zulassen.

(Zuruf des Abg. Carsten Pörksen, SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gliedern Sie das entsprechende Personal in die Forstverwaltung ein, um eine gezielte kostengünstige Gesamtpersonalplanung zu ermöglichen. Dazu habe ich bislang ziemlich wenig von Ihnen gehört, Herr Köbler und Herr Schweitzer.

(Carsten Pörksen, SPD: Sie kriegen noch genug zu hören, keine Angst!)

Sie werden sich heute doch nur wieder auf Versprechungen und Polemik beschränken – wir werden es sehen –, einmal abgesehen davon, dass Sie noch nicht einmal in der Lage sind, die von Ihnen selbst gesetzten Termine einzuhalten, zum Beispiel bei der Abgabe Ihrer Anträge.

(Christian Baldauf, CDU: Hört, hört!)

Da sind dann zu einem guten Teil auch noch Vorschläge von uns abgeschrieben. Da kann man nur sagen: kopiert, aber nicht erreicht.

(Beifall bei der CDU)

Erstens, Sie kürzen – übrigens wie wir – bei den pauschalen Personalmehrkosten im Einzelplan 20. Uns haben Sie noch gesagt, das ginge nicht. Sie kürzen, aber nur ein Stückchen.

Zweitens, Sie erhöhen nicht steuerliche Einnahmen, die wir vorher so schon gesehen hatten. Das hatten Sie abgelehnt. Aber Sie machen das nur ein bisschen.

Drittens, bei der Polizei stärken Sie die Ermittlungsgruppe Migration, aber nicht mit den notwendigen Polizisten.

Viertens, Sie beantragen acht Stellen für mehr Richter und Staatsanwälte, zwei weniger als zuvor die CDU-Fraktion, und auch erst – das muss man sich einmal vorstellen –, nachdem bekannt geworden war, dass am Landgericht Koblenz wegen Personalmangels Haftbefehle in diesem Land Rheinland-Pfalz aufgehoben werden mussten.

(Beifall bei der CDU –
Zuruf des Abg. Carsten Pörksen, SPD)

Das ist unglaublich, was in diesem Land in der Justiz passieren musste.

(Christian Baldauf, CDU: Im Ausschuss große Sprüche machen –
Zurufe von der SPD)

– Ich komme schon auch noch dazu.

Ihr Nachdoktern ist nicht nur Ausdruck von Unsicherheit und Panik, sondern auch Ausdruck, dass der ursprünglich von der Landesregierung vorgelegte Haushaltsentwurf falsch gewesen ist. Unsere Anträge waren richtig, und sie sind richtig. Deshalb stimmen wir für das Original und lehnen die Kopie, die nicht gut ist, ab.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, auf einen Antrag, den Sie sich selbst ausgedacht haben, will ich besonders ein-

gehen. Hier wird drei Arbeitstage vor der abschließenden Debatte und Abstimmung zum Haushalt 2016 – drei Arbeitstage! – eine Änderung des Haushaltsgesetzes beantragt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Änderung hat es in sich. Ich weiß nicht, ob das alle aus der rot-grünen-Fraktion mitbekommen haben, worüber sie dann mitstimmen.

(Heiterkeit bei Ministerpräsidentin Malu Dreyer)

Es geht um die angebliche Lösung für die Handwerkerrechnungen aus der Nürburgringinsolvenz. Der Finanzminister,

(Carsten Pörksen, SPD: Die Finanzministerin!)

die Finanzministerin soll zu einer Garantie von bis zu 5 Millionen Euro aus den Steuergeldern des Haushalts ermächtigt werden. Damit soll sie das Haftungsrisiko der Insolvenzverwalter am Nürburgring übernehmen dürfen.

(Christian Baldauf, CDU: Haben wir auch noch nie gehabt)

Ich sage das ganz bewusst, langsam und deutlich.

(Carsten Pörksen, SPD: Brauchen Sie nicht, das kennen wir!)

Das Parlament hatte keine Möglichkeit mehr, sich mit dieser rechtlich hochkomplexen Frage im Ausschuss unter Heranziehung von juristischem Sachverstand seriös zu befassen. Ich hoffe sehr, dass das Rot und Grün in ihren eigenen Fraktionssitzungen sicherlich auch noch einmal extra gemacht haben. Davon gehe ich aus. Ich hätte in meiner Fraktion so etwas gemacht, und meine Fraktion hätte das bei mir auch nie durchgehen lassen, wenn wir das nicht seriös geprüft hätten.

(Beifall der CDU)

Der Änderungsantrag – auch das gehört zur Zeitplanung dazu – kann nur noch unmittelbar hier in diesem Plenum beraten werden und muss dann sofort abgestimmt werden. Ich muss ganz deutlich sagen, das ist eine nicht zumutbare Vorgehensweise für den Landtag. Das ist jetzt nur der Abstimmungsvorgang.

Jetzt komme ich zum Sachverhalt. Frau Dreyer, Sie sind mit Ihrer Regierung – vor allen Dingen mit der SPD – verantwortlich für die Insolvenz am Nürburgring. Sie sind verantwortlich dafür, dass Handwerker auf offenen Rechnungen sitzen geblieben sind. Das zur klaren Verantwortlichkeit. Das ist nicht eine Naturkatastrophe, die irgendwie vom Himmel gefallen ist.

(Beifall bei der CDU)

Diese Geschichte gehört jetzt dazu: Vor gar nicht langer Zeit wurden wir genau hier an dieser Stelle von Ihnen belehrt, dass das, was Sie jetzt vorhaben, rechtlich überhaupt nicht zulässig sei. Uns ging es von Anfang an um die Hilfe für die Handwerker, die wegen Ihnen auf den offenen Rechnungen für die Nürburgringleistungen sitzen geblieben sind.

(Carsten Pörksen, SPD: Das glaubt doch keiner!)

Frau Dreyer, Sie haben sich mit der Behauptung einen schlanken Fuß gemacht, wir würden uns juristisch einfach nicht auskennen. Und jetzt? – Dann erklären Sie uns doch einmal, was vorher nicht zu erklären war, aber dann auf den letzten Drücker hier durchgewunken werden muss.

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, ich will ganz deutlich feststellen: Entweder kommt man zu dem Ergebnis, ein Rangrücktritt des Landes ist zugunsten der Handwerker rechtlich möglich, dann macht man es einfach, oder man kommt zu dem Ergebnis, das ist rechtswidrig, dann lässt man es.

Die Landesregierung hat sich aber – kreativ ist sie – für einen dritten Weg entschieden. Sie hält es für möglicherweise rechtswidrig, fordert den Insolvenzverwalter aber auf, es dennoch zu tun, und stellt ihn dafür von der finanziellen Haftung frei, und das alles mit Haushaltsmitteln!

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Handwerker brauchen Rechtssicherheit, dass sie nicht im nächsten Jahr von einer Rückzahlung bedroht sind; denn sie brauchen nicht Steine, sondern Brot.

(Beifall bei der CDU)

Es mag ja sein, dass wir wieder alles nicht verstanden haben, dass Sie recht hatten, als wir damals sagten, wir müssten den Handwerkern helfen. Es hieß ja, es gibt keinen Weg. Es mag sein, dass es da Erkenntnisse Ihrerseits gibt. Deshalb bitte ich auch um die Zusage, Frau Ministerpräsidentin, dass Sie uns als Landtagsfraktion und auch der Öffentlichkeit noch heute oder spätestens morgen hierzu die Expertise des Herrn Justizministers zuleiten. Ich bin mir sicher, das wurde geprüft. Ich würde darum bitten, dass wir diese Expertise auch ausgehändigt bekommen.

Wir gehen davon aus, dass Sie die Einschätzung des Wirtschaftlichkeitsbeauftragten hierzu eingeholt haben. Diese hätten wir auch gerne als Entscheidungsgrundlage. Das ist das Mindeste für einen so schnellen Entscheidungszeitraum.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was wollen wir? – Sicher leben, Chancen schaffen. Das ist unser Weg für Rheinland-Pfalz. Wir beenden mit unserem Entwurf 25 Jahre unverantwortliche Schuldenpolitik sozialdemokratischer Minister.

Wir beenden das seit 25 Jahren andauernde Ansteigen der Gesamtverschuldung unseres Landes. Es hat zur dritthöchsten Pro-Kopf-Verschuldung aller Flächenländer geführt.

Wir werden den Haushalt gestalten. Wir arbeiten nicht mit Scheinrücklagen und Sondervermögen ohne Substanz. Wir haben ganz klar im Blick die globalen Personalmehrausgaben.

Wir haben die Stelleneinstufungen und die Personalstärke im Blick. Auch da können wir anpassen.

Bei den Ausgaben für Umwelt und Wasserwirtschaft sehen wir ganz klar 160 Millionen Euro Haushaltsreste. Auch da bzw. anhand dieser Haushaltsreste werden wir Verschuldung abbauen.

Es gibt auch gesetzliche Transferleistungen. Diese müssen mit Sorgfalt und Sparsamkeit bewirtschaftet werden. Wir folgen dort den Empfehlungen des Landesrechnungshofs.

Das schafft Freiräume, um wichtige Schwerpunktsetzungen vorzunehmen. Wir nehmen Schwerpunktsetzungen vor für eine nachhaltige Bildung, für eine Bildung, die Qualität sichert und sich nicht nur Bildung nennt und sich auf Quoten konzentriert.

(Beifall bei der CDU)

Für uns sind die Lebenschancen wichtig. Für uns sind die Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen wichtig, aber auch die Persönlichkeitsbildung und die Vorbereitung auf die Fragen der Zukunft. Wir werden vieles verbindlich festschreiben, nämlich Bildungsinhalte, die Beherrschung von Schreibschrift und auch die Beherrschung von Rechtschreibregeln. Das halten wir für einen allgemeinen Standard, den wir einhalten wollen. Bitte keine Experimente auf dem Rücken der Schüler, sondern sorgen Sie endlich dafür, dass der Unterricht, den Sie in den Lehrplan geschrieben haben, auch endlich gehalten wird! Das ist keine Meisterleistung, das ist Mindeststandard und Mindestanforderung. Deshalb werden wir für 600 Lehrer mehr sorgen, damit eine 100 %ige Unterrichtsversorgung in Rheinland-Pfalz gewährleistet wird. Das ist wichtiger, als eine neue Energieagentur zu schaffen. Wir wollen Bildung für Schüler und Unterricht statt Ausfall.

(Starker Beifall der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, dazu gehört auch in der Schule, in der Kita, in der Berufsschule, in den Hochschulen die Integration der Flüchtlinge. Da sehen wir überhaupt keinen roten Faden bei Ihnen. Natürlich ist die Sprache das eine. Sprache ist der Schlüssel, um folgen zu können. Aber wir haben doch die ganz große Herausforderung bei den jungen Menschen, die nicht im schulpflichtigen Alter sind, aber noch keinen Schulabschluss haben, geschweige denn eine Berufsausbildung. Hier brauchen wir an den Schulen zuerst Deutsch-Vorlaufklassen. Wir haben Kinder, die traumatisiert sind. Sie sind Analphabeten. Jetzt werden Schüler wahllos auf Schulen verteilt.

Wir sagen: Deutsch-Vorlaufkurse, Kinder kennenlernen, sie vorbereiten auf den Alltag, den wir hier in Deutschland haben, den sie in ihren Ländern so nicht kennen, und dann die passende Schule für diese Kinder suchen, das ist Integration, die geplant ist und nicht dem Zufall überlassen wird.

(Beifall der CDU)

Das gleiche gilt für die Realschulen plus. Auch die sogenannten Deutsch-Intensivkurse stehen gar nicht für alle zur Verfügung. Es ist ja nicht nur, dass bei Deutsch und

Sport dann alle zusammen sind, wo man die Sprache nicht bräuchte, auch in anderen Unterrichtsstunden. Das integriert nicht, sondern das lässt diese jungen Menschen außen vor.

(Carsten Pörksen, SPD: Was für ein Quatsch!)

An den berufsbildenden Schulen müssen wir darüber nachdenken, wie wir sie weiterentwickeln können. Wir haben den höchsten Unterrichtsausfall an den berufsbildenden Schulen.

(Petra Elsner, SPD: Das stimmt ja gar nicht!)

Sie erzählen immer davon, dass die berufliche Bildung genauso viel wert ist wie die akademische. Aber was machen Sie? – Sie schaffen Gebühren für Langzeitstudenten ab, und hier lassen Sie Unterricht ausfallen. Das ist unredlich. So etwas ist nicht glaubwürdig.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus diesem Grund werden wir auch Berufsvorbereitungskurse für die jungen Menschen ohne Schulabschluss an diesen berufsbildenden Schulen einrichten, wenn der Wähler uns diesen Auftrag gibt.

Zweiter Punkt: Wir unterstützen bürgerschaftliches Engagement und helfen Menschen in Grenzsituationen. Ich will den Breitensport nennen, der mir sehr am Herzen liegt. Ich bin auch mit im Beirat vertreten, wie auch andere Kollegen. Hier will ich die Special Olympics nennen. Ich wünsche mir sehr, dass Sie zustimmen. Zumindes in den Sitzungen, in denen wir zusammen da waren, ist deutlich gemacht worden, dass wir für diesen Behindertensport auch Unterstützung brauchen. Wir investieren in den Landessportbund, und wir investieren auch in den Erhalt der Sportstätten.

Wir schauen auf Menschen in Notsituationen und Notlagen. Wir wollen 70.000 Euro zusätzlich für Hospizarbeit. Warum? – Unser Land verändert sich. Unser Leben verändert sich. Unsere Medizin verändert sich. Demenz ist mitten in unserer Gesellschaft. Es ist gut, dass Hermann Gröhe – ein wirklich herausragender Gesundheitsminister, denke ich – die Pflegereform so unterstrichen und voran gebracht hat.

(Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wer?)

– Das ist Herr Köbler. Er ruft hinein: „Wer?“ – Lieber Herr Köbler, Sie müssen keine Lobeshymnen hervorbringen, aber als Rot-Grün dran war, weiß ich, dass es keine fünf Pflegestufen für Demenzerkrankung gab. Unter uns gibt es das. Das ist bei den Menschen. Das ist nahe bei den Menschen.

(Starker Beifall der CDU)

Auch wenn Sie den Namen Gröhe vielleicht nicht kennen, spricht das nicht gegen Herrn Gröhe. Es spricht eher gegen Sie.

(Beifall der CDU)

Wenn es um Hospizarbeit geht, haben wir meist die älteren Menschen vor Augen. Es gibt aber auch viele Familien, die jeden Tag zu kämpfen haben. Sie haben mit besonderen Herausforderungen zu kämpfen. Sie wissen, dass wir intensiv auch dafür arbeiten. Meine persönliche Überzeugung ist es. Deshalb haben wir uns bei der Schwangerenkonfliktberatung so engagiert. Man muss sich das einmal vorstellen. Sie geben Ermächtigungen für 5 Millionen Euro und haben damals ein paar Tausend Euro für Schwangerenkonfliktberatung gestrichen. Sie haben gar nicht mehr ein Gefühl für eine gesellschaftliche Balance. Die ist Ihnen doch hier verlorengegangen.

(Starker Beifall der CDU –
Carsten Pörksen, SPD: Das sagt gerade
die Richtige!)

Das muss man sich doch einmal anschauen. Wenn wir sagen, dass sich Menschen in Konfliktsituationen – Frauen, die ein Kind doch zur Welt bringen, obwohl sie damit gerungen haben, Paare die ein behindertes Kind erwarten – dennoch dafür entscheiden, dann finde ich, sollten wir sie nicht allein lassen; denn sie tragen auch zur Temperatur unserer Gesellschaft bei. Deshalb wollen wir sie nicht allein lassen. Deshalb sagen wir, ja, wir brauchen auch für die spezialisierte ambulante Kinderkrankenpflege und für die ambulante Pflege mehr Geld. Das schlagen wir hier vor. Wenn Sie uns da zustimmen, bin ich Ihnen dankbar, wenn Sie wenigstens einen Antrag der Opposition mittragen; denn mittlerweile ist es so, dass Sie immer alles ablehnen. Vielleicht haben Sie gemerkt, dass wir auch bei Ihnen Dinge mittragen. Das geschieht aus einem Grund: Weil wir keine ideologische Scheuklappe aufhaben, weil wir uns entlang der Tatsachen orientieren.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zu unseren Vorstellungen für einen sicheren Staat, für Innere Sicherheit. Freiheit und Sicherheit schließen sich einander nicht aus.

Ich habe noch eines vergessen, das mir wichtig war: Kultur und Kunst. – Wir haben für die Musikschulen, für Laienmusiker, für private Theatergruppen mehr Geld vorgesehen. Das gehört noch dazu, gerade weil sich die Kolleginnen und Kollegen sehr damit beschäftigt haben. Frau Kollegin Hayn ist heute wegen eines Trauerfalls nicht da. Das bin ich ihr schuldig, weil sie heute nicht da sein kann und keine schönen Stunden hat.

Freiheit und Sicherheit schließen einander nicht aus. Sie bedingen sich gegenseitig. Sicher sein – zu Hause, auf den Straßen, bei Festen und Großveranstaltungen, in Städten und Gemeinden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sicherheit, das ist Bürgerrecht. Dem tragen wir Christdemokraten Rechnung. Hierfür verstärken wir zusätzlich sehr deutlich in dem Bereich der Polizei. 1,7 Millionen Überstunden, sinkende Personenzahlen bei der Polizei – trotz zahlreicher neuer Aufgaben, wie der Bekämpfung des internationalen Terrorismus oder der ansteigenden Wohnungseinbrüche in unserem Land: Diese Landesregierung hat es versäumt, im Bereich der Inneren Sicherheit die Weichen dafür zu

stellen, dass wir auch im kommenden Jahr in Rheinland-Pfalz sicher leben können. Diese Landesregierung hat sich zu Beginn der Legislatur erst einmal damit beschäftigt, wie man sich gegen Polizisten in diesem Land erst einmal beschweren kann. Das sind zwei unterschiedliche Schwerpunkte.

(Starker Beifall der CDU)

In diesem und im kommenden Jahr werden jeweils knapp 500 Beamtinnen und Beamte in Pension gehen. Das war übrigens lange absehbar. Dennoch wurden die Einstellungszahlen in den vergangenen Jahren sogar teilweise zurückgefahren. Dass die Landesregierung erst jetzt auf diese Entwicklung mit mehr Einstellungen reagiert, ist fatal;

(Carsten Pörksen, SPD: Das ist doch Unsinn, was Sie da erzählen!)

denn aufgrund der Ausbildungsdauer – auch das wissen wir – werden diese Beamten erst in drei Jahren für den Polizeidienst zur Verfügung stehen. Wenn wir in diesen Tagen in der Zeitung lesen konnten, dass sich aufgrund der angespannten Personalsituation 118 Polizisten entschlossen haben, erst später in Pension zu gehen, dann kann ich nur sagen: Hut ab, großes Lob, herzlichen Dank für ihre Verantwortungsbereitschaft! Das ist nicht selbstverständlich.

(Beifall der CDU –
Carsten Pörksen, SPD: Das haben die nicht aufgrund Ihrer Reden getan!)

Auch das will ich für unsere Polizistinnen und Polizisten festhalten, auch bei diesem Lob. Für Rot-Grün ist es anscheinend selbstverständlich. Es war Ihnen nicht wert, ihnen mit Applaus zu danken; denn dieser Applaus galt nicht mir, sondern den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in diesem Land.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben deshalb folgenden Antrag eingebracht: Um die Zahl der Polizeibeamten schrittweise um weitere 300 Beamte zu erhöhen, erweitern wir den Stellenplan für Polizeianwärter um 85 Stellen. So können ausscheidende Polizeibeamte sicher ersetzt und neue Stellen aufgebaut werden. Wir erhöhen auch die Zahl der Lehrkräfte an der Polizeischule Hahn. Und zur Entlastung der Polizeibeamten erhöhen wir die Zahl der Angestellten für Verwaltungs- und Fachaufgaben in Polizeipräsidien und in der Polizeistelle für Kriminaltechnik. So stellen wir unsere Polizei gut auf für die Aufgaben, die sie auch neu bewältigen muss. Aber was nutzt es, wenn unsere Polizei die Täter schnell und sicher ermittelt, es dann aber im Bereich der Justiz hakt? Oder – wie es jetzt am Landgericht Koblenz passiert ist – Haftbefehle platzen und möglicherweise gefährliche Straftäter wieder auf freien Fuß gesetzt werden müssen? Das ist hier in Rheinland-Pfalz passiert. Wir als Christdemokraten stärken daher auch die rheinland-pfälzische Justiz.

(Beifall bei der CDU)

Wir erhöhen die Zahl der Richter und Staatsanwälte um zehn Stellen, damit Strafverfahren fristgerecht durchge-

führt werden können.

Wir bessern aber auch im Strafvollzug nach und schaffen neue Stellen bei Strafvollzugsbediensteten.

Und wir erhöhen die Zahl der Amtsanwälte, die ebenfalls völlig überlastet sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich wissen wir, dass die Stellen für Amtsanwälte grundsätzlich mit ausgebildeten Rechtspflegern besetzt werden, die aber selbst zu wenig Personal haben. Weil wir aber nicht wie der Justizminister Löcher stopfen, indem wir woanders welche aufreißen, schlagen wir einen einmaligen Sonderweg vor. Ich sage ganz deutlich, einen einmaligen Sonderweg zur Linderung in größter Not. Wir schlagen vor, die von uns geforderten Stellen für Amtsanwälte ausnahmsweise mit ausgebildeten Volljuristen zu besetzen, und dies, wie gesagt, einmalig. Zukünftig sollen diese Stellen wieder mit Rechtspflegern besetzt werden. Wir halten das aber jetzt für vertretbar, weil wir der Meinung sind, dass dieses Land auch in der Justiz funktionsfähig sein muss.

(Beifall der CDU)

Zum Schluss Stichwort Innere Sicherheit – ich will es kurz machen – noch ein ganz kurzer Blick Richtung Paris: Terroranschläge, die uns alle, egal welcher Fraktion oder Partei man angehört, erschüttert haben. Aber absolute Sicherheit – auch das gehört dazu – kann kein Staat gewährleisten, schon gar nicht, wenn man Freiheit hochhalten will. Gott behüte uns vor solchen Anschlägen auch in unserer Heimat. Aber Gott behüte uns auch vor den Vorschlägen der GRÜNEN, die den Verfassungsschutz abschaffen wollen.

(Carsten Pörksen, SPD: Jetzt aber!)

Eines ist sicher, ein solcher Vorschlag wird nicht mehr Sicherheit für die Bevölkerung in unserem Land bringen.

(Starker Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Nils Wiechmann, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, das tut weh, wenn man mit der Realität konfrontiert wird.

Unsere Vorstellung für eine gute Infrastrukturpolitik: Schwerpunkte setzen wir in der Infrastrukturpolitik. Wir brauchen – das haben wir in den Etat hineingesetzt – 20 Millionen Euro für den Landesstraßenbau mehr; denn Rheinland-Pfalz ist ein Exportland. Wir können uns gern darüber freuen, dass wir Exportland sind, dass wir die Steuereinnahmen haben, aber dann müssen wir auch für die Grundlagen sorgen, dass wir weiterhin diesen Erfolg haben können, den nicht die Regierung hat, sondern den die vielen Unternehmerinnen und Unternehmer und die Mitarbeiter in unserem Land haben.

Aber das ist das Mindeste, was wir tun können, dass wir für eine ordentliche Infrastruktur in Rheinland-Pfalz sorgen.

Ich möchte betonen, ich bin mit dem Kollegen auch in Wörth bei Daimler gewesen, und auch das gehört übrigens dazu. Wir freuen uns immer, dass dies ein großer und gu-

ter Arbeitgeber ist. Wir freuen uns, dass Digitalisierung und Innovation bei uns eine große Rolle spielen, und zwar nicht wegen der Landesregierung, sondern trotz dieser Landesregierung. Warum? – Schauen wir uns doch einmal die Lang-Lkw an. Wir freuen uns über die Arbeitsplätze derer, die am Lang-Lkw arbeiten. Sie haben wir gern auf rheinland-pfälzischer Seite in Wörth.

Aber was ist festzustellen? – Hier dürfen sie noch nicht einmal pilotmäßig fahren. In Baden-Württemberg dürfen sie fahren.

Es werden Bauteile über Baden-Württemberg nach Wörth angeliefert. Was passiert dort? – Ökologischer Fußabdruck!

Ein Auto fährt vom Werk in Wörth über die Wörther Brücke, wenn man sie denn befahren kann, um dann umzuladen vom Lang-Lkw auf ein anderes Auto, um dann wieder ans Werk nach Rheinland-Pfalz zu fahren und wieder einen Lang-Lkw zu bauen, von dessen Steuern Sie profitieren. Das kann man nicht verstehen, das ist keine zukunftsgerichtete Politik. So etwas ist Ideologie.

(Beifall der CDU)

Frau Lemke spricht übrigens von Einzelfällen, von temporärer Beeinträchtigung, es sei kein generelles Phänomen in Rheinland-Pfalz. Ich kann nur hoffen, dass die Wirtschaft nur temporär, nur in Einzelfällen, von Ihnen beeinträchtigt sein wird und dass Rot-Grün kein generelles Phänomen in diesem Land bleiben wird. Das kann ich nur hoffen.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines will ich auch noch sagen. In Rheinland-Pfalz fahren unter Rot-Grün die ältesten Schulbusse in ganz Deutschland. Auch das gehört dazu.

Der Landesrechnungshof – bleiben wir bei den Straßen – hat für den Erhalt der Landesstraßen einen Investitionsstau von 1 Milliarde Euro festgestellt. Was der Landesrechnungshof in seinem Gutachten zu den Landesstraßen über die sogenannte Erhaltungsstrategie in diesem Land – die es ja nicht gibt – geschrieben hat, ist symptomatisch für Ihre Regierungspolitik. Ich will es zitieren:

„Die Schwerpunkte dieser Strategie lagen nicht auf Schadensprävention und grundhaften Straßenerneuerungen, sondern auf preisgünstigen, dünnenschichtigen und oberflächenverbessernden Instandsetzungen.“

(Alexander Licht, CDU: Das steht für die gesamte Politik!)

Das ist nicht von uns gesagt worden, das ist vom Landesrechnungshof gesagt worden, dessen Präsident Ihr Wirtschaftlichkeitsbeauftragter ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Rot-Grün – das ist eine ganz klare Erkenntnis – vernichtet Landesvermögen. Die CDU-Landtagsfraktion will den Landesstraßenetat über mehrere Jahre um jeweils 20 Millionen Euro aufstocken. Warum? – Damit die kommende Generation nicht die Nachlässigkeiten der Vergangenheit auch noch ausbaden muss.

(Beifall der CDU)

Wir haben den Eindruck, die Regierung regiert nicht, sie simuliert nur noch Regieren. Sie machen keine vorausschauende Politik, Frau Ministerpräsidentin. Sie wollten sich an Ihren eigenen Leistungen messen lassen, sagten Sie in Ihrer Regierungserklärung. Da fragen wir uns: Was haben Sie Großes bewegt in Ihrer Zeit? Womit haben Sie das Land vorangebracht, außer damit, wieder neue Schulden aufzuhäufen? – Der große Wurf ist Ihnen bislang nicht gelungen.

Sie haben in Ihrer damaligen Regierungserklärung von Zukunft gesprochen. Von Vorsorge war kein einziges Mal die Rede. Aber wer keine Vorsorge trifft, dem fehlen die Freiräume für Unvorhergesehenes, und dem kommt dann die Zukunft abhanden. Diese Landesregierung plant nicht perspektivisch. Sie will über den Tag kommen, und sie kümmert sich erst dann um Probleme, wenn sie nicht mehr zu leugnen sind, und dann kostet es doppelt so viel Geld, als wenn man vorgesorgt hätte.

(Beifall der CDU)

Dies möchte ich auch gerne mit Beispielen unterlegen. Allein im Bereich des Schulbaus warten die Kommunen nach den Zahlen der kommunalen Spitzenverbände auf 100 Millionen Euro an Förderzusagen. Gegeben wird ein Bruchteil; der Rest – so das Land – wird nach Kassenlage bezahlt. Leider sind diese Versprechungen noch nicht im Haushalt abgebildet. Das sind Schattenschulden. Ich könnte es auch vornehmer ausdrücken, es sind verdeckte Finanzierungsdefizite. Aber wer dies vorfinanzieren muss, das sind die Kommunen, die ohnehin schon verschuldet sind.

Bei den Kindergärten gibt es ebenso Förderzusagen im zweistelligen Millionenbereich und Vorfinanzierungen von den verschuldeten Kommunen. Bei den Flüchtlingskosten gibt es keine Vollfinanzierung und keine Vorfinanzierung.

Nach dem Breitbandatlas des SPD-geführten Bundeswirtschaftsministeriums ist Rheinland-Pfalz unter den westdeutschen Bundesländern das Bundesland mit der geringsten Verbreitung des schnellen Internet.

Auch bei der Mobilfunktechnik LTE sieht es nicht anders aus. Sie haben 10 Millionen Euro angekündigt, im Haushalt sucht man dieses Geld vergebens. Selbst von den 5 Millionen Euro, die im vergangenen Doppelhaushalt veranschlagt waren, wurden gerade einmal 62.000 Euro verausgabt. – Da helfen keine Machbarkeitsstudien für 300 Mbit/s. Es wäre stattdessen einmal ganz gut, wenn Sie sich die Machbarkeit erklären lassen würden, wie man ein Förderkonzept und Förderrichtlinien entwickelt. Damit wäre den Menschen besser geholfen als mit Ihren Machbarkeitsstudien, die Zukunft vorsimulieren sollen.

(Beifall der CDU)

Wir fordern eine durchgängige Breitbandstrategie. Wir sagen, die Förderrichtlinien und die Fördervarianten müssen vereinfacht und transparenter werden. Gemeinsam mit der Wirtschaft brauchen wir Breitband- und Investitionsmodelle. Die Digitale Agenda der Bundesregierung muss auf Lan-

desebene umgesetzt werden, und die Digitale Dividende – etwa 28 Millionen Euro kommen auf uns zu – muss voll für den Breitbandausbau zur Verfügung gestellt werden.

Ich möchte Ihnen ein weiteres Beispiel zur Situation der Kommunen nennen. Diese Situation hat sich dramatisch verschlechtert. Festzuhalten ist, die Regierung hat ihre Zusagen gebrochen. Selbst die 50 Millionen Euro mehr, die es für die Kommunen gab, sind schon längst wieder aufgebraucht, weil andere Aufgaben damit getätigt werden mussten. Deshalb brauchen wir einen neuen kommunalen Finanzausgleich, der im Übrigen nachvollziehbar und transparent ist und der einen fairen Lastenausgleich gewährleistet. Das ist die Forderung des Verfassungsgeschichtshofs.

Wir brauchen natürlich auch ein tragfähiges Konzept für die Altschuldenproblematik. Wir müssen die Kommunen in den Blick nehmen, auch wenn es um die Integration von Flüchtlingen geht. Wir erhöhen die Schlüsselzuweisungen für finanzschwache und besonders aufgabenbelastete Gemeinden um 30 Millionen Euro. Wir setzen andere Schwerpunkte. Dies gilt auch für die Zweckzuweisungen des kommunalen Finanzausgleichs für Kindertagesstätten oder auch für den Breitbandausbau. Wir etatisieren das, was wir uns vorstellen, wie eine Entwicklung in diesem Land gelingen kann. Wir machen keine Machbarkeitsstudien für die Zukunft, um etwas zu simulieren; wir zeigen, wie es geht, wenn wir regieren.

(Beifall der CDU)

Ich möchte noch eines sagen. Das Land feiert sich immer gern dafür, dass man sich angeblich bei den Unterbringungskosten mit den Kommunen geeinigt hätte.

„Wir haben uns mit den Kommunen geeinigt. Wir haben eine Vereinbarung bei der Finanzierung der Flüchtlingshilfe geschlossen.“

Mir liegt ein Brief von den kommunalen Spitzenverbänden vom 27. November vor, der das klarstellt und aus dem ich zitieren möchte:

„Um möglichen Fehlinterpretationen entgegenzutreten, weisen die Unterzeichner nochmals darauf hin, dass es sich bei dem Eckpunktepapier um keine Einigung im Sinne einer abschließenden Vereinbarung über den Kostenausgleich handelt, sondern dieses lediglich eine Eckpunktfestlegung für den Umgang mit den Bundesmitteln darstellt.“

(Staatsministerin Doris Ahnen: Oh, immerhin, nicht wahr?)

– Das finde ich schon beachtlich. Frau Finanzministerin Ahnen freut sich. „Immerhin“, sagt sie, und das ist schon ein sehr geringer Anspruch, das muss ich jetzt wirklich sagen.

(Zurufe von der SPD)

Ich muss schon sagen, es ist ein geringer Anspruch, dass wir festgehalten haben, dass es der Landesfinanzministerin gelungen ist, Gelder, die vom Bund kommen, an die Kommunen weiterzugeben. Darauf sagt sie: „Immerhin!“ –

Dazu muss ich Ihnen sagen, dass Ihnen das mit einem so großen Finanzministerium geglückt ist, ist wirklich beachtlich.

(Staatsministerin Doris Ahnen: Ja, das ärgert Sie sehr!)

Es hat mich bisher nicht gewundert, aber eine solche Äußerung wundert mich schon sehr, liebe Frau Ministerin Ahnen. Das erklärt jetzt vieles, weshalb wir einen solchen Haushalt vorliegen haben.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Hans-Josef Bracht, CDU)

Reden wir doch nicht lange drum herum. Ich meine, Sie wissen es doch selbst. Das haben Sie doch kognitiv drauf. Sie wissen doch, wie viel Geld vom Bund kommt, wie viel Geld Sie versprochen haben, wie viel Geld Sie umetikettieren und welche Absichtserklärungen Sie machen. Das sehen wir doch beim sozialen Wohnungsbau genauso. Dort hat der Bund die Mittel erhöht. 36 Millionen Euro kommen vom Bund und magere 4,5 Millionen Euro vom Land. Und was machen Sie daraus? – Sie machen ein Bündnis für bezahlbares Wohnen. Sie schmücken sich mit fremden Federn, aber Sie gestehen noch nicht einmal ein, dass der Bund das Geld dazugegeben hat. Sie freuen sich, dass Sie es schaffen, das Geld durchzureichen. Das ist wenig an Anspruch, das muss ich Ihnen wirklich sagen.

(Beifall der CDU)

Gleiches sehen wir auch bei den Kindertagesstätten. Über Jahre wird gestreckt und nicht angepasst. Den Trägern geht die Puste aus. Für pädagogische Zusatzangebote fehlt das Geld. Die Erstattung der Beitragsfreiheit ist seit Jahren nicht abgerechnet worden, sondern bloß mit Abschlagszahlungen bedacht worden. Auch die tatsächlichen Personalkostensteigerungen liegen dem nicht zugrunde. Auch bei der Abrechnung des Landesanteils an den Personalkosten hinkt das Land mit der Spitzabrechnung hinterher.

Ich glaube, auch bei den Ausbaurückstellungen ist die Situation klar. Der Bund hat sich daran ganz klar beteiligt, und wir sehen auch, welche Vorabentnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich Sie gerade für die Kindertagesstätten gemacht haben. Das ist nicht fair, das muss ich Ihnen ganz deutlich sagen. Das ist nicht fair. Sie versprechen etwas, was andere bezahlen müssen. Transparenz ist der erste Schritt.

(Beifall der CDU)

Wir brauchen an den Kitas Sprachförderung. Die Landesregierung ist durchgefallen bei dem Test. Die Bertelsmann Stiftung hat wissenschaftlich hergeleitet ganz klar die Gruppengrößen der altersgemischten Kindergartengruppen kritisiert. Wir brauchen eine effiziente Sprachförderung. Das, was die Kleinsten brauchen, ist nicht das, was sie in Rheinland-Pfalz bekommen. Die Erzieherinnen und Erzieher stehen an einer Belastungsgrenze.

Die Vertreter der Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege haben in einer Landtagsanhörung Folgendes gesagt:

„Vielleicht war die politische Entscheidung zur Abschaffung der Elternbeiträge in Rheinland-Pfalz nicht ganz so klug; denn in der Folge wird dem Land eine Menge Geld fehlen, um mögliche Prozesse in der Kita noch einmal qualitativ umzusteuern.“

Man kann durchaus anderer Meinung sein. Aber zu behaupten, dass unser Vorschlag, der identisch ist mit dem Vorschlag der Liga, unsozial und ungerecht sei, heißt, dass Sie behaupten, dass die Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz unsoziale Ansätze verfolgen würde. Wenn Sie das schon gleichsetzen, müssen Sie sich diesem Vorwurf auch stellen.

(Beifall der CDU)

Die Liga hat recht.

Ich sage es noch einmal: Es wäre schön, wenn alles kostenlos wäre. Aber wir haben es heute mit einem Landeshaushalt zu tun, den Sie zu verantworten haben. Hätten wir die 600 Millionen Euro vom Nürburgring in diesem Haushalt, müssten keine Gebühren erhoben werden. Das heißt, der Druck auf die Erzieherinnen und der Druck auf die Kinder und die Eltern ist deshalb so hoch, weil Sie zuvor diese Politik gemacht haben.

(Beifall der CDU)

Wir haben Lösungsansätze. Wir sagen, durchschnittlich 30 Euro im Monat nur für die Eltern, die es sich leisten können, sozial gestaffelt, das wäre eine verantwortliche Politik zum Wohle der Kleinsten, weil das Geld in der Betreuung bleibt, weil es in der Kita bleibt. Sie aber sagen: Wir wollen über den Wahltag kommen, und die Schulden, die wir dafür machen, sollen später die Kinder bezahlen, die heute in die Kita gehen, egal, ob Sie es sich leisten können oder ob Sie es sich nicht leisten können. Das ist sozial ungerecht. Das ist nicht fair, und vor allen Dingen führt es auch zu einer Verwirrung.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben familienpolitische Vorschläge gemacht, und da fragt man sich schon nach ihrer Stringenz. Sie haben diese Vorschläge bei Ihrem Bundesparteitag vorangetrieben. Sie wollen die Abschaffung des Ehegattensplittings für Familien, und Sie wollen eine Kappung des Kindergeldes in der Mittelschicht. – Damit reden wir nicht mehr über 30 Euro, damit reden wir nicht mehr über Beiträge, sozial gestaffelt, für die eigenen Kinder, sondern damit reden wir von Einkommensverlusten für Familien in Höhe von mehreren Hundert Euro pro Monat. Das ist nicht sozial, das ist nicht gerecht, und deshalb werden wir der Verantwortung gerecht, indem wir ein faires Konzept vorlegen.

(Beifall der CDU)

Wir sehen also, Ihnen geht es um ein Wahlüberbrückungsprogramm, Ihnen geht es um schöne Bilder. Raten Sie doch einmal, welches Honorar in der Staatskanzlei allein im Jahr 2014 für Bilder ausgegeben worden ist. Ich rede nur von der Staatskanzlei, nicht von der gesamten Regierung. Es waren 49.000 Euro Fotohonorare allein für die

Staatskanzlei für schöne Fotos, und dies war erst 2014, als der Wahlkampf noch in weiter Ferne lag. – Dafür haben Sie Geld. Aber Schwangerenkonfliktberatungen zu beschneiden, das fällt Ihnen leicht. Man muss einmal sehen, wo in diesem Land die soziale Balance liegt.

(Beifall der CDU)

Sie legen mehr Wert auf schöne Fotos für sich als auf eine Schwangerenkonfliktberatung.

Dazu passt auch der Landesdatenschutzbeauftragte. Dass man eine neue Homepage braucht, ist doch klar, und man kann auch einmal Fotos austauschen. Aber für eine neue Homepage 60.000 Euro zu veranschlagen, während bei anderen Menschen das Geld gestrichen wird, ist schon sehr berechnend. Man muss schon sagen, das ist wirklich beachtlich.

(Beifall der CDU –

Nils Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber genau dem stimmen Sie doch heute Nachmittag zu! Darauf haben wir uns gemeinsam verständigt!

Ähnlich sieht es beim Innenministerium aus.

(Nils Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau das haben Sie mit unterschrieben, Frau Klöckner! Es ist unglaublich!)

Es sind noch vier Monate bis zur Wahl, keine 100 Tage mehr. Aber der Innenminister macht noch einmal schnell eine neue Homepage. Man muss schon sagen, da hat die „RHEINPFALZ“ recht, die sagte:

„Der Webseitenbesucher kann dem omnipräsenten Sozialdemokraten nicht entgehen. Große Bilder von ihm schmücken die Seite. Flankiert werden sie von Pressemitteilungen, die eines gemeinsam haben. Das erste Wort ist jeweils identisch, ein ungeschriebenes Gesetz: Lewentz.“

Das kann man machen, wenn man genug Geld hat. Wir haben aber nicht genug Geld, deshalb lassen wir so etwas.

(Beifall der CDU –

Gerd Schreiner, CDU: Das hat mit Wahlkampf überhaupt nichts zu tun, nein! Das zahlt alles der Steuerzahler!)

Wir wissen, Sie wollen Wolfserwartungsland sein, Sie wollen eine Bußgeldstelle aufbauen, und Sie wollen Einnahmen aus Bußgeldern in Höhe von 28 Millionen Euro in 2015 erhalten, die im Jahr 2016 auf 37,8 Millionen Euro ansteigen sollen – und das nicht, weil wir mehr Polizeibeamte haben, sondern weil Sie die Autofahrer und andere mehr schröpfen wollen.

Wir sehen des Weiteren das Umweltministerium. Sie legen gute Schwerpunkte: „Streicheln oder Abstand halten“. – Ich muss sagen, das ist ein besonderer Coup des Umweltministeriums. Sie haben dieses Motto vorgestellt: „Streicheln oder Abstand halten“. – Man denkt über ein Pilotprojekt des Umwelt- und des Wirtschaftsministeriums nach zum richtigen Umgang mit Hunden. – Ja, liebe Zuhörer, Sie

haben richtig gehört. Ich zitiere:

(Beifall der CDU)

„Damit werden die Hundehalter von morgen schon heute zu kleinen Botschaftern für mehr Sicherheit im Tierschutz.“

Ich wäre schon froh, wenn Sie schon heute für morgen der Botschafter für solide Finanzen werden würden. Das wäre schon viel mehr wert!

(Beifall der CDU)

Wenn wir nun zur Justiz kommen, dann sind wir sehr enttäuscht, sehr geehrter Herr Justizminister. Sie haben einen Tag, bevor in der „Rhein-Zeitung“ ein Artikel darüber erschienen ist, unseren Kolleginnen und Kollegen im entsprechenden Fachausschuss der Justiz und für Verbraucherschutz erzählt, man habe schnell, unbürokratisch und überall ganz wirksam geholfen. Flankiert wurden diese Äußerungen natürlich wieder von Rot-Grün.

(Christian Baldauf, CDU: Eine Stunde hat das gedauert!)

Nur einen Tag später berichtet die „Rhein-Zeitung“, dass kürzlich am Landgericht Koblenz Haftbefehle aufgehoben und Drogendealer wegen Richtermangels freigelassen werden mussten. Das muss man sich jetzt einmal vorstellen! Wir haben einen Ausschuss, der mit Ihnen tagt, wir haben das Parlament, es sind gewählte Vertreter, und Sie halten es nicht für nötig, uns das zu erzählen. Wir wurden vorher beschimpft und belacht, als wir sagten, wir brauchen mehr Richterstellen, und am Ende erfahren wir so etwas aus der Zeitung. Dann versuchen Sie nachzubessern und haben zwischendurch noch erzählt, dies alles habe etwas mit den Vorfällen in Paris zu tun. Das ist doch nicht ehrlich, das ist doch nicht gerecht, das ist nicht transparent. Das ist übrigens, ehrlich gesagt, auch nicht eines Justizministers würdig.

(Beifall der CDU –
Christian Baldauf, CDU: Schwach ist das,
sehr schwach!)

Frau Dreyer sagte, Herr Robbers sei ihr Signal an die Justiz für eine faire und partnerschaftliche Zusammenarbeit. – Frau Ministerpräsidentin Dreyer, die Justiz hat dieses Signal verstanden, nur anders, als Sie es senden wollten.

Was hat der Justizminister stattdessen getan auf seiner Sommertour? – Er hat „Seife ohne Seife“ angepriesen oder ein Silver-Surfer-Kurs an der Volkshochschule Worms besucht, und er ist – ich zitiere – „auf den Spuren des heiligen Apollinaris von Ravenna“ gewandelt.

Getwittert wurde zum „Weltnudeltag“ und zum „#Wurstgate“, und das war sein Signal an die Justiz.

An dem Tag, als wir im Mainzer Justizgespräch genau über die Probleme geredet haben, die sich jetzt gezeigt haben, hat sich der Justizminister aufgemacht, um etwas Neues zu erfahren über Urban Gardening.

Halten wir fest: Streicheln von Hunden, Wolfserwartungsland, Urban Gardening – das sind die Antworten von Rot-Grün auf die Zukunft in diesem Land.

Ich will für uns festhalten: Unsere Antworten sind ganz klar andere. Wir wollen einen soliden Haushalt mit soliden Finanzen. Sparen ist kein Selbstzweck, Sparen schafft Freiräume für Unvorhergesehenes. Sparen und solides Haushalten schaffen uns die Chance, Zukunft zu gestalten und Menschen einzuladen, sich in Rheinland-Pfalz wohlfühlen, weil sie als Teil dieser Gesellschaft verstanden werden und nicht nur als Steuerzahler, mit deren Geld man so umgeht, als sei es das eigene Geld.

Deshalb haben wir fünf klare Schwerpunkte gesetzt und haben dort gespart, wo es auch wehtut; aber wir bessern das aus, was Sie falsch gemacht haben. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es uns wichtig zu sagen: Sicher leben, Chancen schaffen – das ist unser Weg für Rheinland-Pfalz, und das geht nur mit uns Christdemokraten.

Herzlichen Dank.

(Lang anhaltend starker Beifall der CDU)

Präsident Joachim Mertes:

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler der IGS Bertha-von-Suttner Kaiserslautern, Sozialkunde Leistungskurs. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich darf dann das Wort Herrn Abgeordneten Schweitzer erteilen. – Bitte schön.

Abg. Alexander Schweitzer, SPD:

Lieber Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Klöckner, nachdem Sie inzwischen diese Attitüde zumindest nach Ihren Maßstäben zur Perfektion getrieben haben, wie die selbsternannte Landtagsgouvernante in meine Fraktion zu zeigen und uns zum Applaus aufzufordern, will ich jetzt schon einmal sagen:

(Beifall und Heiterkeit bei SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt eines, da werden wir mit der CDU nicht mithalten, nämlich in der Befähigung zum Claqueur-Dasein, so wie es Ihre Fraktion vorhin gemacht hat.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von der CDU)

Ich freue mich, dass die getroffenen Hunde jetzt so laut bellen.

Aber was mir, und nicht nur mir, aufgefallen ist, neun Minuten Applaus waren das nicht wie auf dem Bundesparteitag,

(Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU)

das heißt, es ist noch lange kein Kanzlerinnenformat, und

ich werde Ihnen auch sagen, Ministerpräsidentinnenformat hatten weder der Applaus noch Ihre Rede, liebe Frau Kollegin Klöckner.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

– Herr Baldauf, nachdem Ihnen in der Rede zwischenzeitlich die Augen zugefallen sind, bin ich froh, dass Sie jetzt wieder bei uns sind. Das ist schön. Das war nicht Ziel meiner Rede, aber das nehme ich auch gerne mit.

(Heiterkeit bei der SPD –
Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt steht.

(Zurufe von der CDU)

Das will ich Ihnen schon sagen: Nachdem Sie wirklich so gerne mit dem Finger auf andere zeigen, hören Sie mir zu, weil das nämlich der Beweis dafür wäre, dass Sie nicht nur vermeintlich eine politisch bürgerliche Kraft sind, sondern auch über bürgerliche Umgangsformen verfügen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Heiterkeit bei der CDU)

Deshalb würde ich Sie doch sehr bitten, mich nicht permanent zu unterbrechen.

(Alexander Licht, CDU: Das sagt genau der Richtige!)

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt steht in der Kontinuität erfolgreicher rot-grüner Haushalts- und Finanzpolitik in dieser Legislaturperiode. Dieser Haushalt ist ein Konsolidierungshaushalt, der die Fortschritte bei der Erfüllung der neuen Schuldenregel konsequent fortschreibt. Das ist der Erfolg der entschlossenen und gleichzeitig sozial austarieren Finanzpolitik unserer Finanzministerin Doris Ahnen.

Aber das ist nicht nur ein Haushalt der weiteren seriösen langfristigen Stabilisierung unserer Landesfinanzen, sondern es ist zugleich ein Haushalt der Zukunftssicherung und -gestaltung für unser Land, für alle, die schon da sind, und für alle, die in diesen Tagen kommen – für alle, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Konsolidieren und Gestalten, das ist die Leitlinie. Politik ist zudem auch immer, insbesondere in diesen Tagen, davon geprägt, das zu tun und manchmal einfach nur zu reagieren auf das, was objektiv auf uns zukommt.

Das Megathema, das unsere Gesellschaft inzwischen beschäftigt, wie wir mit den vielen Menschen, mit den Flüchtlingen umgehen, die zu uns kommen, ist keine Politik, bei der irgendjemand ungestraft die Behauptung aufstellen dürfte, dass das nach einem Masterplan verläuft, meine Damen und Herren. Nein, wir sind – ich will an dieser Stelle ausnahmsweise Wolfgang Schäuble zitieren – in dieser

Situation bundesweit eher dabei, auf Sicht zu fahren. Dennoch ist es wichtig, dass Politik, zumal wenn man regiert, auch die richtigen Antworten gibt.

Meine Damen und Herren, gleichzeitig schaffen wir mit diesem Haushalt die Voraussetzungen dafür, dass wir aus dem Modus der Flüchtlingsunterbringung in den Modus der Integration kommen. Wir sorgen dafür, dass an alle das Signal ausgeht: Wir in Rheinland-Pfalz leisten einen Beitrag dazu, dass nicht die einen gegen die anderen oder am Ende die Schwachen gegen die Schwachen ausgespielt werden.

Darum setzen wir mit diesem Haushalt Schwerpunkte im Bereich der Bildung, Schwerpunkte im Bereich des Wohnungsmarktes, des Arbeitsmarktes und bei der sozialen Sicherung. Deshalb will ich sagen, es ist gut, dass wir den Mindestlohn haben, und es ist gut, dass wir nicht in Abrede stellen, dass er in diesen Tagen besonders notwendig ist, und es ist gut, dass wir in Rheinland-Pfalz im Zuge dieser Plenardebatte dafür sorgen werden, dass wir weiterhin das fortschrittlichste Landestariftrüegegesetz haben werden, das Sie in Deutschland finden, meine Damen und Herren. Frau Klöckner, das hat in Ihrer Rede keine Rolle gespielt. Auch damit werden Unterschiede mehr als deutlich, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Die Haushaltspolitik der CDU ist gescheitert, und zwar an den eigenen Ansprüchen, in diesen knapp fünf Jahren, auf die wir jetzt im Zuge dieser Wahlperiode zurückblicken können, Haushalte oder Alternativplanungen zum Haushalt vorzuschlagen, die tatsächlich schneller, als wir es erreichen werden, im Bereich der Nettoneuverschuldung zu Ergebnissen kommen.

Beileibe nicht nur hier, sondern in der Landespolitik insgesamt wird damit deutlich, Sie sind schlichtweg bei den zentralen landespolitischen Herausforderungen überfordert, meine Damen und Herren.

Wir setzen die Konsolidierung des Landeshaushalts auch 2016 fort. Die alte und die neue Schuldengrenze werden jeweils mit deutlichem Abstand eingehalten – die neue Schuldenbremse mit einer Differenz von 251 Millionen Euro und damit signifikant.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Wir erreichen mit den Änderungsanträgen der Koalition eine noch einmal verbesserte Nettokreditaufnahme, die um weitere 28,6 Millionen Euro auf dann 379,9 Millionen Euro absinkt.

2011 ist diese Koalition, sind die Koalitionspartner aus Sozialdemokratie und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit einem strukturellen Defizit von 1,6 Milliarden Euro gestartet. Eine Reduktion der strukturellen Verschuldung von 1,6 Milliarden Euro auf 473 Millionen Euro ist eine Reduktion – ich rechne es Ihnen gerne vor – um 1,16 Milliarden Euro, meine Damen und Herren. Das ist ein Meilenstein in der Finanzpolitik und in der Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, meine Damen und Herren. Liebe Kolleginnen und

Kollegen, Rot-Grün kann stolz darauf sein, dass wir das gemeinsam erreicht haben.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Liebe Frau Klöckner, wer jetzt in dieser Debatte und während Ihrer Rede tatsächlich kurzzeitig das Gefühl hatte, man kann auch einmal Mails lesen, der hat sicherlich um 13:30 Uhr eine Pressemitteilung von PricewaterhouseCoopers gelesen, die wirklich nicht im Verdacht stehen, eine sozialdemokratische Kaderschmiede zu sein. Darin wurde dargestellt, dass, wenn das Land Rheinland-Pfalz genau auf diesem Weg bleibt, den wir mit diesem Haushalt beschreiben, wir selbstverständlich das Ziel erreichen, 2020 bei der Nettoneuverschuldung eine Null zu erreichen.

(Zuruf des Abg. Dr. Axel Wilke, CDU)

Es gibt auch ein Ranking, es geht in diesen Tagen ja nichts mehr ohne Rankings. Dieses Ranking macht klar, dass wir schon heute auf Platz 6 der Kredit-, Schulden- und Haushaltsentwicklung von 16 Bundesländern sind, meine Damen und Herren. Platz 6 ist angesichts der Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz – denken Sie zurück, wo wir nach dem Zweiten Weltkrieg begonnen haben – heute eine hervorragende Zahl. Das sollte man nicht negieren oder schlechtreden.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Das ist auch das Verdienst der Beschäftigten der Unternehmen, die dazu beigetragen haben, dass wir über eine gute wirtschaftliche Entwicklung verfügen und wir deshalb eine Landes- und Haushaltspolitik in diesem Sinne machen können, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Wir werden 2020 den schuldenfreien Haushalt erreichen. Die rot-grüne Koalition ist in der Haushaltssanierung mit Siebenmeilenstiefeln unterwegs, und das, ohne schwierigen Debatten auszuweichen.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU)

Frau Klöckner, Sie haben heute Luftsprünge gemacht, was die Haushaltspolitik angeht, und schaffen es nicht, tatsächlich den eigenen Ansprüchen gerecht zu werden und hier dazulegen, wie Sie ernsthaft und seriös sparen wollen.

(Vizepräsidentin Barbara
Schleicher-Rothmund übernimmt den
Vorsitz)

Wir, die rot-grüne Koalition, haben uns auf den Weg gemacht, gerade in dieser Wahlperiode mit zum Teil wirklich unbequemen Entscheidungen dafür zu sorgen, dass wir nachhaltig konsolidieren. Wir lösen die AQS auf, ja. Wir sparen beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung fast 100 Stellen, und in der Umwelt- und Landwirtschaftsverwaltung haben wir ein langfristiges Personal-konzept aufgelegt, das uns mittelfristig über 200 Stellen einspart.

Meine Damen und Herren, gerade bei der Landschaftsverwaltung will ich auf eine Episode hinweisen, die ich gerne erzähle, weil sie so symbolhaft ist. Es gab den Parlamentarischen Abend der Landwirtschaftskammer. Herr Präsident Schindler hat darauf hingewiesen, dass das nicht in die richtige Richtung gehe, und gefragt, warum wir bei ihnen sparen wollten. Weil man an solchen Abenden hin und wieder die Gelegenheit hat, ein Grußwort zu halten, ist aufgefallen, dass Frau Kollegin Klöckner hineingerufen hat: Ja klar sparen wir im Lande Rheinland-Pfalz, aber bei euch sparen wir nicht. –

(Julia Klöckner, CDU: Haben Sie etwas
anderes gesagt? –
Hans-Josef Bracht, CDU:
Schwerpunktsetzung!)

Das ist deshalb ein symbolhaftes Thema, weil man das durch viele andere Landesthemen durchtragen kann: Hier von Einsparungen reden, aber überall dort, wo drei Menschen vor Ort demonstrieren, manchmal auch nachvollziehbar demonstrieren, sind Sie der Vierte und sorgen dafür, dass noch länger demonstriert wird.

Sie sind an einer Stelle sparsam, nämlich dann, wenn es um die Zivilcourage geht, so etwas öffentlich auszuhalten. Immer dann, wenn wir Sparvorschläge gemacht haben, haben wir uns nach Ihnen umgeschaut, da waren Sie aber schon in die Büsche verschwunden oder haben diejenigen angeführt, die gegen Sparvorschläge demonstriert haben.

(Heiterkeit bei der CDU –
Hans-Josef Bracht, CDU: Das sagt der
Richtige!)

Meine Damen und Herren, das ist die Methode Klöckner in diesem Land.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN –
Hans-Josef Bracht, CDU: Dass Sie nicht
selbst lachen müssen! –
Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Meine Damen und Herren, zu den Schwerpunkten ist zu sagen, dass wir uns als rot-grüne Koalition sehr offensiv mit dem Thema Integration und Flüchtlinge beschäftigen. Ich bin sehr froh, dass wir es gemeinsam schaffen, das Verhandlungsergebnis, das Malu Dreyer in Berlin im Dialog mit der Kanzlerin erreicht hat, auf ein Verhandlungsergebnis zu übertragen, das hier mit den Kommunen erreicht wurde.

Wir steigern die Mittel in diesem Haushalt für Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen auf 348 Millionen Euro. Das macht die Dimension der Aufgabe deutlich, vor der wir stehen. Die Kommunen allein erhalten aus diesem Paket noch einmal 59 Millionen Euro.

Weil Sie immer versuchen, eine Differenz zwischen den Interessen des Landes und denen der Kommunen herzustellen, will ich deutlich machen, überall dort, wo wir es schaffen, Erstaufnahmeeinrichtungen zu finden, auszubauen und zu ertüchtigen, schaffen wir es auch, den Kommunen Flüchtlinge nicht schon ab dem Tag 1 oder der Woche 2 zuzuführen, liebe Irene Alt. Das ist doch

das Modell, das Sie aus dem Saarland kennen, dass die Flüchtlinge, egal woher sie kommen, unmittelbar in die Kommunen weitergeleitet werden.

Meine Damen und Herren, wir in Rheinland-Pfalz schaffen Kapazitäten,

(Zuruf der Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU)

nehmen das eigene Geld in die Hand und nehmen auch die Bundesmittel dafür in die Hand, dass in den Erstaufnahmeeinrichtungen gute Unterbringung funktioniert, die Menschen ein Dach über dem Kopf haben, erste integrative Schritte erfolgen und erst zu einem späteren Zeitpunkt in die Kommunen überwiesen wird.

Genau das ist ein erfolgreiches Modell und sorgt dafür, dass wir den Frieden in diesem Land, was die Frage der Flüchtlingsunterbringung angeht, nicht aufs Spiel setzen. Genau deshalb halten wir daran fest, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Natürlich gehört dazu auch, dass wir all denen, die zu uns kommen, von denen wir wissen, sie werden keine Bleibeperspektive haben, deutlich sagen, woran sie sind.

Liebe Frau Kollegin Klöckner, Sie haben die Ministerpräsidentin angeschaut und die Behauptung aufgestellt, wir hätten in Rheinland-Pfalz regierungsseitig die Parole ausgegeben, wir schieben nicht ab und führen nicht zurück. Ich fordere Sie auf, bringen Sie sofort eine Quelle dieses Zitats, das Sie der Frau Ministerpräsidentin zugeordnet haben. Stellen Sie uns zur Verfügung, auf welche Quelle Sie sich berufen. Liebe Frau Kollegin Klöckner, solange Sie das nicht können, muss ich annehmen, dass Sie es erfunden haben, und das kann ich Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN –
Carsten Pörksen, SPD: Das ist ja typisch!)

Natürlich stehen wir auch dafür, dass wir da, wo ein Bescheid da ist, auch abschieben. Aber wir stehen in Rheinland-Pfalz für eine kluge, effiziente und eine menschlich und ethisch nachvollziehbare Politik, was das Thema Rückführung angeht.

Wir haben insbesondere, was das Rückführungsmanagement angeht, durch Unterstützung in diesem Haushalt den Kommunen die Gelegenheit gegeben, gemeinsam mit den Landesstellen dafür zu sorgen, dass schnell Klarheit herrscht und schnell Rückführung vonstatten gehen kann.

Dass wir es geschafft haben, über das ganze Jahr 2015 inzwischen mehr Menschen, von denen wir wissen und ihnen offen sagen, ihr werdet nicht hierbleiben können, zumindest nicht über das Asylrecht, so wie es zurzeit gilt, die Gelegenheit zu geben, wieder in ihr Land zurückzugehen, das aber nicht perspektivlos, sondern womöglich etwas in die Hand zu bekommen, damit sie sich dort eine Existenz

aufbauen können, dass wir es schaffen, dass mehr Menschen das Land wieder verlassen als uns dieses berühmte Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das BAMF,

(Carsten Pörksen, SPD: Richtig!)

das inzwischen für das Versagen der Flüchtlingspolitik des Bundesinnenministers de Maizière steht, an Bescheiden zur Verfügung stellt, das ist etwas, worauf wir gemeinsam stolz sein können in diesem Land, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Dass wir bei den Zahlen vom November 2015 bei 5.677 zurückgeführten Personen sind und davon 91 % freiwillig ausgereist sind, zeigt, dass wir an dieser Priorität festhalten sollten.

Ein interessanter Nebenaspekt ist, dass wir diese Zahlen – weil Sie offensichtlich versuchen, Zweifel an diesen Zahlen zu wecken – nicht selbst erhoben haben, sondern das Nachbarland Hessen so freundlich war, uns diese Zahlen zur Verfügung zu stellen. Das ist schon spannend, weil uns das BAMF diese Zahlen nicht zur Verfügung stellen wollte.

Ich will an dieser Stelle schon sagen, alles, was das BAMF dazu beiträgt, damit endlich mehr Bescheide auf den Weg gebracht werden, soll mir recht sein. Ich will sie gar nicht von ihrer Kernaufgabe ablenken. Hessen, Herr Bouffier, war so freundlich, uns die Zahlen zu nennen, dass wir in Rheinland-Pfalz einsame Spitze sind, was die Rückführung angeht.

Lassen Sie mich zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge noch etwas sagen, weil wir uns in diesen Tagen auch darüber unterhalten müssen. Ich habe deutlich gemacht, dieses Bundesamt ist inzwischen so etwas wie der Flaschenhals der deutschen Flüchtlingspolitik.

(Michael Hüttner, SPD: So ist es!)

Wer dieses Bundesamt in der politischen Verantwortung von Herrn Bundesinnenminister de Maizière auffordert, endlich zu Strukturen und Arbeitsstrukturen zu kommen, die tatsächlich mehr Tempo, mehr Zuverlässigkeit und mehr Zeitnähe in das Verfahren bringen, der macht sich keiner Unverschämtheit schuldig, sondern der beschreibt, was ist, liebe Frau Kollegin Klöckner. Er macht deutlich, woran es in Zukunft hängen muss.

Dass ich von diesem Pult aus Herrn de Maizière auch schon einmal harsch kritisiert habe, will ich nicht verheimlichen. Ich muss Ihnen leider sagen, nichts, was mich damals zu dieser Kritik gebracht hat, hat sich seitdem aufgelöst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit Stand heute haben wir von 98 Entscheidern, die wir für Rheinland-Pfalz bräuchten, gerade einmal 26. Liebe Kolleginnen und Kollegen, irgendwann hört bei mir der Glaube daran auf, dass das noch Zufall ist, dass uns der CDU-Innenminister kurz vor einer Landtagswahl im März 2016 diese Stellen nicht zur

Verfügung stellt.

(Zuruf von der CDU)

Ich frage: Steht eine Absicht dahinter? – Inzwischen kann ich das nicht mehr ausschließen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN –
Hans-Josef Bracht, CDU: Wie lächerlich!)

Die Aufgaben, die sich daran anschließen, was das Thema Integration angeht, sind vielfältig und hören bei der Flüchtlingsaufnahme nicht auf. Sie gehen um das Thema Sprachkurse. Wir bieten Integration und Sprachförderung in Rheinland-Pfalz an, stärker als viele andere. Wir haben eigene kleine Integrationskurse auf den Weg gebracht. Wir haben die neu gegründete Koordinierungsstelle für Sprach- und Orientierungskurse. Wir haben im Kitabereich noch einmal Schwerpunkte gesetzt. Wir werden jährlich 18 Millionen Euro im Bereich der Sprachförderung investieren.

Wir sind ebenso stark engagiert, was die Schulen angeht: 42 runde Tische in Rheinland-Pfalz, die dafür sorgen, dass diese Probleme, die Sie an den Schulen wohl gerne sehen würden, nicht auftauchen. Wir erleben es doch gerade zum Schuljahresbeginn, der nicht so lange zurückliegt, dass es gut gelaufen ist, dass es gut funktioniert hat, dass die Kleinen, die in die Schulen kommen und manchmal natürlich noch nicht der deutschen Sprache mächtig sind, schnell mitlaufen, schnell lernen. Das ist doch die beste Integrationsarbeit, sie nicht auf die Seite zu drücken und zu sagen, geh du erst einmal woanders hin, sondern gleich mitzunehmen.

Ich erlebe das auch bei mir im eigenen familiären Zusammenhang. Mit Kindern ist es immer viel leichter, Integration zu betreiben, wenn Kinder auf Kinder treffen und sie voneinander lernen. Meine Damen und Herren, das ist doch eine kluge Politik. Wir unterstützen das, indem wir 400 Vollzeitlehrerstellen zur Sprachförderung in Rheinland-Pfalz an den Schulen einstellen.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Dass wir im Bereich der Arbeitsmarktintegration in Deutschland insgesamt noch ein bisschen zu tun haben, kann keiner verheimlichen. Ich behaupte, wir werden so, wie wir im Bereich des sozialen Wohnungsbaus zu völlig neuen Ufern kommen müssen, auch so etwas wie eine Renaissance der aktiven Arbeitsmarktpolitik haben.

Die Instrumente der Vergangenheit sind kaum noch tauglich. Wir haben es tatsächlich mit Menschen mit extrem unterschiedlichen Qualifikationsniveaus zu tun. Es gibt klassisch den syrischen Chirurgen, aber es gibt natürlich auch den Analphabeten aus Somalia. Alle miteinander müssen in unsere Obhut kommen, was aktive Arbeitsmarktpolitik angeht.

Ich will es mit einer Perspektive für diese Persönlichkeiten verbinden. Wir haben jahrelang gehört, dass wir einen Fachkräftemangel in Deutschland haben. Manche von ih-

nen können Teil einer Strategie gegen diesen Fachkräftemangel sein. Ich will aber auch deutlich machen, nicht alle werden hierbleiben können. Viele von denen, die wir ausbilden, können die Generation Wiederaufbau in ihren eigenen Ländern sein.

Wenn wir in Syrien auch mithilfe unseres Bundesaußenministers und der Bundeskanzlerin auf internationalen Wegen endlich wieder zu vernünftigen Verhältnissen kommen, dann sagen wir den Menschen, die heute zu uns gekommen sind, die wir ausbilden oder weiter qualifizieren: Wenn ihr hier eine Perspektive habt, dann ist es gut, wenn ihr hier bleibt, aber schaut euch doch auch an, ob nicht euer eigentliches Heimatland euch am Ende wieder besser gebrauchen kann.

Die Generation Wiederaufbau – wir wollen sie ausbilden. Diese Persönlichkeiten werden uns, die Gesellschaft, die Volkswirtschaft, das Schul- und Bildungssystem in Deutschland, immer dankbar in Erinnerung behalten. Sie werden uns auch immer als eines ihrer präferierten Länder, wenn es um internationalen Handel geht, in Erinnerung behalten.

Ich traue mich, deutlich zu machen, es geht um soziale, wirtschaftliche, aber natürlich auch um finanzwirtschaftliche Aspekte, wenn ich darüber rede, dass wir diese Generation Wiederaufbau ausbilden wollen.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir legen eigene Vorschläge vor, etwa wenn es um Dialogbotschafter geht, im Bereich der Integration auf der kommunalen Ebene. Wir erleben in diesen Tagen das ungeheure ehrenamtliche Engagement. Manchmal hat man die Sorge, dass es zu so etwas wie Ermüdungsbrüchen kommt, weil sich viele in dieses Engagement hineingeworfen haben, die Leidenschaft nicht nachgelassen hat, aber die Kräfte natürlich irgendwann endlich sind.

Wir schlagen ihnen vor, dass wir – angesiedelt bei der Landesregierung, angesiedelt dort, wo schon ehrenamtliche Arbeit läuft und unterstützt wird – eine unmittelbare Unterstützung für die kommunale Ehrenamtshilfe organisieren. Das ist pragmatisch. Das ist niedrigschwellig. Ich glaube, daran kann jeder in diesem Land Interesse haben.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es um Integration geht, geht es nicht so sehr darum, ob irgendwer irgendwo irgendwann eine Unterschrift leistet, sondern welche Angebote man zur richtigen Zeit hat.

Ich habe in diesen Tagen in meinem Wahlkreis Gespräche mit jungen Flüchtlingen geführt. Dort habe ich nicht einen Hauch von Integrationsverweigerung gespürt, sondern ich habe eher fast schon peinlich berührt festgestellt, dass dieses Land, das offensichtlich – zumindest einige trauen sich das – darüber nachdenkt, was man ihnen abverlangen kann, ihnen noch nicht einmal das gibt, was wir ihnen geben müssen, damit sie tatsächlich ihre persönliche Integrationsbereitschaft aufzeigen können.

Sie warten seit inzwischen zweieinhalb Jahren auf die ers-

te Möglichkeit, ihren Asylantrag zu stellen. Denen kann ich jeden Tag dreimal eine Unterschrift für irgendeinen Integrationsvertrag abringen. Was wir in der deutschen Politik aber tatsächlich mit ihnen machen, ist der Widerspruch per se. Darum ist es eine Pseudodebatte, die Sie führen, Frau Klöckner. Sie ist eine Pseudodebatte. Sie hilft niemandem, sie entzweit nur die Gesellschaft. Sie ist völlig unpragmatisch, und genau das brauchen wir in Rheinland-Pfalz nicht.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Darum ist es wichtig, dass wir praktisch vorankommen, was Integrationskurse angeht, und nicht mit halben oder ganzen Unwahrheiten durch das Land gehen, zum Beispiel mit der Frage, ob man jemandem soziale Leistungen kürzen sollte, wenn er sich einem Integrationskurs verweigert. So etwas als Forderung aufzustellen und gleichzeitig eigentlich wissen zu müssen, zumindest, wenn man Oppositionsführerin im Land ist, dass das schon geltendes Recht ist,

(Martin Haller, SPD: So ist es!)

erlaubt doch nur zwei Möglichkeiten: Entweder man weiß es nicht, oder man weiß es und verschweigt es. Beides spricht gegen die, die es als Behauptung aufgestellt hat.

(Beifall bei SPD und des BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich will Ihnen sagen, was die Frage der Integration und der weiteren Aufgabe angeht, dass wir in diesen Tagen mit einer gewissen Sorge nach Frankreich schauen. Ich bin, wie Sie wissen, in einem Wahlkreis beheimatet, der nah an der französischen Grenze liegt. Da schaut man schon ein bisschen intensiver in das Nachbarland.

Vielen von uns ist es so gegangen, dass wir gedacht haben, hoppla, gerade noch einmal davongekommen, zweiter Wahlgang Regionalwahlen, es ist gerade noch einmal gut gegangen. Aber natürlich ist dieses Phänomen Front National schon lange kein Phänomen mehr. Sie schicken sich an, inzwischen so etwas wie eine Volkspartei zu werden, aber mit einer Programmatik, von der man vor zehn Jahren oder länger zurück noch gesagt hätte, das ist rechts außen, das ist rassistisch, das ist chauvinistisch, und heute stehen sie vermeintlich in der Mitte dieses sich offensichtlich in Bewegung befindlichen Landes und der Gesellschaft in Frankreich.

Was kann man dort tun? – Man kann in manchen Bereichen lernen, wie es nicht erfolgen sollte. Man muss darauf achten, dass man nicht Integration mit dem Rohrstock, wie Heribert Prantl in der „Süddeutschen“ formuliert hat, auf die Menschen zubewegt, sondern dass man ihnen Chancen und Perspektiven gibt. Darum ist es gut, dass wir in unserem Bildungs- und Ausbildungssystem in Rheinland-Pfalz – das ist unser Beitrag, den wir leisten können – jeden Tag aktive Integrationsarbeit leisten, jeden Tag die beste Strategie gegen Rassismus und rechte Gewalt leisten, indem wir Menschen Perspektive geben.

Es hat in Ihrer Rede keine Rolle gespielt, Frau Kollegin

Klöckner, aber wir werden uns nicht ausreden lassen, auch in Zukunft darauf stolz zu sein, dass wir Nummer 1 sind, was die Jugendarbeitslosigkeit angeht, und zwar im Sinne einer günstigen Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Dass wir, was den Arbeitsmarkt angeht – darüber sind Sie auch hinweggegangen –, inzwischen bei einer Arbeitslosenstatistik von 4,8 % sind und in manchen Arbeitsagenturbezirken in Rheinland-Pfalz faktisch Vollbeschäftigung haben, war kein Wort wert.

Woher kommt das? – Das kommt daher, dass wir offensichtlich eine erfolgreiche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in den letzten Jahren gemacht haben. Sie haben ein Unternehmen herausgepickt, von dem Sie sagen, Sie waren jetzt einmal da, glaube ich, Daimler in Wörth. Das ist ein Unternehmen, das ich ganz gut kenne, das ist nicht so weit von mir zuhause entfernt.

(Alexander Licht, CDU: Dann kennen Sie
auch die Sorgen!)

– Ja, ich kenne die Sorgen. Ich habe übrigens mit den Betriebsratsmitgliedern bei der Betriebs- und Personalrätekonferenz der Ministerpräsidentin über ihre Sorgen gesprochen. Sie kamen leider nicht dazu, weil kein Vertreter der CDU-Landtagsfraktion – wenn ich einmal von Herrn Schnabel, der als Vertreter des Landtages dort war, absehe –, anwesend war.

(Carsten Pörksen, SPD: Sie sollen sich
schämen!)

Lieber Herr Licht, Ihre Zwischenrufe fallen voll gegen Sie zurück.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Bei dieser Betriebs- und Personalrätekonferenz hat man natürlich auch mit den Kollegen von Daimler sprechen können. Sie haben gesagt, Lang-Lkw, mit Verlaub, das ist kein Problem bei uns. Das Problem bei uns ist, dass wir es als gut ausgestattetes Werk mit gut ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schaffen, eine Konzernentscheidung nach Wörth gebracht zu haben, die für den Standort in Rheinland-Pfalz eine Investition von 1 Milliarde Euro bis zum Jahr 2020 mit sich bringt, aber gleichzeitig die Konzernleitung sagt, wir werden auch in Zukunft von prekärer Beschäftigung über Leiharbeit nicht ablassen.

Liebe Frau Kollegin Klöckner, das sind die Probleme, die uns rund um das Daimler-Werk beschäftigen, nicht die Frage, ob ein Lkw oder ein längerer Lkw auf der Autobahn fahren darf oder nicht. Sie haben keinen Sinn für Prioritäten. Die Menschen haben ganz andere Sorgen als die, die Sie Ihnen einzureden versuchen, liebe Frau Kollegin.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU)

All das bilden wir in einem Haushalt ab, der Schwerpunkte und auf finanzpolitische Seriosität setzt.

Liebe Frau Kollegin Klöckner, Sie haben in Ihrer Rede beschrieben, dass Sie genau nachgerechnet haben. Sie haben uns dann in Ergänzung dessen, was Sie in der Einbringungsrede gesagt haben, vermeintlich konkrete Sparvorschläge in diesem Haushalt aufgetischt.

Sie haben in der ersten Rede gesagt: Heute geht es nur um die Bewertung des Regierungsentwurfs. Das hören wir uns einmal an, und dann werden wir eigene Vorschläge formulieren. Sie haben also sozusagen eine gewisse Erwartungshaltung produziert, und nur wer Sie nicht kennt, hat wirklich geglaubt, es wird noch spannend.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

Tatsächlich ist es so, dass Sie, gemessen an der Nettokreditaufnahme, um die es geht – das sind rund 380 Millionen Euro –, sage und schreibe 51 % globale Minderausgabe vorschlagen.

(Zurufe von der SPD: Ach!)

Für alle, die die Haushaltspolitik nicht den ganzen Tag machen, also für die glücklichen Menschen in diesem Land,

(Heiterkeit bei der SPD)

will ich einmal sagen: Was ist denn eine globale Minderausgabe? Eine globale Minderausgabe ist so etwas wie: Ich rechne mir die Welt schön und sage denen, die dafür einstehen, lasst euch selbst etwas einfallen.

(Zurufe von der CDU)

Wenn es dann tatsächlich diese Höhe erreicht hat, nehme ich mir die Möglichkeit, mit dem schlanken Fuß auf all die zu zeigen, die tatsächlich Einsparungen vollziehen.

Liebe Frau Kollegin Klöckner, einen Haushalt vorzulegen, der gerade einmal bei 49 % der tatsächlichen Einsparungen

(Zuruf des Abg. Hans Josef Bracht, CDU)

in irgendeiner Weise sagt, wie Sie einsparen wollen, und uns zu suggerieren, Sie hätten tatsächlich Vorschläge gemacht, die man auch nur im Ansatz ernst nehmen kann, das wollen Sie uns doch nicht wirklich verkaufen. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein. Sie müssen selbst lachen. Uns amüsiert es mindestens so sehr wie Sie.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Zuruf des Abg. Hans-Josef Bracht, CDU)

Wenn Sie dann – – –

(Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU)

Sie haben sich als Jeanne d'Arc der Umweltpolitik in Rheinland-Pfalz gefeiert, weil Sie gesagt haben, der Nationalpark sei wirklich gar nichts, was die Umwelt- und Klimapolitik und die Nachhaltigkeitspolitik in Rheinland-Pfalz voranbrächte, darum kann man dem nicht zustimmen.

Es ist ganz spannend zu sehen, dass offensichtlich der

„SPIEGEL“, der diese Woche einen interessanten Beitrag geschrieben hat und mit der Aussage zitiert werden kann – Frau Klöckner kann sich zu einem Standpunkt bekennen und dann das Gegenteil vertreten –, offensichtlich so falsch nicht liegt.

Wie war das denn beim Nationalpark? Die Region ist dafür, und leider Gottes ist es so, auch in dieser Region haben ein paar CDU-Bürgermeister und -Stadträte eine Mehrheit.

(Marlies Kohnle-Gros, CDU: Leider Gottes? –

Julia Klöckner, CDU: Leider Gottes?)

Das Saarland ist dafür, und wir wissen, welcher Partei die Ministerpräsidentin im Saarland angehört. Wir sind dafür, weil wir uns früh davon überzeugt haben, dass das für die gesamte Region nachhaltige Struktureffekte mit sich bringen kann. Die Einzigen, die nicht dafür sind, sind Sie, wobei ich mir dabei jetzt gar nicht mehr sicher bin.

Sie haben Einsparungen vorgeschlagen, die nichts anderes als die sofortige Eliminierung des Projektes Nationalpark nach sich ziehen. Dann ist Ihnen aufgefallen, hoppla, die gute Presse ist nicht mehr da. Eigene CDU-Bürgermeister erinnern daran, dass Frau Klöckner aus der Region kommt und ob sie das denn vergessen hätte. Das liest man nicht gerne über sich, Frau Klöckner. Das kann ich verstehen.

Was macht Frau Klöckner dann? Sie schickt ihren besten Mann in die Region: Alexander Licht.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

Alexander Licht muss vor Ort gehen, hat sich die Prügel abholen müssen und dann gesagt: Leute, beruhigt euch, das machen wir alles ganz kreativ. – Haushaltspolitik à la CDU sieht jetzt Folgendes vor: Wir bleiben beim Projekt Nationalpark, aber auch bei den Kürzungen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Diese Kürzungen sind nur noch formale Kürzungen. Alexander Licht, das ist wirklich ein toller Typ.

(Beifall bei der CDU)

Er redet sich nicht nur selbst am Podium regelmäßig durcheinander,

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit im Saal)

sondern der arme Alexander Licht muss auch noch woanders hinfahren und andere Leute durcheinander reden.

(Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann ist er nach Hause oder nach Mainz gefahren und hat wahrscheinlich Vollzug gemeldet: Alles wieder gut.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

Dann hat Frau Klöckner aber erneut eine Pressekonferenz zum Haushalt gemacht und gesagt, ich bin jetzt aber doch

der Meinung, dass wir den Nationalpark nicht nur formal, sondern auch tatsächlich mit Einsparungen versehen.

Lieber Alex Licht, ich beneide dich nicht. Ich beneide dich nicht, aber du trägst es mit Fassung.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

Ich finde, ein bisschen sportlich muss man sein, wenn man mit dieser Fraktionsvorsitzenden zusammenarbeitet: Respekt, Respekt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Heiterkeit bei der SPD)

Manchmal haut der Alex Licht auch daneben, wenn er zum Beispiel mit dem Begriff des Geheimnisverrats agiert. Das war natürlich nichts.

(Julia Klöckner, CDU: Wie gut, dass die
SPD daneben haut!)

Aber ich verrate kein Geheimnis, lieber Herr Kollege Licht: Am Ende wird es sich nicht für dich auszahlen, lieber Alex. Du wirst auch ins nächste Schattenkabinett von Frau Klöckner nicht aufgenommen.

(Heiterkeit bei dem Abg. Alexander Fuhr,
SPD)

Darum bemühe dich doch nicht so sehr, verkämpf dich doch nicht. Das bringt doch gar nichts. Es bringt niemandem etwas, in dieses Schattenkabinett hineinzukommen. Es wird immer im Schatten bleiben. Also häng dich nicht so rein.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die größte globale Minderausgabe ist tatsächlich im Umweltressort vorgesehen.

(Unruhe bei der CDU)

Dass die CDU dann auch noch vorschlägt, dass man bei den Kommunen spart, insbesondere, was die Frage der Wasserversorgung angeht, will ich nur dem Protokoll noch anfügen.

Weitere Vorschläge kommen, die nicht durchdacht und nicht finanziert sind. Frau Klöckner, Sie haben eben geschrieben, 600 Lehrer wollen Sie einstellen. Allerdings ist es so, diese Lehrer bekommen noch nicht einmal Mindestlohn.

Zumindest kann das nicht möglich sein, weil das, was Sie dafür selbst als Haushaltsdeckung vorschlagen, umfasst gerade einmal 12,5 Millionen Euro. Man braucht aber für 600 Lehrer in diesem Land, zumindest so wie wir sie ordentlich bezahlen, liebe Frau Kollegin Reiß, mindestens 30 Millionen Euro.

(Zurufe von der CDU)

Das zeigt deutlich, Sie haben keine Deckungsvorschläge. Sie haben nicht wirklich eine Linie in Ihren weiteren Vor-

schlägen.

(Hans-Josef Bracht, CDU: Wieder einmal
nicht verstanden!)

Das, was Sie vorschlagen, haben Sie nicht finanziert. Liebe Frau Kollegin Klöckner, ich will Ihnen sagen, Sie haben den Begriff „seriös“ so oft in den Mund genommen, dass es mir irgendwann aufgefallen ist. Ich habe den Eindruck, Sie haben den Wunsch, als seriös zu gelten, mit der Möglichkeit verwechselt, tatsächlich einen seriösen Haushaltsvorschlag zu formulieren. Das will ich Ihnen an weiteren Beispielen deutlich machen.

Ich will Ihnen an einer Stelle deutlich machen, dass mich die Aussage, wir setzen auf Lesen, Schreiben, Rechnen – Sie haben damit die bildungspolitische Debatte gemeint –, doch sehr fasziniert hat. Das ist natürlich eine hochbrisante politische Aussage. Dafür wird man wahrscheinlich immer eine Mehrheit im Land finden.

(Heiterkeit bei der SPD)

Sie setzen auf Lesen, Schreiben, Rechnen.

(Zurufe der Abg. Christian Baldauf, CDU,
Carsten Pörksen, SPD, und Alexander
Licht, CDU)

Jetzt will ich Ihnen aber eines sagen, Frau Kollegin: Lesen und Schreiben will ich Ihnen gar nicht in Abrede stellen, aber beim Rechnen wird es spannend.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren, 16 Millionen Euro sind die Mittel, die wir bekommen, weil das Betreuungsgeld auf Bundesebene ausläuft. 16 Millionen Euro! Ich sage gleich noch etwas zur inhaltlichen Debatte rund um dieses Betreuungsgeld.

Liebe Frau Kollegin Klöckner, ich weiß nicht, wer Ihnen von Ihrer Fraktion das ausgerechnet hat. Ich vermute, er sitzt gar nicht so weit von Ihnen entfernt. Dieser Kollege hat die 16 Millionen Euro mal eben zweimal im Haushalt verbucht. Er hat sie selbst eingestellt, und dann stimmt er mit Ihnen zusammen der Haushaltsvorlage zu, die das im Einzelplan 20 des Haushalts ebenfalls noch vorsieht. So kann man natürlich jeden Haushalt sanieren, indem man die Zahlen mit heißer Luft hochpumpt, die man produzieren kann. Zumindest hat man diesen Eindruck, wenn man Ihrer Rede zugehört hat, liebe Frau Kollegin Klöckner. Das sind Hütchenspielertricks, und nichts anderes. Dann hier den Eindruck zu erwecken, Sie hätten einen seriösen Haushaltsvorschlag formuliert, lieber Herr Dr. Weiland, das ist unangenehm für Sie, aber ich muss Ihnen das sagen. Sie haben da Ihrer Fraktionsvorsitzenden keinen Gefallen getan, dass Sie sie auf dieser Grundlage hier in diese Debatte geschickt haben.

(Dr. Adolf Weiland, CDU: Ich bin
tiefenentspannt!)

Sie hat auf der Grundlage von falschen, verfälschten und schlecht gerechneten Zahlen argumentiert.

Liebe Frau Kollegin Klöckner, damit ist völlig klar, alles, was Sie an weiteren politischen Aussagen auf Grundlage Ihrer eigenen Rechnungen formuliert haben, kann man nicht ernst nehmen. Keine weitere Finanzierung von Schwerpunkten in Ihrem Haushalt ist finanziert, weil schon die Grundlage nicht stimmt. Da ist schon alles wackelig im Eingangsbereich des Hauses, und Sie bauen noch ein drittes und ein viertes Stockwerk drauf. Ich würde dieses Haus nicht betreten, und ich will mit anderen zusammen dafür sorgen, dass niemand in Rheinland-Pfalz nach der Landtagswahl in einem solch porösen und wackeligen Haus leben muss, wie Sie es hier aufgeführt und aufgebaut haben, liebe Frau Kollegin Klöckner.

(Starker Beifall der SPD und bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch etwas zur Frage sagen, warum wir überhaupt über das Betreuungsgeld reden. Nun gut, es gab eine höchststrichterliche Entscheidung. Das Bedauern auf dieser Seite des Hauses war sicherlich geringer als das Bedauern auf der anderen Seite des Hauses. Am Ende ist es aber so, wir sind in Rheinland-Pfalz froh, dass wir diese Mittel bekommen und wir – Doris Ahnen und Irene Alt – es geschafft haben, mit den Kommunen so schnell, wie man nur „Fleischwurst“ sagen kann, liebe Frau Kollegin Klöckner, eine Einigung hinbekommen zu haben, wie wir mit diesen Mitteln umgehen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Deshalb ist es gut, dass die CDU-geführten kommunalen Spitzenverbände doch ganz offensichtlich von tiefem Pragmatismus geprägt schnell gesagt haben: Lasst uns diese Mittel aus dem Betreuungsgeld dafür in die Hand nehmen, damit wir Qualität und Infrastruktur im Kindertagesstättenbereich ertüchtigen. – Kaum einer von denen hatte in dem Gespräch – wahrscheinlich ist kaum einer auch noch übertrieben – für sich das Mandat empfunden, über ein Landesfamiliengeld zu reden.

(Staatsminister Roger Lewentz: Keiner!)

Das ist doch ein spannender Punkt. Ich kann mich erinnern, dass wir im Sommer hier eine Debatte hatten, bei der ich den Eindruck gehabt habe, das Modell Familie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland steht hier zur Debatte, weil, wer sich nicht unmittelbar zum Landesfamiliengeld bekennt, der hat es nicht mit den Familien. So haben Sie das hier dargestellt.

Da habe ich gedacht: Hoppla, das ist einmal ein Standpunkt. – Das ist nicht meiner, aber womöglich muss man ihn in der politischen Debatte jetzt einfach auf der Rechnung haben, da kommt eine Frau, die Frau Klöckner, und sagt, sie will ein Landesfamiliengeld. Sie findet es gut. Die Eltern und Kinder sollen das haben und davon profitieren. Da hätten wir gerne darum gerungen.

Jetzt kommt etwas hinzu, was ebenfalls mit den Debatten in diesen Tagen zu tun hat, nämlich mit Verlässlichkeit. Sie haben hier Ansprüche und Erwartungen geweckt. Wer gesucht hat, der hat nicht das Deckblatt zum Landesfamiliengeld gefunden. Jetzt könnte ich zu Ihren Gunsten annehmen – das will ich wirklich zu Ihren Gunsten anneh-

men –, Sie haben es vergessen. Wer zweimal 16 Millionen Euro verbucht, dem ist es zuzutrauen, dass er ein Deckblatt vergisst. Aber tatsächlich ist es so, Sie haben es klammheimlich eingestampft.

(Zurufe von der CDU)

– Ihr permanentes Dazwischenrufen – wer Sie kennt, weiß das – zeigt ganz deutlich, dass Sie getroffen sind, liebe Frau Kollegin Klöckner, dass wir Sie getroffen haben.

(Starker Beifall der SPD und bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Landesfamiliengeld haben wir tatsächlich nicht gebraucht. Aber ich bin Ihnen zutiefst dankbar – – –

(Zuruf des Abg. Hans-Josef Bracht, CDU)

– Lieber Herr Bracht, jetzt müssen Sie dazwischenrufen, weil die Kollegin sich nicht mehr traut. Ich will Ihnen aber eines sagen, ich bin Ihnen zutiefst dankbar, dass ich sagen kann, nach einer Debatte, die wir hier im Landtag hatten, hat die rheinland-pfälzische CDU, offensichtlich zum Besseren bekehrt, das Landesfamiliengeld selbst in die Mülltonne gekloppt. Wir mussten es gar nicht machen, Sie haben es selbst gemacht. Danke dafür. Das ist doch einmal eine vernünftige gemeinsame Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN –

Hans-Josef Bracht, CDU: Machen Sie sich
mal keine Sorgen um unser Programm!)

Vieles, was uns in Rheinland-Pfalz ausmacht, gute wirtschaftliche Bedingungen, gute Infrastruktur, gute Arbeitsmarktpolitik, die Fähigkeit sich zuzuhören, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, all das spielt in diesen Tagen in diesem Haushalt eine Rolle. Ich bin sehr, sehr froh, dass es uns gelungen ist, erneut Schwerpunkte auch bei der Bildung zu setzen. Wir sind das Land der gebührenfreien Bildung, und – das will ich deutlich sagen – wir werden im März des kommenden Jahres wieder ein Mandat dafür bekommen, dass wir das Land der gebührenfreien Bildung bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird keine „Klöckner-Steuer“ geben. Wer Ihnen heute zugehört hat, liebe Frau Kollegin, der hat die Ankündigung schon gehört, dass es auch wieder Studiengebühren geben soll. Haben Sie das den Studierenden, die da draußen demonstrieren, eigentlich auch gesagt, oder waren Sie da auch nicht ehrlich genug? Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen das Land der gebührenfreien Bildung bleiben.

(Starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN –

Hans-Josef Bracht, CDU: Schon wieder
sagen Sie den Menschen die Unwahrheit!
Kommen Sie einmal zur Wahrheit zurück!)

Keiner ist weiter gekommen als wir im Bereich der frühkindlichen Bildung. Keiner ist weiter gekommen als wir im Bereich der Ganztagschule. Keiner ist weiter gekommen dabei, eine der größten Herausforderungen dieser Gesell-

schaft zu bewältigen, nämlich endlich dafür zu sorgen, dass der eigene Bildungserfolg, der eigene Lebenserfolg weniger davon abhängt, was die Eltern verdienen. Genau das wollen Sie zurückdrehen mit Ihrer „Klößner-Steuer“. Das werden wir zu verhindern wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Da bin ich mir, wenn ich mir an einer Stelle sicher bin, an dieser Stelle sicher.

(Starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie dann sagen, wir treffen die Doppelverdiener: Wie kann man soweit entfernt sein von der arbeitenden Mitte? – Die Doppelverdiener, die Sie meinen, das ist – jetzt gehen wir wieder noch einmal zu dem Unternehmen – der Daimler-Mitarbeiter – jetzt gehe ich einmal ungegendert vor, ich bitte um Verständnis, ich komme aus der Region und weiß, wie es tatsächlich ist –, das ist der Daimler-Kollege, der am Band steht, und das ist eine Frau, die Nachtschicht im Krankenhaus arbeitet. Die wollen Sie belasten. Sie reden nicht von Belastungen von Singles, Sie reden nicht von Belastungen von Eigentümern von Personengesellschaften, sondern Sie reden von Menschen, die tatsächlich Lohnsteuer zahlen. Sie reden von der arbeitenden Mitte. Die wollen Sie belasten. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Starker Beifall der SPD und Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Stunde demonstrieren da draußen vor den Toren des Landtags Studierende, wahrscheinlich vor allem aus Landau, aber ich bin mir sicher, auch aus anderen Landesteilen. Das ist gut und legitim, weil wir auch wollen, dass sich eine junge Generation auch deutlich hörbar und deutlich zu erkennen gibt, wenn es darum geht, Missstände anzuprangern. Genau das ist doch in Ordnung. Darum bin ich sehr froh, dass es auch einen Dialog zwischen dem Landtag und der Landesregierung und den Studierenden gibt. So hat es in den vergangenen Wochen stattgefunden, so hat es heute stattgefunden, und wir können in diesem Dialog sagen, ganz offensichtlich ist das noch nicht in Ordnung, was die Raumsituation in Landau angeht. Wir haben aber doch die Hochschullandschaft in Rheinland-Pfalz nach vorn entwickelt.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden im Jahr 2016 den Hochschulen in Rheinland-Pfalz über 1 Milliarde Euro zur Verfügung stellen. Vieles andere kommt hinzu. Jetzt geht es auch um Managementfragen vor Ort. Da sind wir sehr an der Seite der Hochschule. Die Studierenden in Landau sollen gute Studienbedingungen haben. Alles, was wir als Land dazu beitragen können, muss dazu beigetragen werden, damit das ein klares Statement auch von mir an dieser Stelle ist, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Dr. Adolf Weiland, CDU: Macht doch mal ein Deckblatt!)

– Herr Weiland, ich weiß nicht, ob Sie denen jetzt gerade wieder die 16 Millionen Euro, die Sie doppelt verbucht ha-

ben, versprochen haben, aber auch das wird nicht helfen.

Ich will noch etwas zum Thema Infrastruktur sagen. Das ist die Voraussetzung dafür, dass wir in diesem Land in Regionen, die lebenswert sind, gut leben können, Familien ihre Heimat finden, Betriebe und Unternehmen ihre Möglichkeit finden, zur Wertschöpfung beizutragen. Sie wissen, ich bin ein ehemaliger Verkehrsstaatssekretär. Ich habe keine dogmatischen Hemmungen, wenn es darum geht, im Landesverkehrshaushalt noch etwas obendrauf zu legen.

Ich bin sehr froh, dass diese Koalition gemeinsam dafür gesorgt hat, dass wir im Landesstraßenfinanzierungsplan auch noch einmal ein klares Statement setzen. Es wird auch in Zukunft notwendig sein – das sage ich ganz deutlich –, dass wir Mittel im Bereich der Infrastruktur, über alle Verkehrsträger übrigens und keinen gegeneinander ausspielen, verstetigen und hochhalten. Darauf wird es auch in Zukunft ankommen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir setzen als Koalition hier einen klaren Schwerpunkt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will auch etwas zum Thema schnelles Internet sagen. Da will ich schon sagen, natürlich haben wir eine Struktur mit kleinteiliger kommunaler Situation. Die hat doch Grundlage in jeder Studie, die Sie jetzt auch zitiert haben. Das macht deutlich, es ist im Zweifel im Bundesländervergleich immer leichter für ein großes Unternehmen, die Freie und Hansestadt Hamburg anzubinden als den Hunsrück, die Eifel und die Südpfalz. Das ist völlig klar. Genau daran muss diese Strategie ansetzen. Sie tut es, und schon erfolgreich. Wir sind schon heute auf Platz 2, was die Ausbaudynamik in Deutschland angeht. Wir sind schon heute dabei, dass wir, insbesondere was die schnellen und schnelleren Verbindungen angeht, eine Steigerung um über 38 % seit 2011 bekommen haben. Nur wer die Hälfte der Wahrheit spricht, kann dieses Bild versuchen, anders darzustellen. Aber wer permanent nur halbe Wahrheiten unter die Leute bringt, der wird irgendwann auch gefragt werden: Hast du es denn überhaupt noch mit der Wahrheit? – Liebe Frau Kollegin Klößner, das will ich schon deutlich machen, wir sind viel weiter gekommen, als Sie eben dem Land und den Unternehmen gemeinsam unterstellt haben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte gern auch noch einmal deutlich machen, dass wir uns in diesen Tagen – ich habe das mit Blick auf Frankreich und was da zu tun ist, um ein Land zusammenzuhalten und welche Hausaufgaben sich für Rheinland-Pfalz daraus ergeben, schon angesprochen – natürlich anschauen müssen, was sich in dieser Gesellschaft tut, wo etwas wegbriecht, wo inzwischen auch wieder Geister und Kräfte hervorkommen und laut werden und sich trauen, auch laut zu sein, die wir eigentlich in der Vergangenheit geglaubt haben.

Wir haben vor einem guten Jahr – geschätzt – über die Frage Pegida-Demonstrationen und über die Herausforderungen diskutiert, die sich dadurch für die parlamenta-

rische Demokratie ergeben. Ich habe auch schon hier in diesem Landtag – das ist nicht so lange her – dafür geworben, dass wir gemeinsam, die demokratischen Kräfte – das sind mindestens die Parteien, die in diesem Landtag versammelt sind, aber nicht ausschließlich –, dafür sorgen, dass wir die AfD auch auf der argumentativen Ebene bekämpfen, wo es nur geht. Keiner kann doch heute abstreiten, dass diese AfD sich in den letzten Wochen und Monaten radikalisiert hat. Das ist doch nicht mehr die neoliberale Honoratioren- und Millionäre-Partei, übrigens Professorenpartei, viele von denen neoliberal, aber in guter öffentlicher Stellung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das ist doch inzwischen eine Partei, die offen ins Rechtsradikale ausstrahlt und inzwischen auch keine Hemmungen hat, jemanden wie Herrn Höcke mit seinem biologischen Rassismus in ihren Reihen zu halten und ihm, wenn es dann wirklich einmal schief läuft, nur ein kleines „Du, du, du!“ mit auf den Weg zu geben. Das reicht aber nicht. Die AfD hat inzwischen die Fähigkeit zur Selbstreinigung verloren. Darum müssen wir, die demokratischen Kräfte, gemeinsam dagegen vorgehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin nach wie vor dafür, dass wir das als gemeinsame Strategie ansehen. Ich werbe nachdrücklich dafür, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU)

Darum ist es auch wichtig, dass wir bei allem Streit, den es hier und da einmal gibt, auch immer wieder zu den Dingen zurückkommen, die uns zusammenführen und gemeinsam wichtig sind. Darum will ich schon deutlich sagen, ich unterstelle hier allen, dass wir ein gemeinsames Interesse haben, dass diese Gesellschaft zusammenhält und zusammenbleibt, gerade da, wo es auch um Existenzfragen geht.

Ich kann allem zustimmen, was Sie, Frau Klöckner, zum Thema Hospiz und Palliativmedizin gesagt haben. Ich finde, das hat sich auch herausgearbeitet, als sich auf meine Initiative hin dieser Landtag in einer Orientierungsdebatte zu diesem Thema ausgetauscht hat, dass wir nicht in allen Einzelfragen übereinstimmen – das muss auch nicht sein –, aber doch in der grundlegenden Frage, dass wir das Alter annehmen wollen, dass wir das gute Leben im Alter möglich machen wollen, dass es dafür politisch-praktische Voraussetzungen braucht, aber dass es auch eine Voraussetzung im Bereich der Medizin, der Gesundheit und der Pflege braucht. Darum hoffe ich sehr, dass wir da, wo wir erneut dafür sorgen, dass wir Pflegeland Nummer 1 bleiben, eine der wichtigsten Herausforderungen mit Blick auf den demografischen Wandel, wo wir auf Initiative der SPD und der GRÜNEN dafür sorgen, dass wir bei den ambulanten palliativen Unterstützungen noch einen Schwerpunkt setzen, zusammenkommen.

Warum stimmen Sie diesen Vorschlägen nicht zu, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU? Bei den anderen Dingen ist es ja auch gegangen. Sie haben sich selbst dafür gelobt, warum denn nicht da? Ich würde mir das sehr wünschen, weil ich mir nicht vorstellen kann, dass das Themen sind, die uns tatsächlich auseinanderbringen. Dann bekommen Sie nicht nur unseren Applaus, sondern auch unsere Anerkennung, liebe Frau Klöckner.

In diesen Tagen, in denen wir vor den Weihnachtsfeiertagen stehen, vor dem Wechsel ins Neue Jahr, werden wir uns alle vorbereiten auf eine Landtagswahl. Wenn man in den Zeitungen blättert, hat man den Eindruck, es wird noch ganz spannend, es wird noch ganz interessant, und keiner – – –

(Zuruf von der CDU)

– Ich weiß nicht, wer das dazwischengerufen hat. Herr Wilke, Sie sind auch noch da. Schön. Ich vermute, das war Ihr letzter Zwischenruf, der ins Plenarprotokoll aufgenommen wird. Aber lieber Herr Wilke, ich will Ihnen eines sagen. Es ist genau diese Überheblichkeit und diese Arroganz,

(Zurufe von der CDU)

die am Ende den Rheinland-Pfälzern bitter aufstoßen wird. Darum wird es am Ende in den nächsten Tagen und Wochen gehen, wie es die „Frankfurter Neue Presse“ in diesen wenigen Tagen seit dem 15. Dezember, formuliert hat. Es kommt dann am Ende darauf an, in Rheinland-Pfalz die Frage zu stellen und zu beantworten: Wollen die Menschen im Land weiter von einer taffen Landesmutter regiert werden, wie es Malu Dreyer ist, oder von einer noch unberechenbaren Newcomerin?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem ich eben deutlich gemacht habe, dass Sie, liebe Frau Kollegin Klöckner, eigentlich noch nicht einmal in der Lage sind, Oppositionsarbeit beim Königsthema Haushaltspolitik zu betreiben, weil Sie da an eigenen Ansprüchen scheitern, weil Sie am Taschenrechner von Herrn Dr. Weiland scheitern, so werde ich auch in Zukunft sehr zuversichtlich sein, dass wir bei einer sachlichen Auseinandersetzung und wenn es darum geht, Persönlichkeiten und Charaktere zu identifizieren und Alternativen daraus abzuleiten, auch in Zukunft auf erfolgreichem rot-grünen Kurs sein können.

Danke, dass Sie mir zugehört haben.

(Lang anhaltend starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich gern Gäste bei uns im Landtag begrüßen, und zwar Schülerinnen und Schüler des Göttenbach-Gymnasiums aus Idar-Oberstein, den Kleingartenverein Rosengarten e.V. aus Frankenthal und Studierende der Universität Landau. Herzlich willkommen!

Jetzt hat Herr Kollege Köbler von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Verantwortung heute zu übernehmen heißt, unsere Zukunft zu gestalten. Wir sind 2011 angetreten, den sozial-ökologischen Wandel in Rheinland-Pfalz einzuleiten, voranzubringen und nachhaltig zu gestalten. Dies tun wir seither mit aller Entschlossenheit, mit aller Tatkraft und mit großem Erfolg. Wir können Ende 2015 sagen,

Rheinland-Pfalz steht nach viereinhalb Jahren Rot-Grün hervorragend da, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Dieser Haushalt 2016 für das letzte Jahr dieser Legislatur ist vor allem auf eines ausgerichtet, nämlich auf die Zukunft. Wir haben Verantwortung übernommen, und wir übernehmen Verantwortung für die Menschen, die bei uns leben, für die Menschen, die zu uns kommen. Wir übernehmen Verantwortung für unsere Familien, aber auch für diejenigen, die zu uns flüchten. Wir übernehmen Verantwortung für das Klima und für den Umweltschutz, und wir übernehmen Verantwortung für die Zukunft und für kommende Generationen. Wir stellen heute die richtigen Weichen, damit es in Rheinland-Pfalz auch in Zukunft erfolgreich weitergeht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Wir schaffen die besten Startchancen gerade für junge Menschen in unserem Land. Wer in Rheinland-Pfalz lebt oder bei uns seine Zukunft verbringen möchte, der kann sich auf Rot-Grün verlassen.

Darüber hinaus ist sich die Welt einig: Sie will das Klima schützen. Wir sind in Rheinland-Pfalz schon auf dem Weg, ehrgeizig, zukunftsgerichtet und auch aus Verantwortung für nächste Generationen, nicht nur, aber auch bei uns und auf dem gesamten Planeten.

Wir nehmen die Realität des Zuzugs von Tausenden von Menschen an, mit all seinen Problemen, Herausforderungen und manchmal auch Ängsten. Aber wir sehen auch die Chancen. Wir verschließen uns nicht, und wir schotten uns nicht ab, sondern wir sind gewillt, das Beste für unsere gemeinsame Zukunft daraus zu machen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Ohne an der Zukunft zu sparen, haben wir es geschafft, den Landeshaushalt zu sanieren. Seit 2011, seit Beginn der rot-grünen Koalition und dem Eintritt der GRÜNEN in die Regierungsbeteiligung, konnte das strukturelle Defizit in Höhe von über 1,6 Milliarden Euro im Plan von 2011 auf nunmehr 473 Millionen Euro im Plan für 2016 abgesenkt werden. Meine Damen und Herren, dies ist eine Verbesserung um fast 1,2 Milliarden Euro in nicht einmal fünf Jahren.

Auch was die Nettokreditaufnahme angeht, können wir heute sagen, dass wir gegenüber dem Plan 2011 über 1,4 Milliarden Euro in den letzten fünf Jahren weniger Schulden machen. Ich glaube, dies ist nicht nur ein gewaltiger Kraftakt, sondern es zeigt auch, dass wir der Verantwortung, die uns die Bürgerinnen und Bürger für die Zukunft dieses Landes übertragen haben, gerecht werden, und so werden wir auch weitermachen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Das ist das, was wir unter einer seriösen und zukunftsorientierten Haushaltspolitik verstehen.

Liebe Frau Klöckner, herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag! So viel Zeit muss sein.

(Julia Klöckner, CDU: Danke schön! Danke
für die Schokolade!)

Wenn es Ihnen gefallen hat, freue ich mich. Ich könnte mir vorstellen, dass Sie auch nächstes Jahr wieder im Reigen Ihrer Fraktion mit uns gemeinsam Ihren Geburtstag feiern.

Sie haben an dieser Stelle einen ausgeglichenen Haushalt schon in diesem Jahr gefordert, Sie benennen aber keine konkreten Maßnahmen, wo Sie denn darüber hinaus sparen wollen. – Im Gegenteil, Sie kritisieren uns für jeden Sparvorschlag, den wir machen.

Es ist schon gesagt worden, Sie haben zusammengekommen in Ihren Vorschlägen über 200 Millionen Euro einfach einmal so hineingeschrieben als eine globale Minderausgabe, als kein wirkliches Sparen, und Sie sagen, man müsse irgendwo sparen, Sie sagen aber nicht wo; denn dann müssten Sie sich mit den Inhalten auseinandersetzen. Dann müssten Sie auch Initiativen, Vereinen und betroffenen Gruppen sagen, dass Sie bei ihnen sparen wollen. Das trauen Sie sich nicht, das wollen Sie nicht. – Frau Klöckner, das ist nicht seriös. So sieht keine verantwortungsvolle Haushaltspolitik aus. Die Vorschläge der CDU, die Sie präsentiert haben, sind ein Zeugnis für eine unseriöse und verantwortungslose Haushaltspolitik und damit auch ein eindeutiges Zeichen der Regierungsunfähigkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Wir hingegen zeigen, wie eine verantwortliche Haushaltspolitik in diesem Land aussieht. Deswegen setzen wir auch die Schwerpunkte dort, wo die größten Herausforderungen vor uns liegen.

Ja, wir stehen derzeit vor der größten Herausforderung seit der Wiedervereinigung vor 25 Jahren durch die Zuwanderung, die wir in diesen Tagen erleben. Heute haben wir in Rheinland-Pfalz den 50.000. Flüchtling im Jahr 2015 begrüßt. Neue Herausforderungen, viele neue Menschen schaffen auch neue Realitäten. Ja, das bedeutet Veränderungen, auch Veränderungen in unserer Gesellschaft. Ja, Veränderungen gerade im Lebensumfeld machen den Menschen auch manchmal Angst, manchmal auch Sorge; aber Angst ist in der Politik noch nie ein guter Ratgeber gewesen. Wir müssen die Realitäten anerkennen und annehmen.

Liebe Frau Klöckner, wer den Menschen in diesem Land erklärt, es wird sich schon nichts ändern, der streut ihnen Sand in die Augen, und er nimmt ihre Befürchtungen nicht wirklich ernst. Die Realität ist, dass viele von den Menschen, die zu uns kommen, bei uns bleiben werden.

Die große Herausforderung, die wir gemeinsam zu stemmen haben, ist die Herausforderung der Integration. Dies wird die Menschen, die zu uns kommen, verändern, es

wird aber auch ein Stück weit unsere Gesellschaft verändern. Aber ich bin davon überzeugt, wenn wir uns nicht von Angst leiten lassen, sondern wenn wir mit Optimismus und Realitätssinn an diese Herausforderungen herangehen, bedeutet es auch eine große Chance für unsere Gesellschaft. Dann ist das auch eine große Chance für unser Land Rheinland-Pfalz, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Kurt Schumacher hat einmal gesagt: Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit.

(Alexander Licht, CDU: Das ist ein wahrer Satz!)

Die Wirklichkeit ist, es kommen gegenwärtig sehr viele Menschen zu uns nach Deutschland, so viele wie seit mindestens zwei Jahrzehnten nicht mehr. Dies stellt uns vor große Herausforderungen.

Die Wirklichkeit ist aber auch, dass uns Abschottungs- und Ausgrenzungsrhetorik nicht weiterhelfen, weil diese Menschen nun einmal da sind, weil weitere kommen werden und viele bei uns bleiben werden. Das wird unser Land verändern.

Zuwanderung gab es schon in den vergangenen Jahrzehnten. Man denke an die Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg, man denke an die sogenannten Gastarbeitergenerationen, man denke auch an den Zuzug, den wir sozusagen als Ausfluss der Balkankriege in den 90er-Jahren erlebt haben. Auch diese Zuwanderungsereignisse haben unser Land verändert. Gerade vor dem Hintergrund dessen, was wir heute erleben, müssen wir anerkennen, dass sich Deutschland und auch Rheinland-Pfalz weiter verändern werden, ob wir das wollen oder nicht. Das ist nun einmal die Wirklichkeit und die Wahrheit, und diese Wahrheit muss man aussprechen, wenn man sie anpacken will.

Deswegen wollen wir das Zusammenleben so gestalten, dass wir die Fehler, die in der Vergangenheit beim Thema Integration begangen worden sind, dieses Mal vermeiden. Wir wollen, dass sich eben keine Parallelgesellschaften herausbilden können, dass die Menschen, die heute zu uns kommen, sich morgen aktiv bei uns in der Gesellschaft einbringen können. Wir wollen, dass sie das, was sie tun wollen, nämlich etwas leisten oder sich engagieren, unter Beweis stellen können. Dazu ist es wichtig, dass sie beispielsweise schnell in den Arbeitsmarkt integriert werden können, dass Hürden dort abgebaut werden und sie am besten in wenigen Jahren schon dazu beitragen, dass der Wohlstand, den wir heute in Deutschland haben, nicht etwa durch den Zuzug gemindert wird, sondern dass die Menschen, die zu uns kommen, produktiv mit dazu beitragen, dass dieser Wohlstand in den kommenden Jahrzehnten möglicherweise nicht nur gehalten, sondern auch weiter erhöht wird. Das ist die Chance, die wir nutzen wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Deswegen haben wir mit diesem Haushalt zahlreiche Maßnahmen ergriffen. Wir haben allein die Integrations-

arbeit um 1,5 Millionen Euro aufgestockt. Damit können Sprachförder- und Orientierungsmaßnahmen für Flüchtlinge angegangen werden, damit können aber auch Fort- und Weiterbildungsaktivitäten für Ehrenamtliche finanziert oder interkulturelle Projekte gestemmt werden.

Ein wesentlicher Schwerpunkt ist auch, das, was wir als Willkommenskultur in Rheinland-Pfalz erlebt haben und bis heute erleben, zu unterstützen und zu stärken. Wir wollen dieses ehrenamtliche Engagement. Wir wollen den Menschen eben nicht nur in Lippenbekenntnissen danken – ja, das tun wir auch –, sondern wir wollen auch, dass das ehrenamtliche Engagement nicht sozusagen als Ersatz angesehen wird für das, was wir als Politik oder als Staat zu leisten haben. Deswegen stocken wir massiv beim ehrenamtlichen Engagement auf. Deswegen hat Rot-Grün zusätzlich noch zwei Programme auf den Weg gebracht.

Wir sehen vor, dass zum einen sogenannte Familienbegleiter der Integration gefördert werden, sodass an den bestehenden Institutionen, die wir vor Ort in den Kommunen haben – bei den Häusern der Familien, bei den Familienbildungsstätten, bei den Familienzentren –, Projekte aufgelegt werden können, die gerade den Menschen und den Familien dienen, die neu zu uns kommen, dies jedoch, ohne dass dadurch die gute Familienarbeit, die jetzt schon vor Ort geleistet wird, darunter leidet. Wir möchten denjenigen, die bei uns leben, das Signal geben, dass wir diejenigen, die zu uns kommen, unterstützen, aber dabei gleichzeitig auch die anderen nicht vergessen. Somit gestalten wir Integration gemeinsam vor Ort, und wo kann dies besser gelingen als in und mit den Familien, meine Damen und Herren?

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Bei der Bildung und beim Spracherwerb haben wir deutlich aufgestockt. Die Sprachintensivkurse sind von der Kita über die Schulen deutlich aufgestockt worden. Wir haben deutliche Zeichen gesetzt beim Thema Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern, und wir ergreifen die richtigen Maßnahmen beim Arbeitsmarkt mit Programmen wie „Kompetenzen erfassen, Chancen nutzen“, mit Kooperationen mit den Kammern, liebe Frau Kollegin Lemke, beispielsweise mit dem Projekt „Flüchtlingscoaches“, mit dem versucht wird, ausbildungsinteressierte Flüchtlinge in Ausbildungsplätze zu vermitteln. Des Weiteren ergreifen wir zahlreiche Maßnahmen – wir werden morgen auch noch über die entsprechenden Gesetze sprechen –, bei denen es darum geht, dass auch Berufskompetenzen und erworbene Qualifikationen aus dem Ausland einfacher anerkannt werden können. Dies wird flankiert durch viele Maßnahmen, auch im Bereich der Landesregierung.

Lassen Sie mich beispielhaft nur die Projekte herausgreifen, die wir bei den Maschinenringen aufgelegt haben, oder das Freiwillige Ökologische Jahr des Umweltministeriums, liebe Frau Ministerin Höfken, wo gezielt auch auf junge Flüchtlinge zugegangen wird und ihnen angeboten wird, als einen ersten Schritt ein Praktikum zu machen, ein Freiwilliges Ökologisches Jahr zu absolvieren, damit wir anfangen können, sie in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Ich glaube, dies wird auf Dauer eine Win-win-Situation für uns alle sein. Wenn wir das heu-

te anpacken, werden wir in Zukunft alle davon profitieren, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Wir müssen uns auch dem Thema der Fluchtursachen stellen. Ich glaube, es ist über alle Parteigrenzen hinweg anerkannt, dass dies die größte Herausforderung ist, die wir in Deutschland, aber auch in Europa auf der internationalen Bühne haben. Wir sagen, wir nehmen diese Herausforderung an, auch wenn es vielleicht im globalen Maßstab kleine Maßnahmen sind. Aber wenn man vor Ort lokal nicht anfängt, kann man nicht mit dem Finger auf Europa oder die Weltgemeinschaft zeigen. Deswegen ist es so wichtig, dass wir eine Friedensakademie aufgebaut haben.

Liebe CDU, vor dem Hintergrund dessen, was gerade in Syrien passiert, ist es doch genau das falsche Signal, in diesen Zeiten zu sagen, wir wollen in Rheinland-Pfalz keine Friedensarbeit mehr leisten. Wir wollen keine pädagogischen Maßnahmen zur zivilen Konfliktlösung in Rheinland-Pfalz aufbauen. Deswegen stehen wir ganz klar zu einer Friedensakademie als einem kleinen, aber wichtigen Beitrag zu einer friedlichen Konfliktlösung, um damit am Ende des Tages einen kleinen Beitrag dazu zu leisten, die Fluchtursachen von morgen zu bekämpfen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Es ist doch die zentrale Herausforderung, diejenigen, die wir heute als Flüchtlinge bei uns begrüßen, als potenzielle Bürgerinnen und Bürger, als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger von morgen oder von übermorgen zu begreifen. Dies ist der Weg, den wir vorzeichnen wollen und müssen.

Wenn ich mir die Vorschläge des CDU-Bundesparteitags anschau, beinhalten sie doch im Grunde einen Geist, dass die Menschen, die zu uns kommen, eben nicht wirklich zu uns gehören sollen und sie doch am besten erst gar nicht gekommen wären oder am besten so schnell wie möglich wieder weggehen. Das ist ein großer Fehler, den wir damals in Deutschland bei den Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern schon einmal gemacht haben. Schon damals haben konservative Regierungen geschlafen und jahrzehntelang negiert, dass wir ein Einwanderungsland sind. Die Probleme hatten wir dann Jahre später doppelt und dreifach. Dies war im Übrigen nicht nur ein gesellschaftspolitischer Fehler, sondern auch ein haushaltspolitischer Fehler, der hinterher mit den gestiegenen Sozialleistungen und vielen anderen Dingen, die finanziert werden mussten, doppelt und dreifach so teuer geworden ist.

Liebe Frau Klöckner, lassen Sie uns doch die Fehler von damals nicht noch einmal wiederholen. Lassen Sie uns die neuen Realitäten anerkennen und gemeinsam diese Gesellschaft positiv gestalten, durch Integration auf Augenhöhe, durch die Entwicklung eines Miteinanders, das auf Respekt beruht und natürlich auch auf dem Fundament des Grundgesetzes und unserer gemeinsamen Grund- und Menschenrechte steht, das aber eben nicht die einsei-

tige Anpassung und Assimilation der neu Hinzugekommenen an eine von Ihnen wie auch immer verordnete neue Leitkultur bedeutet oder eine Integrationspflicht per Gesetz.

Unser Ziel ist es doch, Integration möglich zu machen, und zwar auf Augenhöhe und im Rahmen unserer Grund- und Menschenrechte. Man kann Integration nicht erreichen, indem man jemanden irgendetwas unterschreiben lässt, sondern nur im täglichen Miteinander und dem gegenseitigen wertschätzend Voneinander-Lernen, indem wir sagen, was wir machen, wie die Chancen sind, aber auch die Chancen öffnen. Wir müssen klar sagen, was nicht geht, aber wir dürfen nicht glauben, dass man durch eine Unterschrift unter einen wie auch immer von Ihnen diktierten Vertrag integriert ist. Da lachen sich doch diejenigen tot, die sich in Deutschland gar nicht integrieren wollen. Sie sagen, na gut, dann unterschreibe ich den Vertrag, und hinterher mache ich trotzdem, was ich will.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Liebe Frau Klöckner und liebe CDU, mit den gescheiterten Konzepten von gestern kann man nicht die Welt von morgen gestalten. Sie erkennen die neuen Realitäten einfach nicht an. Sie denken immer noch, man könne eine Leitkultur irgendwie politisch verordnen. Dies ist ein Zeichen von Hilflosigkeit, ein Zeichen, dass Sie aus den veralteten Denkstrukturen der Kohlschen Ära nicht ausgebrochen sind. Es ist ein Zeichen dafür, dass Sie nicht in der Lage und auch gar nichts willens sind, sich den neuen Herausforderungen zu stellen und diese zukunftsgerichtet zu lösen.

Auch deshalb ist es gut, dass in Rheinland-Pfalz mit Rot-Grün eine Regierung regiert, die Integration auch als Chance sieht, die Herausforderungen anpackt und das Beste für das Land und die Menschen herausfordern will. Andernfalls würde es in Rheinland-Pfalz ziemlich dunkel, ziemlich schwarz aussehen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Liebe Frau Klöckner, aber es würde nicht nur in Rheinland-Pfalz ziemlich schwarz aussehen, sondern auch auf dem ganzen Planeten. Als Sie in Ihrer Rede sagten, Sie wollten noch etwas zu Paris sagen, hat der eine oder andere sicherlich an das vergangene Wochenende gedacht; aber zum Klimaschutz haben Sie kein einziges Wort verloren. Die Welt findet sich in Paris zusammen, um eine gemeinsame internationale Antwort auf diese größte globale Herausforderung, die Erwärmung unseres Planeten, zu geben. Die ganze Welt kommt zusammen, und Frau Klöckner hat es offenbar nicht mitbekommen.

(Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

Da wird ein Weltklimaabkommen beschlossen, das sozusagen die Grundlage ist für die weitere Arbeit beim Thema Klimaschutz. Dieses Abkommen gilt für alle Staaten dieser Welt, auch für uns in Rheinland-Pfalz, und Sie verlieren dazu kein Wort.

(Julia Klöckner, CDU: Herr Schweitzer hat auch nicht über den Klimaschutz geredet!)

Das ist schon eine beachtliche Verweigerung nicht nur dieser Zukunftsaufgabe, sondern auch des vergangenen Wochenendes.

Wenn wir es schaffen wollen, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius zu begrenzen, dann müssen wir nicht nur in Paris Abkommen unterschreiben, sondern wir müssen konkret in Deutschland und auch in Rheinland-Pfalz beherzt handeln. Wir haben das in Rheinland-Pfalz getan, und ich würde mir wünschen, dass auch die Bundesregierung endlich einmal in die Puschen kommt.

Die Bilder von Frau Merkel mit Eisbären sind schon vergilbt. Seither ist nichts geschehen. Wir haben Ihnen den Atomausstieg abgetrotzt, liebe Damen und Herren von der CDU. Ich sage Ihnen, angesichts dessen, was wir in Paris unterschrieben haben, und wenn wir der globalen Erderwärmung etwas entgegenzusetzen wollen, dann muss zum Atomausstieg jetzt schleunigst auch der Ausstieg aus der Kohle in Deutschland kommen. Dazu braucht es die Energiewende, dazu braucht es beherzt die Energiewende. Deswegen setzen wir auf erneuerbare Energien, und dort kann die Bundesrepublik und kann Europa noch eine ganze Menge von Rheinland-Pfalz lernen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Dabei geht es nicht nur um das Thema saubere Energien und saubere Luft, sondern beim Klimaschutz geht es auch ganz konkret um globale Gerechtigkeit. Heute gibt es 60 Millionen Menschen auf der Welt, die auf der Flucht sind. Nur ein Bruchteil davon kommt überhaupt bis zu uns nach Europa. Nach vorsichtigen Prognosen, die sogar die Bundesregierung anerkennt, bedeutet eine Klimaerwärmung von 2 Grad mindestens 200 Millionen Klimaflüchtlinge, meine Damen und Herren.

Das bedeutet, wer über Fluchtursachen schwadroniert, der muss auch den Klimaschutz ernst nehmen, und er muss tatkräftig handeln. Der nicht gemachte Klimaschutz von heute ist der Hauptfluchtgrund auf dieser Welt von morgen, weil die Konflikte um die knappen Ressourcen immer drastischer werden und weil auch die Armutsflucht immer weiter zunehmen wird. Deswegen ist der Klimaschutz nicht nur eine ökologische, sondern auch eine globale Gerechtigkeitsfrage, die wir gemeinsam angehen müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Wir haben uns Ziele gesetzt, wir haben uns große Ziele gesetzt, die wir weiter fortsetzen werden, indem wir zum Beispiel 440.000 Euro für die Umsetzung eines Klimaschutzkonzepts in den Haushalt eingestellt haben.

Wir haben das Klimaschutzgesetz auf den Weg gebracht. Sie sind gegen das Klimaschutzgesetz, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Sie haben im Prinzip jeden Haushaltstitel im Einzelplan des Wirtschaftsministeriums, der nur das Wort „Klima“ enthält, gestrichen. Was ist das denn für eine ideologische Verbohrtheit? Sie haben sich mit dem Thema überhaupt nicht auseinandergesetzt. Nein,

Sie sagen, Klimaschutz hat nichts mit Wirtschaftspolitik und nichts mit der CDU zu tun. Völlig egal, an welcher Stelle das Wort „Klima“ in diesem Haushalt vorkommt, die CDU hat es einfach durchgestrichen. Das ist nicht nur Zukunftsverweigerung, das ist nicht nur eine falsche und rückwärts gewandte Politik, das ist eigentlich – wenn es nicht zum Heulen wäre, wäre es zum Lachen –

(Heiterkeit des Abg. Alexander Fuhr, SPD)

peinlich und zeugt von kompletter Regierungsunfähigkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Klimaschutz ist nicht nur ökologisch notwendig, sondern bedeutet auch – das zeigt Eveline Lemke – einen zukunfts-fähigen Wirtschaftsstandort von morgen. Was haben Sie gejauchzt, für Schwarzmalerei betrieben, als wir 2011 das erste Mal in Deutschland mit einer GRÜNEN und dann auch noch mit einer Frau das Wirtschaftsministerium besetzt haben.

Jetzt ziehen wir am Ende des Jahres 2015 einmal Bilanz: Das Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz ist deutlich gestiegen. Die Arbeitslosigkeit ist die dritt niedrigste im Bundesvergleich, und die Erwerbstätigkeit ist auf dem höchsten Niveau, seit es dieses Bundesland gibt.

(Vizepräsident Heinz-Hermann Schnabel
übernimmt den Vorsitz)

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz steht nach viereinhalb Jahren grüner Verantwortung, nach viereinhalb Jahren Rot-Grün hervorragend da, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD –
Hans-Josef Bracht, CDU: Trotz Rot-Grün!)

Wirtschaft und Umwelt, Wirtschaft und Nachhaltigkeit, das geht hier in Rheinland-Pfalz erfolgreich zusammen, das zeigen wir. Dazu hat Rheinland-Pfalz nicht auf eine wenig beachtete Rede von Frau Klöckner auf dem Bundespartei-tag warten müssen.

Wer diese Erde für unsere Kinder lebenswert halten will, der darf nicht nur auf andere schauen, sondern der muss auch vor Ort anfangen, vor Ort in Rheinland-Pfalz, vor Ort in den Regionen.

In diesem Kontext war in diesem Jahr die Eröffnung des Nationalparks Hunsrück-Hochwald ein ganz bedeutendes Ereignis. Wir haben gefeiert, die Menschen haben gefeiert, die ganze Region hat gefeiert, viele sind da gewesen und haben sich aufgemacht. Sie begreifen diesen Nationalpark als Chance für die Umwelt, für die Natur, für die Biodiversität, aber auch für die Region.

Ich bin mir sicher, viele von denen haben schon einmal CDU gewählt und waren vielleicht sogar Mitglied der CDU.

(Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer,
SPD)

Wer war nicht da? – Frau Klöckner war nicht da und ist den

Feierlichkeiten fern geblieben.

Das kann man auch konsequent nennen, wenn man ein Projekt, das man nie wollte, nicht mit eröffnet. Was aber jetzt im Vorfeld dieser Haushaltsberatungen passiert ist, grenzt schon an ein Possenstück. Da beantragt die CDU-Landtagsfraktion per Deckblatt zum Haushalt die Abwicklung und Rückabwicklung des Nationalparks Hunsrück-Hochwald.

(Alexander Schweitzer, SPD: Alles seriös!)

Einmal davon abgesehen, dass es dafür nicht nur ein Gesetz, sondern auch einen Staatsvertrag mit dem Saarland gibt

(Carsten Pörksen, SPD: Das ist doch nicht so wichtig!)

und sozusagen das Ganze mindestens rechtswidrig wäre,

(Alexander Schweitzer, SPD: Alles seriös!)

so spricht die Reaktion in der Region für sich. Die Menschen in der Region sind über Sie hergefallen,

(Julia Klöckner, CDU: Hergefallen?)

weil sie nicht akzeptieren wollen, dass Sie ein Projekt, das eine große Strahlkraft in der Region hat, den Menschen ein Stück weit Zukunftsperspektive, ein Stück weit Sicherheit gibt, opfern wollen auf dem Altar Ihres Wahlkampfes gegen unsere Umweltpolitik, gegen unsere Naturschutzpolitik. Das heißt, Sie spielen eine ganze Region aus, nur um im Wahlkampf punkten zu können. Das haben Ihnen selbst Ihre eigenen CDU-Mitglieder vor Ort nicht durchgehen lassen und gesagt, stopp, jetzt gehen Sie einen Schritt zu weit.

Nach dem ganzen Prozess, nach der Zustimmung der vielen Kommunen, nach dem Staatsvertrag mit Ihrer CDU-Kollegin Kramp-Karrenbauer aus dem Saarland, kann ich nur sagen, jetzt reicht es mit dem Wahlkampfklamauk, bleiben Sie am Boden, überheben Sie sich nicht, Frau Klöckner. Es wird Ihnen nicht gelingen, diesen Nationalpark rückabzuwickeln.

Aber bleiben Sie ehrlich, erzählen Sie doch nicht, wie vorhin schon wieder, Sie wollten dort nur ein wenig sparen. Nein, das haben Sie nicht beantragt. Sie haben beantragt, dass der Nationalpark abgewickelt wird, da steht wörtlich: der forstwirtschaftlichen Nutzung wieder zuführen. – Das bedeutet, ein Schloss daran machen, zumachen, mit der Axt herangehen und abholzen.

Haben Sie doch wenigstens die Größe, sich hier hinzustellen, einen Fehler einzugestehen und zu sagen, ich habe verstanden, die Region will den Nationalpark, die Menschen in diesem Land wollen den Nationalpark. Dieser Nationalpark ist eine große Chance für die Region, für Rheinland-Pfalz und für den Klima- und Umweltschutz, meine Damen und Herren. Bekennen Sie sich doch dazu.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Neben Ihrer Posse um den Nationalpark ist die umwelt- und naturschutzpolitische Geisterfahrt der CDU-Landtagsfraktion nicht beendet. Sie fordern tatsächlich im Einzeletat für den Umweltbereich eine Kürzung um über 70 Millionen Euro. Das ist im Prinzip der gesamte Haushalt, der in 2016 für den Umweltbereich zur Verfügung steht. Ist es ein Zufall, dass Ihre globale Minderausgabe – genau sagen Sie ja nicht, wo im Umweltministerium Sie kürzen wollen –, die Sie veranschlagen, exakt genau so hoch ausfällt wie die Gesamtausgaben im Umweltschutz in 2016? Wollen Sie gar nichts in den Umwelt-, den Arten- und Tierschutz investieren?

Wie erklären Sie das den vielen Ehrenamtlichen, die vor Ort in den Umweltverbänden, in den Initiativen und bei den einzelnen Projekten im Arten- und Tierschutz und dem Landschaftsschutz unterwegs sind? Ich habe dabei auch schon Menschen getroffen, die ein CDU-Parteibuch haben. Die sind sehr besorgt um den Erhalt der Schöpfung. Aber das scheint Ihnen mit Ihrer ideologischen Brille ziemlich egal zu sein.

Nein, Sie betreiben den umwelt- und naturschutzpolitischen Kahlschlag. Sie hätten es nicht deutlicher machen können, wie kahl, wie leer, wie wüst Rheinland-Pfalz wäre, wenn uns Gott nicht zwei Jahrzehnte vor der CDU geschützt hätte. Gott erhält die Schöpfung, Gott schützt Rheinland-Pfalz vor dieser falschen CDU-Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Dieser Nationalpark ist in seiner Entstehung ein Musterbeispiel dafür, wie man Bürgerbeteiligung, wie man Beteiligung von kommunalen Vertreterinnen und Vertretern organisiert, auch in einem nicht einfachen Prozess, liebe Ulrike Höfken. Es ist nicht immer einfach.

Es werden Wünsche geäußert, manche können erfüllt werden, manche nicht, manche vielleicht auch nicht gleich. Anderes kann man aufnehmen und macht ein Projekt noch besser, und vor allem, am Ende ist es dann nicht nur ein Projekt einer irgendwo in Mainz sitzenden Landesregierung, sondern ein Projekt der Bürgerinnen und Bürger, der Menschen vor Ort. Das macht ein Projekt neben dem ökologischen Aspekt auch gesellschaftlich nachhaltig.

Deshalb frage ich mich manchmal schon, was die CDU gegen Bürgerbeteiligung, gegen Transparenz hat. Wir haben das Transparenzgesetz eingeführt – es wird ab dem 1. Januar 2016 gelten –, weil wir sagen, wir geben den Bürgerinnen und Bürgern ein Stück von der Macht, die sie uns geliehen haben, wieder zurück, weil wir sagen, wir haben eine Bringschuld als Politik, als Verwaltung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, damit sie sich ein eigenes Bild von dem machen können, was geschieht, und auch das ein Beitrag gegen Politikverdrossenheit ist.

Wir sind angetreten für eine neue politische Kultur, für Offenheit und Transparenz. Das waren Lehren aus der Debatte über verfehlte Großprojekte, wie beim Nürburgringprojekt, ja. Warum aber sind Sie den Weg nicht mitgegangen? Was ist Ihr Problem? Haben Sie Angst vor den Bürgern? Stellen Sie sich nicht der Entscheidung der

Bürgerinnen und Bürger?

Wir werden morgen über ein Gesetz abstimmen, das die Bürgerbeteiligung gerade vor Ort bei den Kommunen verbessern und stärken soll. Im Moment ist es so, dass es in Bayern statistisch gesehen alle 16 Jahre zu einem Bürgerentscheid kommt. Jetzt gelten wir nicht als die großen Freunde des CSU-geführten Bayerns, aber da muss man sagen, hier liegen sie vorn. Dort haben sie keine Angst vor den Bürgerinnen und Bürgern.

Wissen Sie, wie lange man statistisch gesehen in Rheinland-Pfalz auf einen Bürgerentscheid in einer Gemeinde warten muss? – 278 Jahre. Alle 278 Jahre erfolgt statistisch gesehen in Rheinland-Pfalz in einer Gemeinde ein Bürgerentscheid. Das wollen wir ein bisschen erleichtern, ein bisschen mehr Bürgerbeteiligung, ein bisschen mehr Transparenz.

Frau Klöckner, ich glaube, Sie sind in den Talkshows, in denen Sie in Berlin sitzen, zu weit weg von den Menschen. Ich glaube, wir zeigen durch unsere Politik der Offenheit, der Bürgerbeteiligung und Transparenz, dass wir nahe bei den Menschen sind, und das werden die Menschen auch honorieren, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Wer die Zukunft gestalten will, muss in die Kinder, muss in die Familien und unsere Bildung investieren. Wir schaffen die besten Startchancen in Rheinland-Pfalz für junge Familien und für alle Kinder. Wer heute in Rheinland-Pfalz eine Familie gründen will, kann sich auf Rot-Grün verlassen.

Mit der Qualitätsentwicklung, die wir in der frühkindlichen Bildung vorangetrieben haben, haben wir schon bundesweit Maßstäbe gesetzt. Mit einer Versorgungsquote von über 44 % bei den unter Dreijährigen sind wir im westdeutschen Vergleich nach wie vor auf Platz 1.

Aber was uns ganz wichtig ist, mit der Beitragsfreiheit in den Kindergärten und den Kitas leisten wir einen Beitrag dazu, Bildungs- und Integrationshürden sowie soziale Hürden abzubauen. Auch deswegen sind in Rheinland-Pfalz im Prinzip alle Kinder zwischen drei und sechs Jahren heute in einer Kindertagesstätte. Ich finde, das ist ein großer Erfolg in einem solchen Flächenland wie Rheinland-Pfalz.

Das Land leistet damit einen ganz wesentlichen Beitrag zur Unterstützung der Familie und zur frühkindlichen Bildung. All diese Errungenschaften, die wir uns auch etwas kosten lassen, diese Errungenschaften für Familien und Bildungsgerechtigkeit werden mit der CDU ins bildungspolitische Mittelalter zurückgedreht.

Sie sehen Investitionen in dem Bereich, Entlastungen für Familien und soziale Gerechtigkeit im Bildungsbereich als überflüssig an und wollen genau an der Stelle sparen. Das ist genau die falsche Stelle, Frau Klöckner. Die Kita-Gebühren, die Sie vorschlagen, würden die Familien in unserem Land 900 Euro im Jahr zusätzlich kosten, ganz abgesehen davon, dass im Jahr 2016 die sofortige Einstellung der Gebührenfreiheit rechtswidrig wäre, weil Sie dafür das Kindertagesstättengesetz ändern müssten. Das

wissen Sie auch.

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Ihre Vorstellungen dazu sind weltfremd und nicht an den Kindern und Familien orientiert.

Ein anderes Beispiel: Sie haben hier mit Verve das Betreuungsgeld verteidigt. Dieses Betreuungsgeld – so viel zum Thema Vereinbarkeit mit Grundrechten und dem Grundgesetz – hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Ende Juli für verfassungswidrig erklärt. Danke Karlsruhe. Das war überfällig gewesen.

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Was machen wir? – Die frei werdenden Mittel geben wir dort hin, wo sie auch hingehören,

(Carsten Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

nämlich in die Kindertagesstätten, in die Qualität, zu den Kommunen und zu den Trägern, damit wir noch bessere Bildung für die Kleinen haben.

(Zuruf des Abg. Michael Billen, CDU)

Wir wollen nicht fördern, dass die Kinder unbedingt zu Hause bleiben müssen – wer das möchte, kann das gerne tun –, aber wir wollen, dass das Geld bei den Kindern, bei den Familien, bei der Bildung ankommt. Deswegen ist es gut, dass wir die 95 Millionen Euro genau dort hingeben, wohin sie gehören – in die Köpfe der Kinder, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Auch vor dem Hintergrund der Demonstration draußen vor der Tür kann ich sagen, wir haben eine starke Hochschullandschaft in Rheinland-Pfalz. Die Hochschulen sind ganz wichtige Bildungsinstitutionen, aber auch wichtig für die wirtschaftliche Zukunft unseres Bundeslandes.

Natürlich müssen wir gerade in diesen Bereichen, in denen die Studierendenzahlen und die Anforderungen steigen, immer wieder schauen, nachbessern und überprüfen. Wir wollen die besten Studienbedingungen für alle. Wir nehmen das ernst und hören uns an, was die jungen Menschen dort draußen zu sagen haben.

Ich will aber auch sagen, dass wir schon eine ganze Menge erreicht haben. Wir haben aus den frei werdenden BAföG-Mitteln 300 zusätzliche ausfinanzierte Dauerstellen an den Hochschulen geschaffen, haben Erhöhungen der Zuweisungen nicht nur bei dem Personal, sondern auch bei den Sach- und Betriebskosten vorgenommen. Wir haben durch das Sondervermögen die Finanzierung der Hochschulen und die Globaletats verbessert.

Ich sage auch, manches muss in der Organisation in der jeweiligen Hochschule optimiert werden. Auch da gibt es noch Potenzial nach oben.

Wir haben aber auch klar gesagt, wir wollen Gebührenfreiheit nicht nur am Anfang des Bildungsweges, wir wollen

Gebührenfreiheit bis zum Abschluss. Ich habe mit vielen Studierenden dort draußen gesprochen. Sie haben gesagt, ja, wir wollen bessere Räume, wir hätten gern mehr Personal und mehr Berechenbarkeit im Studium. Dann habe ich gesagt, ich kenne diese Debatten, zu meiner Zeit haben wir die auch geführt und dafür hier gekämpft und demonstriert. Seitdem hat sich schon einiges getan.

Aber damals war die Antwort in vielen Bundesländern, Studiengebühren einzuführen. Darüber habe ich auch mit den Studierenden gesprochen. Sie haben nur eines gesagt: Wir haben Forderungen, und wir werden gehört. Wir wollen, dass ihr vielleicht mit etwas mehr Kraft diese Forderungen umsetzt, aber was wir auf keinen Fall wollen, ist, dass wir zur Kasse gebeten werden und am Ende die Leidtragenden sind.

Nein, Bildungsfinanzierung ist in dieser Gesellschaft eine öffentliche Verantwortung. Das ist eine ganz klare Zukunftsfrage. Wir wollen die besten Bildungschancen für alle, und zwar gebührenfrei von Anfang an. Deswegen werden wir die Gebührenfreiheit in Rheinland-Pfalz nicht nur gegen die CDU verteidigen, sondern wir wollen sie auch weiter ausbauen, was beispielsweise den gebührenfreien Meister betrifft, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Auch für uns waren die Anschläge in Paris, aber auch vorher schon in Beirut, Bagdad oder anderswo, ganz schreckliche und einschneidende Ereignisse. Auch wir haben gesagt, wir müssen überprüfen, ob wir im Bereich der Inneren Sicherheit etwas tun können und tun müssen.

Wir haben aber vor allem eines gesagt, wir machen keinen Schnellschuss, sondern wir schauen uns die Situation ganz genau an.

Wir haben schon im Regierungsetat die höchste Zahl der Anwärterinnen und der Anwärter bei der Polizeiausbildung, die wir in Rheinland-Pfalz je hatten, in den Haushalt eingestellt.

(Marlies Kohnle-Gros, CDU: Viel zu spät!)

Wir haben gesagt, es wird nichts bringen, diese Zahl weiter zu erhöhen, weil die Kapazitäten der Ausbildung an der Hochschule begrenzt sind, aber auch, weil es drei bis fünf Jahre dauern würde, bis die erste Beamtin, der erste Beamte überhaupt in den Wechselschichtdienst kommt.

Deswegen haben wir zielgenau mit Vertretern der Polizei gesprochen. Das ist das, was wir Ihnen vorschlagen, dass wir den Polizistinnen und Polizisten, die freiwillig länger arbeiten wollen, dies ermöglichen, ohne dass die etwas jüngeren Kolleginnen und Kollegen deswegen länger auf ihre Beförderung warten müssen.

Vor allem – das ist uns GRÜNEN immer wichtig – brauchen wir nicht immer neue Eingriffsbefugnisse. Was wir brauchen, sind mehr Polizistinnen und Polizisten auf der Straße.

(Matthias Lammert, CDU: Ach! –
Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU)

Deswegen haben wir 45 zusätzliche Stellen auch im Verwaltungsbereich geschaffen, weil die bei der EG-Migration wirklich dafür sorgen, dass Polizistinnen und Polizisten vor Ort auf der Straße für Sicherheit sorgen.

(Zuruf des Abg. Carsten Pörksen, SPD)

Frau Klöckner, das mag vielleicht nicht die schnelle Schlagzeile bringen, aber das hilft wirklich beim Thema Innere Sicherheit und bei der Entlastung unserer Polizei.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Wir müssen auch deswegen etwas tun, weil wir im Umfeld der Debatte um Flüchtlinge leider beobachten, dass bei uns rechtsextremistische und rechtspopulistische Tendenzen, ja Übergriffe, zunehmen.

(Wolfgang Reichel, CDU: Auch von links!)

Wir erleben Anschläge auf geplante und bestehende Flüchtlingsunterkünfte, wie beispielsweise jüngst in Herxheim.

Wir erleben gerade im Internet, dass Bürgerinnen und Bürger gezielt falsch informiert, Gerüchte gestreut werden und Angst verbreitet wird. Das müssen wir ernst nehmen und entsprechend reagieren.

Bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus setzen wir auf umfassende Prävention, aber auch auf konsequente Verfolgung und mit Aussteigerprogrammen auf Hilfe für Menschen, die in die Nazi-Szene, in die rechte Szene abgeglitten sind, um sie wieder herauszuholen.

Deswegen sagen wir ganz klar, Rheinland-Pfalz ist ein Bundesland,

(Dr. Adolf Weiland, CDU: Rheinland-Pfalz
ist ein Bundesland! Dem können wir
zustimmen!)

Rheinland-Pfalz ist ein offenes Land, und mit uns gibt es eine klare Absage an Nazis, aber auch an die Halbnazis von Pegida, AfD und Co., meine Damen und Herren. Wir wollen das bunte Rheinland-Pfalz verteidigen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Wir haben in diesem bunten Rheinland-Pfalz den sozial-ökologischen Wandel erfolgreich eingeleitet. Wir laden Sie ein, diesen Weg weiterzugehen. Wir werden den erfolgreichen Weg, den dieses Land genommen hat, konsequent weitergehen.

Wir machen Rheinland-Pfalz zu dem besten Land für Startchancen, gerade auch für junge Familien. Wir sind Vorreiter beim Klimaschutz, bei der Energiewende, damit unser Planet auch für unsere Kinder noch eine Zukunft hat. Wir erkennen, aber wir gestalten auch die Realitäten einer sich verändernden, bunter werdenden Gesellschaft. Wir machen den Menschen nichts vor, aber wir schüren auch keine Ängste und sehen die Chancen.

Rheinland-Pfalz ist auf diesem Weg ökologischer, gerechter, nachhaltiger und vor allem zukunftsfester geworden. Wir wollen als GRÜNE in der rot-grünen Koalition diesen Weg konsequent weiter fortschreiten, für unsere Kinder, für die nächste Generation, für unser Bundesland.

Rheinland-Pfalz ist bei uns in guten Händen. Rheinland-Pfalz steht gut da. Wir tun alles, was in unserer Verantwortung steht, damit das auch in Zukunft so bleibt.

Herzlichen Dank.

(Lang anhaltend starker Beifall des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Heinz-Hermann Schnabel:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich bitte Sie, in dieser doch sehr unmittelbaren Haushaltsdebatte einen Moment kurz innezuhalten. Wir versetzen uns einfach einmal in die märchenhafte royale Welt. Ich darf die Weinköniginnen von der Mosel begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Nicht weniger herzlich darf ich Bürgerinnen und Bürger sowie die Reservistenkameradschaft aus Ramstein-Miesenbach begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Vom DRK Berufsbildungswerk Worms begrüße ich Teilnehmer der berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme. Ebenso herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Jetzt kehren wir wieder zurück in die Realität. Das Wort hat unsere Ministerpräsidentin, Frau Dreyer. Bitte schön.

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

Lieber Herr Präsident, meine lieben Kollegen und meine lieben Kolleginnen! Seit Oktober diskutieren wir nun im Landtag unseren Haushaltsentwurf für das Jahr 2016. Ich kann nur sagen, es ist ein guter Haushalt. Es ist ein guter, ausgewogener Entwurf mit einem Volumen von 16,14 Milliarden Euro. Er setzt konsequent auf Konsolidierung, aber er setzt auch auf unsere Schwerpunkte. Das ist es, was wir von einem Haushalt erwarten müssen, dass klar ist, wir halten an unserem Konsolidierungskurs fest. Gleichzeitig machen wir sehr deutlich, wofür diese Landesregierung steht und was unsere Schwerpunkte in der Politik sind.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Liebe Frau Klöckner, wir haben dabei nicht nur einen Plan, sondern wir setzen ihn seit mehreren Jahren schon um. Die Grundlage unseres Planes ist die gemeinsame Koalitionsvereinbarung, in der alle unsere politischen Schwerpunkte stehen, und selbstverständlich alles das, was wir uns als Landesregierung aufgrund von aktuellen Entwicklungen neu vorgenommen und weiterentwickelt haben.

Ich will es einmal ganz cursorisch zusammenfassen, bevor

ich auf Einzelheiten eingehe. Da ist natürlich zum Ersten die Haushaltskonsolidierung, die wir uns als rot-grüne Landesregierung ganz klar vorgenommen haben, wovon wir drei Viertel des Weges bereits gegangen sind, auf einem klaren Kurs sind und ganz klar sagen, wir werden die Schuldenbremse einhalten. Genau das zeigt dieser Haushalt.

Zum Zweiten geht es uns um den Schwerpunkt Kommunen. Alle unsere Zusagen haben wir eingehalten. Wir haben den KFA seit 2014 neu gestaltet: Eine halbe Milliarde mehr ist seitdem an die Kommunen geflossen.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Drittens ist natürlich einer unserer Schwerpunkte, an dem wir sehr hart arbeiten, schon seit langer Zeit das Thema Bildung. Auch dort darf man sagen: Wir sind bundesweit Vorreiter, sowohl was die Qualität als auch was die Gerechtigkeit betrifft.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Natürlich steht die rot-grüne Landesregierung viertens auch dafür, die Infrastruktur in unserem Land weiterzuentwickeln. Dementsprechend sieht dieser Haushalt 20 Millionen Euro mehr dafür vor.

Fünftens ist eine der größten, der wichtigen neuen Herausforderungen das Thema Flüchtlinge. Auch dort will ich sagen, Rheinland-Pfalz ist sehr gut aufgestellt, und zwar kaum mit einem anderen Land vergleichbar. Darauf werde ich noch eingehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Liebe Kollegen und Kolleginnen, ein sechster Schwerpunkt ist ganz bestimmt ein typischer sozial-ökologischer Schwerpunkt, nämlich der gesellschaftliche Zusammenhalt in unserem Land. Es gibt kein Land, in dem es von der Bildung bis zum Altwerden und Aufgehobensein so viel Infrastruktur und gute Voraussetzungen gibt wie in unserem Land. Genau das zeichnet diesen Haushalt wiederum aus. Insofern ist auch dieser sechste Punkt ein wichtiger Schwerpunkt unserer Landesregierung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Die rot-grüne Landesregierung steht für Innere Sicherheit: die höchsten Einstellungszahlen aller Zeiten, die höchste Zahl ausgebildeter Polizeibeamten und -beamtinnen seit Jahren und auch die höchsten Aufklärungsquoten.

(Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU)

Der achte Schwerpunkt ist der Schwerpunkt Klimaschutz. Auch dort dürfen wir sagen, die Energiewende wird in unserem Land vorbildlich umgesetzt. Auch dazu werde ich nachher noch etwas sagen.

Der neunte Punkt, einfach um es in einem Raster noch einmal klargemacht zu haben, ist das Thema Transparenz

und Beteiligung. Das Transparenzgesetz ist auf dem Weg. Diese Koalition steht auch dafür, dass wir wollen, dass Bürger und Bürgerinnen wissen, was die Regierung tut, wofür wir stehen, und sie die Möglichkeit haben, das sehr unmittelbar zu verfolgen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Martin Haller, SPD: So sieht es aus!)

Wir sind also auf einem guten Kurs für unser Land, für die Menschen, die hier leben, und auch für die kommenden Generationen. Die Schuldenbremse 2020 wird eingehalten werden.

Deshalb will ich mich ganz am Anfang meiner Rede sehr herzlich bedanken, bevor ich nicht mehr dazu komme: Nämlich bei unserer Finanzministerin Doris Ahnen und ihrem ganzen Team, weil es wirklich immer eine ganz besondere Herausforderung ist, einen Haushalt zu stemmen. Und für die konstruktiven Diskussionen im Landtag, in den Ausschüssen. Ein herzliches Dankeschön dafür, und ganz besonders dafür, dass zu den Flüchtlingsmitteln alle Änderungsanträge gemeinschaftlich in diesem Haus getragen werden. Ich persönlich finde, das ist ein gutes Signal, auch nach draußen, und deshalb an dieser Stelle vielen herzlichen Dank dafür.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn dieser Haushalt 2016 unter Annahme der Vorschläge der Regierungsfractionen morgen verabschiedet wird, dann haben wir in dieser Legislaturperiode das strukturelle Defizit von 1,6 Milliarden Euro auf 473 Millionen Euro gesenkt, also über 1,1 Milliarden Euro in der Legislaturperiode konsolidiert.

Liebe Frau Klöckner, Sie müssen uns gar nichts glauben. Glauben ist bei Zahlen so eine Sache. Sie könnten aber einfach in den Haushaltsplan und in den Finanzplan schauen. Dann könnten Sie sehr gut nachvollziehen, dass man uns nicht auf Glaubensbasis beurteilen sollte, was die Einhaltung der Schuldenbremse betrifft,

(Zuruf des Abg. Carsten Pörksen, SPD)

sondern dass man einfach nur in den Haushaltstext hineinschauen muss.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU)

Dort sieht man sehr deutlich, dass diese Landesregierung nicht nur einen Plan hat, wie wir vielleicht Schulden zurückführen wollen, sondern dass wir uns ganz stringent daran halten und diesen Plan schon längst umsetzen.

(Heiterkeit bei der Abg. Christine Schneider, CDU)

Noch einmal ganz konkret: Mit dem Haushalt 2016 verringern wir das strukturelle Defizit gegenüber dem Nachtragshaushalt 2015 um weitere 150 Millionen Euro. Der größte Teil der Konsolidierung bis zum Jahr 2020 ist also

bereits erreicht. Wir liegen eine Viertelmilliarde unter der gesetzlichen Obergrenze. Das strukturelle Defizit erfüllt sogar schon die strengeren Vorgaben für das Jahr 2017.

Liebe Kollegen und liebe Kolleginnen, weil wir auch immer über die NKA, die Nettokreditaufnahme, sprechen, obwohl das strukturelle Defizit eigentlich das Relevante ist: Diese sinkt von 1,082 Milliarden Euro im Jahr 2015 auf 379,9 Millionen Euro.

Wir verschweigen dabei nie, dass es ganz viel mit unserem Pensionsfonds und der Neustrukturierung zu tun hat. Dennoch möchte ich sagen, dass wir deutliche Schritte in die Richtung gehen, die wir zugesagt haben, die in der Verfassung steht, die für uns das größte Selbstverständnis der Welt ist, auch für mich als Ministerpräsidentin. Dass wir nicht nur für politische Schwerpunkte stehen, sondern auch dafür, dass wir unseren Haushalt konsolidieren, weil wir das in Verantwortung für die künftigen Generationen tun und davon überzeugt sind, dass wir das bis zum Jahr 2020 schaffen wollen und können. Genau diesen Beweis liefern wir wieder mit diesem Haushalt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Klöckner, Sie beklagen in Ihrer Rede den Anstieg der Verschuldung seit 1990.

(Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer, SPD)

Die Schulden sind unter der investitionsbezogenen Schuldengrenze angestiegen, das stimmt, wie in den anderen Flächenländern West auch. Unser Anstiegsfaktor liegt exakt im Durchschnitt der Flächenländer West, übrigens leicht unter dem von Hessen. Ich sage das nicht zur Rechtfertigung dafür, dass im Laufe der Jahre Schulden entstanden sind. Ich sage es deshalb, weil ich deutlich machen möchte, mit welcher Ernsthaftigkeit und Seriosität wir daran arbeiten, unseren Haushalt in eine Zeit zu führen, in der wir keine Neuverschuldung mehr machen.

Die für die alte Schuldenbremse relevante Gesamtnettokreditaufnahme wird etwa 380 Millionen Euro betragen. Das ist der niedrigste in einem Haushalt vorgesehene Stand seit mehr als drei Jahrzehnten, also inklusive der Regierungszeiten – oder einem Teil der Regierungszeiten – der CDU.

Ich lege gemeinsam mit den regierungstragenden Fraktionen Wert darauf, dass wir in dieser Koalition so planen, dass das Versprochene wirklich geliefert werden kann. Das belegen wir mit unseren Haushaltsabschlüssen. Die tatsächlichen Zahlen waren im Ergebnis jedes Mal besser als die Planungen. Wir haben das Versprochene gehalten. Genau so werden wir weiter regieren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb möchte ich an dieser Stelle zu Ihrem eigenen Anspruch als CDU kommen. Frau Klöckner hat eben noch einmal betont, dass Sie als CDU keinen Haushalt der Schönrederei vorlegen möchten, so ungefähr haben Sie es gesagt. Sie haben bei der Haushaltseinbringung auch

deutlich gemacht, dass Sie einen Haushalt vorlegen werden, der ausgeglichen ist. Aus meiner Sicht sind Sie daran gründlich gescheitert.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch wenn Sie es noch so oft behaupten, es wird einfach nicht wahrer.

Wir haben einen Haushaltsentwurf vorgelegt, bei dem klar ist, welche Ausgaben die Menschen von uns erwarten können und welche nicht, und bei dem klar ist, wo gekürzt wird und wo nicht.

(Zuruf des Abg. Hans-Josef Bracht, CDU)

Sie arbeiten zum allergrößten Teil mit – ich nenne es einfach einmal so – Luftbuchungen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Alexander Licht, CDU: Sagen Sie doch einfach einmal, welche globalen Minderausgaben Sie drin haben! Nennen Sie sie doch einmal!)

Von Ihren Vorschlägen entfällt der allergrößte Teil auf unseriose Vorschläge, die keine wirklichen Einsparungen sind. Ich nenne nur einmal drei oder vier Beispiele. Ich komme auch noch auf unseren Haushalt zu sprechen, lieber Herr Licht, vielleicht haben Sie Geduld, mir noch so lange zuzuhören.

(Unruhe im Hause)

Das schönste Beispiel, – – – Herr Bracht, – – –

(Unruhe im Hause)

Vizepräsident Heinz-Hermann Schnabel:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben im Moment die Ministerpräsidentin am Pult. Sie hat das Wort. Bitte schön.

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

Das schönste Beispiel sind die globalen Minderausgaben von insgesamt 193 Millionen Euro. Globale haben wir immer im Haushalt, es kommt ein bisschen auf die Größenordnung an.

(Alexander Schweitzer, SPD: So ist es! –
Julia Klöckner, CDU: Ah!)

Liebe Frau Klöckner, lieber Herr Bracht, lieber Herr Licht, ich bin einfach schon so lange in diesem Landtag; als würde ich mich nicht daran erinnern können, wie die Opposition früher auf mini globale Minderausgaben – im Vergleich – in diesem Hohen Haus reagiert hat,

(Carsten Pörksen, SPD: Genau!)

nach dem Motto „intransparenter Haushalt“. Was soll das denn wieder, was Sie uns vorlegen? Sie legen uns – um

nach außen eine schwarze Null zu simulieren – 193 Millionen Euro als globale Minderausgaben vor.

(Carsten Pörksen, SPD: Luftblasen! –
Michael Hüttner, SPD: Was?)

Die haben Sie schön auf Einzelpläne aufgeteilt, damit Sie vermeiden können, worauf es Ihnen eigentlich ankommt, an welcher Stelle Sie wirklich sparen wollen.

(Carsten Pörksen, SPD: Genau so ist das!)

Ich werde kein Wort mehr zu dem Umweltetat sagen, weil der mehr als verräterisch ist. Aber selbst dort haben Sie nicht die Traute, genauer hineinzugehen und zu sagen: Wo denn eigentlich noch, außer im Nationalpark?

Der zweite Punkt: Sie sammeln Reste, die faktisch überhaupt keine sind. Es ist alles sehr kompliziert, darauf wird Frau Ahnen wahrscheinlich noch eingehen. Aber auch das, was Sie zu den Resten im Umweltministerium gesagt haben, entspricht einfach nicht der Realität, wenn man genau weiß, welche Reste es sind.

Oder Sie kürzen den Ansatz für das Wohngeld – das hat Herr Schweitzer nun schon dargestellt – um 16 Millionen Euro, übrigens ohne Berücksichtigung des erwartbaren Bedarfs, und übersehen dabei, dass die Hälfte des Geldes vom Bund kommt, also gar keine Einsparung sein kann.

Ich sage noch einmal, ich glaube, ich habe bei der letzten Haushaltsrede ziemlich viel Zeit darauf verwendet, auf die Personalvermittlungsstelle einzugehen.

(Carsten Pörksen, SPD: So ein Quatsch!)

Heute möchte ich nur noch einmal sagen, in vielen Ländern ist sie abgeschafft worden, weil sie nichts bringt, aber Sie nehmen sie als Einsparung her. 65 Millionen Euro, das sind hochgerechnet mindestens 1.000 Stellen in unserem Landeshaushalt.

(Carsten Pörksen, SPD: Noch so eine
Luftnummer!)

Sie sagen, es trifft weder Polizei noch Lehrer. Ich frage mich, und ich frage Sie: Wenn das ein ernsthafter Vorschlag sein sollte, wo bitte wird dieses Personal gespart? Sagen Sie es vor der Wahl und nicht danach.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von der SPD: So ist es!)

Das Budgetrecht ist das Königsrecht des Parlaments, das wissen wir. Das haben wir heute schon gehört.

(Unruhe bei der CDU)

Sie sagen, Sie haben es sich nicht leicht gemacht.

(Heiterkeit des Abg. Carsten Pörksen, SPD)

Ich sage: Doch, Sie haben es sich leicht gemacht, und zwar ziemlich.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sagen, hier mehr und auch dort mehr. Das kann ich verstehen. Wir brauchen im Moment mehr Lehrer, wir brauchen mehr Polizei, das tun wir auch. Sie sagen aber, beim Sparen kann dann die Landesregierung schauen, wie sie das alles macht.

Nichts anderes sind Ihre globalen Minderausgaben oder auch Ihre ominöse Personalvermittlungsstelle, die andernorts, in anderen Bundesländern, längst gescheitert ist. An dieser Stelle sind Sie etwas störrisch,

(Vereinzelte Heiterkeit bei der SPD)

weil wir schon ganz oft gezeigt haben, dass es gar keinen Sinn hat. Das ist kein Ausweis von Seriosität, die Sie ständig beschworen haben, sondern es ist einfach nur viel zu einfach.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kollegen und Kolleginnen, ganz bestimmt bin ich kein Mensch, der abverlangt oder erwartet, dass eine Opposition wirklich jede Haushaltsstelle genauso gut kennt wie die Regierung. Das kann man auch gar nicht erwarten.

(Carsten Pörksen, SPD: Von denen schon gar nicht!)

Deshalb kann es sein, dass man einmal handwerkliche Fehler macht. Sie stellen sich aber mit einem unglaublichen Anspruch hin, nämlich zu sagen, wir machen das alles richtig, und wir machen das seriös, im Gegensatz zur Landesregierung, und wir wissen es auch viel besser. Gleichzeitig vergessen Sie das, was Sie in anderen Plenardebatten gesagt haben, und werfen es direkt wieder über den Haufen. Ich erinnere nur an die „Globalen“.

Das geht nicht, und das kann man auch nicht unkommentiert lassen. Wenn wir uns über den Haushalt auseinandersetzen, dann muss das auch seriös sein. Ich sage Ihnen, Ihre Vorschläge sind nicht seriös, sondern sie sind einfach zu einfach.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will, weil es von Frau Klöckner angesprochen worden ist, noch zwei Sätze zu den Handwerkern sagen, weil sie an dieser Stelle ganz gut passen.

Es war immer ein großes Anliegen der sozial-ökologischen Regierung, der rot-grünen Landesregierung, zu schauen, wie man eigentlich das Thema Handwerkerrechnung gut miteinander lösen kann. Deshalb so viel: Der Sachverhalt, den Sie zur Haftungsfreistellung darstellen, ist leider genau umgekehrt zu dem, wie Sie es dargestellt haben. Wir halten unsere Position für rechtmäßig.

Weil es für das Land wirtschaftlicher ist, klagen wir nicht, sondern bieten dem Insolvenzverwalter unsere Rechtsposition gegen eine Haftungsfreistellung an. Das nennt man im juristischen Sinne so etwas wie einen Vergleich. Wenn

die Kommission uns auf dem anderen Weg recht gibt, ist uns das noch viel lieber. Aber das ist genau das, was wir tun, um den Handwerkern signalisieren zu können, dass wir wenigstens einem Teil der Handwerker auf jeden Fall entgegenkommen können.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte gern auch noch auf das Thema Kommunen eingehen, weil es mir ein ganz besonders wichtiges Thema ist, und auch, weil nicht alles richtig ist, was gesagt worden ist. Es ist mir als Ministerpräsidentin ein sehr, sehr großes Anliegen gewesen, von Anfang an unser Verhältnis zu den Kommunen im positivsten Sinn weiterzuentwickeln.

Ich habe heute aus großer Überzeugung auch den Satz gesagt: Ein Land, das stark ist, braucht auch starke Kommunen. – Genauso handeln wir als Koalition. Die Kommunen werden 2016 mit diesem Haushalt zum dritten Mal einen deutlichen Anstieg des kommunalen Finanzausgleichs in Folge erleben. Der Anstieg beträgt 176 Millionen Euro, also 7,2 % mehr auf dann 2,596 Milliarden Euro.

Das habe ich zu meinem Amtsantritt auch zugesagt. Genau das haben wir entsprechend umgesetzt. In einem Zeitraum von drei Jahren ist die Finanzausstattung der Kommunen um knapp 600 Millionen Euro gestiegen. Das entspricht 30 %. Damit wird deutlich, die Kommunen sind uns wichtig. Auch in den nächsten Jahren steigt das Finanzausgleichsvolumen weiter an. Bis 2020 wird es auf über 3 Milliarden Euro ansteigen.

(Unruhe bei der CDU)

– Sie können sich sehr gern danach noch melden, mir aber jetzt erst noch einmal zuhören.

(Alexander Fuhr, SPD: Die Wahrheit hören sie nicht gern!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben auch den kommunalen Finanzausgleich reformiert. Die KFA-Reform zeigt bereits erste Erfolge. In der kommunalen Familie erreichen schon viele in diesem Jahr ausgeglichene Haushalte. Für das Jahr 2016 planen zum Beispiel sogar deutlich mehr als die Hälfte ausgeglichene Haushalte. Wir hoffen, dass es genauso kommen wird. Das ist der jetzige Sachstand. Aber wir freuen uns darüber, dass die Kommunen endlich in der Lage sind, ihre Haushalte auszugleichen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden weiter daran arbeiten, dass das gelingt. Erneute Klagen gegen den kommunalen Finanzausgleich, den wir neu geordnet haben, sind beim Verfassungsgerichtshof nicht angenommen worden. Das ist eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs. Wir haben aber unabhängig davon von Anfang an gesagt, dass wir nach drei Jahren den kommunalen Finanzausgleich evaluieren, um zu schauen, ob die Effekte, die wir miteinander verhandelt haben, genauso eintreten werden, wie wir es für die Kommunen wollten.

Wenn das nicht der Fall sein sollte, werden wir auch im

Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs nachsteuern. Das ist unsere Zusage. Alle diese Zusagen haben wir eingehalten. Ich bin froh darüber, heute sagen zu können, dass sich die Kommunen sichtlich besser stellen. Das gilt vor allem für Landkreise, weniger für die großen Städte. Aber auch da arbeiten wir weiter daran, dass sich das im positiven Sinne weiterentwickelt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb sage ich es auch noch einmal. Ja, wir haben uns in den letzten eineinhalb Jahren mit den Kommunen über viele Dinge verständigt, und das, obwohl sie im Hintergrund kräftig daran gearbeitet haben, dass das nicht zustande kommt.

(Carsten Pörksen, SPD: Sehr richtig! –
Alexander Fuhr, SPD: So ist das!)

Ich nenne jetzt einfach noch einmal die Einigung zum Thema Inklusion. Ich nenne die Einigung zum Thema U3, und ich nenne die Einigung über die kommunalen Investitionen, wo wir mit den Kommunen gemeinsam gesagt haben, wir, das Land, legen 10 % drauf. Ich nenne auch die Einigung zum Thema Asyl.

Es ist doch bei Weitem nicht so, dass es nur um die schlichte Frage geht, wie die Bundesmittel einfach durchgereicht werden. Der Streit in allen Bundesländern ist doch der Streit gewesen, wie viel davon Geld für Erstaufnahmeeinrichtungen, für Leistungen des Landes und wie viel davon für die Kommunen ist. Es ist doch ein Indiz und ein Beleg dafür, dass wir den Dialog zu den Kommunen inzwischen sehr konstruktiv gestalten können trotz Ihrer Interventionen, wenn wir am Ende gemeinsam sagen, wir haben einen Kompromiss gefunden, der zwar nicht Einigung heißt, aber der jetzt immerhin in unserem Gesetz steht. Ich habe auch nicht gehört, dass sich die Kommunen darüber beschwert hätten. Ganz im Gegenteil, ich denke, wir sind zu einem sehr, sehr guten Ergebnis gekommen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß nicht genau, was Ihr Plan ist, wenn es um die Zusammenarbeit mit den Kommunen geht. Aber unser Plan ist klar. Wir arbeiten genau nach diesem Plan, nach dem, was wir uns in der Koalition vorgenommen haben, nach dem, was ich in der Regierungserklärung gesagt habe. Dazu gehört ein regelmäßiger und konstruktiver Dialog. Dazu gehört auch meine tiefste Überzeugung, dass sich ein Land nur positiv weiterentwickeln kann, wenn es Hand in Hand mit den Kommunen geht und nicht gegen die Kommunen, oder umgekehrt die Kommunen gegen das Land.

(Starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb bin ich auch sehr zufrieden damit, was wir im Haushalt bezogen auf diese Ausgaben bezogen auf die Kommunen stehen haben. Ich freue mich auch auf die Fragen, die sich auch uns in Zukunft stellen werden. Ich werde diesen Dialog ganz intensiv weiter auch mit dem Innenminister führen, und ebenso die Finanzministerin, die

sehr viel mit den Kommunen zu tun hat. Aber das ist unser Wille, und das setzen wir genauso um.

Dann komme ich zu einem Thema, das uns tatsächlich alle ganz besonders bewegt. Das passt sehr gut zu den Kommunen. Ich drösele Ihnen nicht mehr auf, wie viel Geld die Kommunen für die Flüchtlinge bekommen. Das wissen Sie alle. Das brauche ich nicht. Ich will nur sagen, dass wir da eine sehr gute Lösung gefunden haben und sich die Kommunen, glaube ich, auch darüber nicht beschweren.

Mir ist wichtig zu sagen, dass es tatsächlich so ist, dass wir in einer Zeit leben, in der die Zusammenarbeit eigentlich noch wichtiger ist als jemals zuvor, weil wir tatsächlich eine sehr große Aufgabe miteinander zu stemmen haben.

Natürlich stimmt es, die Welt ist in Unfrieden geraten. Sie ist zwar schon lange in Unfrieden, aber zurzeit spüren wir das in Europa und in Deutschland in ganz besonderer Art und Weise. 60 Millionen Menschen sind weltweit auf Wanderung. Wir erleben in diesen Tagen, dass vor allem Bürgerkriegsflüchtlinge in unser Land kommen. Wir wissen, dass unabhängig davon natürlich viele Millionen Flüchtlinge unterwegs sind, die Klimaflüchtlinge sind oder die vor Armut flüchten. Dies alles sollten wir uns heute eigentlich ins eigene Buch schreiben. Wir müssen Verantwortung übernehmen, auch über das Bundesland hinaus, auch über Deutschland hinaus. Weil, wenn wir weiterhin so tun, als hätte Europa nichts mit diesen Dingen zu tun, werden wir mit diesen Flüchtlingswellen in der Zukunft ständig und immer zu rechnen haben werden. Unser Land gerät dann auch ein Stück weit außer Kontrolle.

Deshalb möchte ich drei Sachen dazu sagen: Deutschland und Europa tragen Verantwortung, und zwar nicht nur, was die Flüchtlingswelle betrifft, sondern selbstverständlich auch, was die Fluchtursachen betrifft. Deshalb möchte ich an dieser Stelle eine scheinbare Kleinigkeit doch noch einmal anführen, die Herr Köbler schon angesprochen hat. Wer in dieser Zeit einen relativ kleinen Posten im Haushalt immer wieder zur Debatte stellt in einer Sache, in der wir eigentlich alles dafür tun müssen, dass unsere jungen Menschen nicht nur in den Schulen, sondern auch in den Hochschulen etwas lernen und etwas über das Thema Friedenspolitik in unserer Welt erfahren, unsere Friedensakademie, dem kann ich nicht mehr helfen. Es tut mir leid.

(Starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die jetzige Situation muss uns doch alle lehren, dass wir uns alle auch darum kümmern müssen, was in der Welt passiert.

(Carsten Pörksen, SPD: Sehr richtig! Das ist denen doch alles egal!)

Deshalb ist es richtig, dass wir im Grunde mit der Friedensakademie eine Konstruktion gefunden haben, die finanziell wirklich absolut verkraftbar ist, und wir gleichzeitig aus dem Wissen schöpfen können werden, das dort entsteht und weitergegeben wird.

(Marlies Kohnle-Gros, CDU: Wenn man doch kein Geld hat!)

Ich halte das für einen sehr, sehr wichtigen Punkt, in der heutigen Zeit allemal.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daneben haben wir natürlich eine humanitäre Verpflichtung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das möchte ich hier noch einmal bewusst sagen. Wir treffen uns oft genug zu Gedenktagen hier im Plenarsaal. Wir erinnern an die Schrecken des Zweiten Weltkrieges und an all die Folgen, die dadurch zu tragen waren. Wir erinnern uns auch daran, dass es in Deutschland ganz viele Menschen gab, die auf der Flucht waren und die so froh waren, dass ein Teil davon – viele sind verzweifelt umhergeirrt und haben gar keinen Schutz mehr gefunden – Schutz in anderen Ländern gefunden hat. Ein Teil davon konnte sich positiv entwickeln und konnte auch wieder irgendwann nach dem Krieg nach Deutschland zurückkehren.

Deshalb haben wir auch aus diesem geschichtlichen Bewusstsein heraus eine große Verpflichtung, dieser Aufgabe humanitär zu begegnen und Menschen, die auf der Flucht sind, aus Krieg, Not und Terror kommend, ohne Zweifel hier offen und humanitär aufzunehmen. Das ist die Philosophie der rot-grünen Landesregierung, und genauso handeln wir. So werden wir auch in Zukunft handeln.

Ich will Ihnen noch einmal sagen, in welchen Schritten wir das machen. Aber das Wichtigste an dieser Stelle kurz vor Weihnachten, wo alle für den Frieden beten, wo alle die Geschichte von Josef sich noch einmal vor Augen führen, der nirgends eine Unterkunft bekommen hat, mit Maria, die schwanger war, gerade in dieser Zeit will ich es echt noch einmal sagen, wir haben eine humanitäre Verpflichtung. Die dürfen wir auch nicht in Nebensätzen infrage stellen, sondern der müssen wir uns stellen. Wir wollen uns ihr stellen. Ich bin glücklich darüber, dass in unserem Land Tausende von Bürgern das genauso sehen. Dafür bedanke ich mich.

(Starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU)

Eigentlich finde ich, es ist fast ein bisschen Sandkasten. Trotzdem will ich zwei Sätze auf die angeblichen Meinungsänderungen in der Flüchtlingsfrage verwenden. Ich glaube, über das Thema Flüchtlingsursachen habe ich schon vor ich weiß nicht wie vielen Monaten gesprochen. Da haben Sie mich noch mit ganz großen Augen angeschaut. Als Sie die Fragen zu Obergrenzen gestellt haben und wie wir das alles hinbekommen, habe ich eigentlich immer, immer und immer wieder das Gleiche gesagt. Ich habe gesagt, wir haben die Verpflichtung, die Leute aufzunehmen, und wir haben die Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass die Fluchtursachen bekämpft werden. Wir haben die Verpflichtung, international dafür zu sorgen, dass in den Lagern neben Syrien es endlich geschafft wird mit viel, viel Geld, dass sich die Menschen nicht auf die Reise machen, und wir haben dafür zu sorgen, dass sich Europa miteinander auf einen Verteilmodus verständigt. Das waren immer meine Antworten zu dieser Frage.

Im Oktober habe ich von Julia Klöckner gehört, wir brauchen eine Obergrenze. Im November habe ich von Julia

Klöckner gehört, es gibt eine faktische Obergrenze. Im Dezember habe ich von Julia Klöckner gehört, Obergrenze ist so ein statischer Begriff.

(Heiterkeit bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Sei es drum, lassen Sie uns einfach die Scheindebatten beerdigen.

(Starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie uns einfach die Scheindebatten beerdigen, Schwamm drüber; denn wir haben eine Aufgabe in diesem Land zu bewältigen. Wir tun das auch. Ich finde, dass wir das auch sehr gut miteinander tun können.

Insofern will ich das jetzt sein lassen, weil ich noch viele andere Beispiele zeigen könnte, die mich schon verwundert haben. Aber eines lasse ich nicht auf mir sitzen. Ich bin sehr klar in dieser Flüchtlingsfrage. Ich habe sie auch immer so klar formuliert. Deshalb sage ich das auch noch einmal sehr, sehr deutlich.

Was ich glaube, ist, dass wir eine Atempause brauchen, was Scheindebatten betrifft. Das kann man jetzt in der nächsten Zeit vielleicht auch hoffen.

Was ich sagen möchte ist, dass wir im Land Rheinland-Pfalz, die rot-grüne Landesregierung, neben der großen inhaltlichen Übereinkunft auch einen ganz klaren Plan haben, den wir in diesem Land umsetzen. Ja, wir nehmen alle Menschen humanitär auf. Alle, egal, ob sie bleiben dürfen oder nicht. Wir geben ihnen ein Dach über dem Kopf. Sie kriegen einen Gesundheitscheck. Sie sind alle registriert in unserem Land. Das kann fast kein anderes Bundesland sagen.

(Alexander Fuhr, SPD: So ist das!)

Es ist tatsächlich so, dass wir das BAMF dabei unterstützen, dass auch die Fingerabdrücke genommen werden. Sie bekommen in unserer Erstaufnahme einen Kompetenzcheck. Das gibt es auch so gut wie in keinem anderen Bundesland. Wir haben inzwischen so viel Erstaufnahmepplätze geschaffen, dass wir wirklich auch die Luft haben, gelassen mit dieser Aufnahmesituation umzugehen. Genauso gehört dazu – das hat aber auch Herr Schweitzer schon gesagt –, dass nie jemand in der Landesregierung gesagt hat, keiner muss zurück.

(Alexander Schweitzer, SPD: Ja!)

Wir haben immer gesagt, natürlich gibt es hier einen politischen Anspruch auf Asyl, und die Menschen, die keinen Asylanspruch haben, müssen auch zurück. Was wir im Gegenteil zu Ihnen gesagt haben, ist, wenn es irgendwie geht, schieben wir sie nicht ab, sondern überzeugen sie davon, dass sie freiwillig zurückgehen. Das war der Unterschied, und nichts anderes.

(Martin Haller, SPD: Der Erfolg gibt uns recht!)

– Genau, der Erfolg gibt uns recht, nicht nur menschlich,

(Starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

sondern auch in der Sache. Wir sind nach den neuesten Vergleichen unter den Bundesländern das Bundesland, das im Verhältnis zur Zuweisung die meisten Menschen zurückgeführt hat, und das auf eine außerordentlich humane Art und Weise. Da danke ich auch unseren Landräten und Oberbürgermeistern, die uns genau in dieser Sache unterstützen. Ich finde, es ist der richtige Weg. Dafür haben wir uns nie schämen, aber oft verteidigen müssen. Wir haben es richtig gemacht. Heute bin ich froh, dass wir sogar sagen dürfen, dass wir damit im Sinne einer humanen Flüchtlingspolitik erfolgreich sind, was die Rückführung betrifft.

(Starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Was die rot-grüne Landesregierung auch auszeichnet, ist, dass wir sehr schnell nach der anfänglichen Hektik – auch die hatten wir, ich will das nicht schönreden –, als im Juli und im September plötzlich Hunderte und Tausende von Menschen kamen, auch improvisieren mussten. Dieses Wort habe ich damals sehr oft genannt. Es war Gott sei Dank Hochsommer, und niemand musste frieren. Aber als wir das alles im Griff hatten, war klar, wir lassen keine Zeit vergehen, um gleichzeitig mit der Integration zu beginnen. Das tun wir in den Erstaufnahmeeinrichtungen, aber wir tun das auch, wenn die Menschen auf die Kommunen verteilt sind.

Auch dazu noch einmal: Es gibt den Anspruch auf Integrationskurse. Wir stehen hier schon lange mit dem Bekenntnis, dass wir sagen, wir wünschen uns, dass jeder Mensch, der Anspruch auf Asyl oder eine Bleibeperspektive hat, einen Integrationskurs bekommt. Warum? – Weil das nicht nur Sprache ist, sondern weil das auch Vermittlung unserer Kultur ist. Natürlich brauchen wir die Vermittlung unserer Kultur. Wir brauchen kein Blatt Papier, auf das jemand darunter schreibt, ja, ich glaube an das Grundgesetz, sondern wir brauchen die Vermittlung unseres Grundgesetzes, das selbstverständlich für alle gilt, wie man es gar nicht anders sagen kann.

(Starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Und auch da erinnere ich mich an eine Diskussion, nämlich an die Diskussion, ob Menschen mit Bleibeperspektive in die Integrationskurse aufgenommen werden sollen. Wir als Landesregierung haben das schon vor Monaten gefordert. Wir haben auf der Bundesebene im Asylkompromiss dafür gekämpft, anfangs gegen die CDU, dass diese Integrationskurse für Menschen mit Bleibeperspektive geöffnet werden, weil wir gesagt haben, es kann doch gar nicht sein. Wir wissen, dass sie bleiben können. Das BAMF ist zu langsam, schnell zu entscheiden. Deshalb müssen sich die Leute von Anfang an mit der Sprache und der Kultur unseres Landes auseinandersetzen. Deshalb war es damals richtig – es ist Teil des Kompromisses –, dass die Integrationskurse geöffnet werden. Es klappt noch nicht überall, aber es ist absolut der richtige Weg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch dazu: Die Rechts-

lage ist doch so klar. Wer einen Integrationskurs machen soll, das bescheinigt bekommt und das nicht tut, für den gibt es heute schon rechtlich vorgesehene Sanktionsmöglichkeiten.

(Alexander Fuhr, SPD: So ist das!)

Also lassen Sie uns doch nicht so tun, als würden wir jetzt wieder mit der Peitsche durch das Land laufen müssen, wenn es doch eine klare Verabredung und eine klare Rechtslage an diesem Punkt gibt. Unsere Erfahrung ist, dass die meisten Menschen, die zu uns kommen, gerne in diese Integrationskurse gehen. Für die, die nicht wollen, sieht das Gesetz bereits Sanktionsmöglichkeiten vor. Insofern ist auch das eine Scheindebatte. Wir haben gar keine Zeit und, ehrlich gesagt, auch kein Interesse für Scheindebatten. Wir wollen die Leute integrieren, und wir werden sie integrieren. Wir tun es mit ihnen gemeinsam. Wir tun es auf einer Rechtsgrundlage, wobei diejenigen, die es nicht wollen, dann die entsprechenden Sanktionen erhalten.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Dann möchte ich unbedingt noch etwas sagen. Zu dem Thema könnten wir auch zwei Stunden reden, glaube ich, jeder von uns hier, die Integrationsministerin und ich auf jeden Fall. Wir haben etwas, was uns auszeichnet, glaube ich. Das ist nämlich unser Ovaler Tisch mit allen beteiligten Ressorts. Unser Ovaler Tisch hat sich schon zweimal zum Thema Flüchtlinge getroffen. Es gibt kein anderes Bundesland, das eine Chancengarantie für unsere Flüchtlinge verabredet hat.

Die Chancengarantie – ich erkläre es für die, die etwas jünger im Parlament sind – gab es schon einmal, nämlich zu einer Zeit, als wir ganz viele Ausbildungsplätze gesucht haben. Da haben sich die Wirtschaft, die Gewerkschaft und die Kammern verpflichtet, eine Chancengarantie zu geben.

Wir haben uns verabredet, dass es eine Chancengarantie für Flüchtlinge geben soll, die hier bleiben, die eine Chance auf ein Praktikum, auf eine Einstellungsqualifizierung oder auf eine Ausbildung brauchen. Ich bin froh darüber, dass wir in unserem Land schon an diesem Punkt sind, dass die Kammern sagen, ja, wir werden auf jeden Fall 400 Plätze zur Verfügung stellen.

Auch wir als Land stellen 200 Plätze zur Verfügung. Die IG BCE hat gemeinsam mit den Arbeitgebern festgelegt, dass das Programm „Start in den Beruf“ für Flüchtlinge geöffnet wird, dass wir wirklich die Möglichkeit geschaffen haben, lückenlos darzulegen, wie uns die Integration der Flüchtlinge auch in das ganz normale Leben gelingt.

Das bedeutet eben nicht nur Kita und Schule, was wir ohnehin gut organisieren, sondern das heißt eben auch, Arbeit und Ausbildung, sodass sie wirklich in unserem Land ankommen können, egal, wie lange sie bleiben. Viele werden auch wieder zurückgehen. Aber einige werden bleiben. Sie sollen auf jeden Fall in dieser Zeit gute Arbeit machen, gut ausgebildet werden. Ich weiß, wir sind an dieser Stelle sehr weit vorne.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte einen letzten Punkt dazu noch nennen. Ich werde nicht noch einmal meine ganze Kritik am BAMF aufblättern. Ich habe es oft genug und auch öffentlichkeitswirksam genug gemacht. Aber ich kann Ihnen den Sachstand geben. Wir haben jetzt 26 Entscheider in Rheinland-Pfalz. Sie werden verstehen, dass es nach all diesen Debatten nach wie vor zu wenig sind. Wir haben heute erfahren, dass Trier im neuen Jahr zu einem Zentrum wie Heidelberg auch wird. Das freut uns sehr. Wir haben uns darauf beworben.

Wir hoffen, dass wir auch an dieser Stelle – das ist wirklich die Bringschuld des Bundes – schneller werden. Es wird uns allen helfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, dass sich, obwohl wir viele Menschen in unserem Land haben, die uns helfen, die Integration gut zu stemmen, trotzdem viele Menschen Sorgen machen. Auch das ist hier schon angesprochen worden, dass sie manchmal ein bisschen Angst haben, ob wir jetzt eigentlich hinten herunterfallen, wenn so viele Flüchtlinge zu uns kommen. Wird überhaupt noch an uns gedacht?

Deshalb ist der wichtigste Satz, der auch unsere Integrationspolitik kennzeichnet, auch das Integrationskonzept, dass wir sagen, wir denken Integration immer für die ganze Gesellschaft. Wir denken es nicht nur für eine Gruppe, sondern wir denken es für die ganze Gesellschaft. Das bedeutet eben auch ganz klar, wenn wir Programme für Menschen machen, die Unterstützung in Ausbildung und Arbeit brauchen, wird es auch in Zukunft diese Programme für Menschen geben, die bei uns leben, die Einheimische sind, die schon zwei bis drei Kurven gedreht haben und immer noch nicht den Weg gefunden haben. Wir werden sie nicht vergessen, weil wir Integration zusammen denken.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir Wohnungen bauen, dann bauen wir diese 4.200 Wohnungen für alle Bürgerinnen und Bürger, vollkommen egal, ob sie hier schon immer leben oder ob sie gerade zu uns gekommen sind. Dabei geht es vor allem um das Thema preisgünstiger Wohnraum.

Weil es angesprochen worden ist, möchte ich auch dazu noch etwas sagen: Ja, tatsächlich sind viele dieser Gelder Bundesgelder, aber nicht nur. Warum sind es eigentlich Bundesgelder? Es hat damit zu tun, dass im Rahmen der Föderalismuskommission Aufgaben verteilt und neu geordnet worden sind. Es ist doch selbstverständlich – das versteht doch eigentlich jeder –, dass dann, wenn Aufgaben verändert zugewiesen werden, auch Gelder fließen müssen, um diese Aufgaben wahrnehmen zu können. Genau das passiert jetzt im Zusammenhang mit dem Wohnungsbau. Deshalb ist es selbstverständlich, dass wir das Geld nicht in unseren Säckel tun, sondern dass diese Aufgabe, die wir haben und auch gerne angenommen haben, umsetzen, und zwar mit einer finanziellen Ausstattung des Bundes.

Frau Klöckner, ich weiß überhaupt nicht, warum es immer Ihre Argumentation gibt, wir greifen vom Bund Geld ab, oder wollen wir wollten wieder etwas vom Bund oder wie auch immer. Was ist das eigentlich für eine Argumentation? Es muss uns doch als Land auch darum gehen, dass wir in einem guten Verhältnis zum Bund unsere Aufgaben gemeinsam bewältigen können.

Der Bund ist nun einmal diese Ebene, die die meiste und größte Möglichkeit hat, durch Einnahmen Geld zu akquirieren. Wenn wir feststellen, wir haben eine gemeinsame Aufgabe, dann ist es doch völlig selbstverständlich, dass diese Landesregierung dafür kämpft, möglichst viele Mittel dafür zu bekommen, dass wir als Land und Kommunen diese Aufgaben gut bewerkstelligen können.

Insofern ist das für uns ein großer Erfolg und keine Peinlichkeit, wie Sie es immer sagen, sondern es ist richtig, dass wir für mehr Geld kämpfen, dass wir gut ausgestattet sind, damit wir unsere Aufgaben auch gut wahrnehmen können.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte einen letzten Satz zu diesem Themenkomplex sagen. Ja, auch in Rheinland-Pfalz gibt es inzwischen Töne – es ist eigentlich von vielen gesagt worden –, die uns nicht gefallen können, die ich so in dieser Vielzahl nicht kenne. Das erschreckt mich sehr. Deshalb habe ich nicht nur eine klare Haltung, dass diese Landesregierung alles tut, dass wir dort immer Flagge zeigen: dass wir sagen, das hat keinen Platz in unserer Gesellschaft: dass wir da sind und es auch vor Ort deutlich machen und wir sagen, es passt nicht zu unserem Land, das eigentlich ein offenes und tolerantes Land ist, dass wir jetzt ständig solche Demonstrationen haben und wir Töne hören, die teilweise auch importiert sind, so muss man es sagen, aber viele schließen sich an. Das ist nicht der Weg, den wir wollen.

Wir kämpfen vielmehr weiter für ein offenes und tolerantes Land. Wir werden alles tun, was in unserer Macht steht, um sich dem entgegenzustellen und Menschen zu überzeugen, dass sie sich dem nicht anschließen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Zweite in diesem Zusammenhang ist ein Appell an die Bürger und Bürgerinnen, aber auch an alle Verantwortlichen. Selbst wenn man sich Sorgen macht, auch weil man die Bilder im Fernsehen mit den Flüchtlingsströmen sieht, sollte jeder für sich genau überlegen, ob das wirklich ein Grund ist, so johlenden Menschen hinterherzurennen, die letztendlich nichts anderes tun, als auszugrenzen, zu diskriminieren und rassistisches Gedankengut zu verbreiten. Man hat auch eine eigene Verantwortung für das, was man in diesem Zusammenhang tut.

(Starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Lassen Sie uns also streiten und auseinandersetzen, lassen Sie es uns wissen, auch die Bürger und Bürgerinnen,

wenn es Stellen gibt, an denen Sie sich nicht gut behandelt fühlen, damit wir darauf reagieren können. Aber lassen Sie uns trotzdem dafür sorgen, dass eine AfD beispielsweise nicht in dieses Hohe Haus einzieht. Es wäre zu schade um dieses Land Rheinland-Pfalz.

(Starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist klar, der Haushalt ist stark von diesem Thema dominiert. Aber natürlich gibt es auch viele anderen Themen. Es ist wichtig, sie wenigstens noch kurz zu streifen, weil sie deutlich machen, dass dieser Haushalt die Grundlage unserer überzeugten Regierungsarbeit ist, und weil es Grundlagen sind, die für uns wichtig sind weiterzuentwickeln, die uns auch gerade die Annahme dieser Herausforderungen zurzeit so leicht machen.

Deshalb möchte ich an allererster oberster Stelle noch einmal sagen: Diese Landesregierung steht für Bildung, sie steht für qualitativ hochwertige und gebührenfreie Bildung, und das uneingeschränkt. Wir sind fest davon überzeugt, dass das der richtige Weg ist.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fast 100 % der Dreijährigen gehen bis zum Schuleintritt bei uns in die Kitas. Ich möchte noch einmal daran erinnern, als die Gebührenfreiheit eingeführt worden ist, hatte das einmal damit zu tun, dass man die finanzschwächeren Eltern unterstützen wollte. Es hat aber auch damit zu tun gehabt, dass ganz viele Migrantenkinder nicht in die Kita gegangen sind. Heute können wir sagen, fast 100 % der Kinder gehen in unsere Kitas. Auch das ist ein Bildungs- und Integrationserfolg. Es hat auch damit zu tun, dass wir gesagt haben, ja, Bildung ist in diesem Land gebührenfrei. Dieses Konzept ist voll aufgegangen. Es ermöglicht uns heute, die neue Integrationsaufgabe besonders gut zu leisten.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind auch bei der Versorgungsquote der unter Dreijährigen mit 44 % ganz besonders gut. Wenn all das, was ich vorhin im Beitrag von Frau Klöckner gehört habe, so stimmen würde, dann könnten wir nicht eine Ausbauquote haben, die so hoch liegt, wie sie ist. Es ist ein gemeinsamer Kraftakt zwischen Kommunen und dem Land. Wir sind erfolgreich in dieser Arbeit. Das zeigen die Zahlen im Vergleich zu anderen Bundesländern. Wir stehen sehr gut da. Wir haben noch vieles vor. Auch das zeigt dieser Haushalt.

Ich versichere Ihnen, mit mir als Ministerpräsidentin wird die Bildung auch in Zukunft natürlich gebührenfrei bleiben; denn diese Regierung steht für gebührenfreie Bildung.

Dann frage ich mich, was eigentlich die CDU vertritt. Wir haben irgendwann einmal gehört, Sie wollen die gestapelten Gebühren wieder einführen. Jetzt lesen wir in der Zeitung, dass das freiwillig ist – das haben Sie auch schon früher gesagt –, dass bestimmte Träger entscheiden können, dass sie bei bestimmten reichen Menschen Gebühren

erheben dürfen, dass dieses Geld gar nicht in den Haushalt kommt, sondern dass es in der Einrichtung bleiben soll. Was eigentlich sollen die Leute noch glauben?

Es gibt ein Deckblatt, wenn ich es richtig gesehen habe, in dem 48 Millionen Euro nach CDU-Angaben stehen, die in den Haushalt fließen sollen. Was ist nun eigentlich das Konzept der CDU?

a) Wohin fließt das Geld?

b) Wer bezahlt es?

c) Wer hat etwas davon?

(Christine Schneider, CDU: Das werden wir dem Wähler erklären!)

Ich finde, Sie sollten das noch einmal klären. Unsere Richtung ist klar. Wir stehen für Gebührenfreiheit. Das ist auch für den Wähler sehr klar, liebe Frau Schneider. Das versteht man.

(Christine Schneider, CDU: Wenn Sie es nicht verstehen, können wir nichts dazu!)

Das ist genau das, was man hier immer noch einmal betonen muss. Klarheit ist das bei Ihnen nicht. Seriös ist es letztendlich auch nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind ein familienfreundliches Land. Genau das wollen wir auch bleiben. Wir wollen, dass wir in einer Zeit des demografischen Wandels trotzdem attraktiv für junge Menschen bleiben. Deswegen müssen wir es attraktiv für Familien halten. Dazu gehört ein guter Ausbau der Betreuungsangebote. Dazu gehören die Gebührenfreiheit und natürlich auch unser Bildungsland, die Schule. Da sind für mich noch einmal zwei Punkte wichtig, die ich mit Blick auf diesen Haushalt sagen möchte. Neben der Gebührenfreiheit geht es um Bildungsqualität, und es geht um die gute Bildung.

Zum zweiten Mal in Folge verbessert sich der Versorgungsgrad an unseren Schulen mit der Unterrichtsversorgung auf nun durchschnittlich 98,6 %. Das ist ein sehr guter Wert; denn darin fließen Pflichtunterricht und Förder- und Differenzierungsangebote ein.

Dieses Konzept wird in der Weise gar nicht in allen anderen Bundesländern gefahren. Beides zusammengefasst ist in Rheinland-Pfalz anders als in anderen Bundesländern die Messlatte für die Berechnung der 100-Prozent-Marke. Mit einer guten Unterrichtsversorgung und sehr kleinen Klassen – auch das muss man noch einmal dazu sagen – sichern wir wirklich sehr gute Rahmenbedingungen für unsere schulische Bildung.

Das gibt es nicht in vielen Bundesländern. Wenn Sie uns normalerweise immer Hessen vorführen – heute gar nicht –, dann möchte ich die Hessen einfach einmal von mir aus heranziehen. Hessen hat eine höhere Quote, was die Unterrichtsversorgung angeht, nach deren Berechnung. Trotzdem schneiden die Schulen in Rheinland-Pfalz in al-

len bundesweiten Leistungsvergleichen erheblich besser ab.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb bleibt es dabei, wir werden immer weiter daran arbeiten, dass die Qualität unserer schulischen Versorgung noch weiter wächst und steigt. Es ist aber natürlich genauso richtig und wahr, dass wir eine gute Versorgung haben, dass wir eine hohe Qualität an unseren Schulen haben und wir stolz sein können auf die Lehrer und Lehrerinnen, die das alles für uns ermöglichen. Deshalb kann man guten Gewissens sagen: Rheinland-Pfalz ist ein Bildungsland. Das werden wir auch bleiben. Darin werden wir auch in Zukunft investieren, um genau diesen Standard beizubehalten und weiterzuentwickeln.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, dazu gehört als Zweites, dass die Zahl an Flüchtlingen derzeit mehr Schüler und Schülerinnen bringt. Das ist auch der Grund, warum wir in diesem Jahr wieder über 1.200 junge Lehrkräfte eingestellt haben. Es werden 314 Lehrstellen neu geschaffen. Auch das möchte ich noch einmal betonen, weil das etwas mit Integration und auch Unterstützung unserer Schulen zu tun hat. Das sind 430 Stellen mehr, als in der mittelfristigen Planung überhaupt vorgesehen waren.

Entsprechend haben wir den Vertretungspool, weil er mir so wichtig ist – weil es mir gemeinsam mit der Bildungsministerin so wichtig ist, auch das Thema befristete Lehrstellen abzubauen –, jetzt auf 800 Planstellen aufgebaut. Bei den Lehrern und Lehrerinnen, die befristete Verträge haben, gibt es nur noch einen ganz kleinen Teil, der vor den Sommerferien gekündigt bekommt. Es ist auch unser Ziel, dass wir dort weiter besser werden. Wir sind ein guter Arbeitgeber in diesem Land.

Die allergrößte Mehrheit der Lehrer und Lehrerinnen in unserem Land sind Beamte und Beamtinnen oder haben sehr gute Verträge. Es wird auch in Zukunft unser Ziel sein, dass wir deutlich machen, dass wir unsere Lehrer wertschätzen und ihnen auch die Rahmenbedingungen schaffen, dass sie bei uns gute Arbeitsbedingungen haben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man das Land und die Zukunft eines Landes gestaltet, dann gehören die Bildung dazu, die Kitas und die Schulen. Natürlich gehört unser sehr gutes duales Ausbildungssystem dazu, die Durchlässigkeit, die in unserem Land besonders hoch ist. Es kommen noch die Hochschulen dazu. Ich kann es aus Zeitgründen jetzt wirklich nur noch streifen.

Natürlich ist es so, dass wir in den letzten Jahren in die Hochschulen sehr viel Geld investiert haben. Auch da gilt, 25 Millionen Euro pro Jahr für die Grundfinanzierung unserer Hochschulen sind ein echtes Wort. Wenn heute Studierende da waren, dann kann ich nur sagen, ich weiß, es gab in Landau Probleme. Die Hochschulleitung arbeitet mit Hochdruck daran. Sie werden vom Wissenschaftsministerium sehr intensiv unterstützt. Ich hoffe und

bin zuversichtlich, dass man dort auch Lösungen findet.

Insgesamt haben aber die über 120.000 Studierenden in unserem Land gute Rahmenbedingungen. Ich bin sehr froh darüber, dass aus dem Land Rheinland-Pfalz, das früher ganz sicher kein Hochschulland war, heute ein Hochschulland geworden ist mit tollen Leuchttürmen, mit tollen Wissenschaftlern, mit tollen Angeboten, mit vielen tollen jungen Studierenden, die hoffentlich dann auch maßgeblich in unserem Land bleiben werden. Auch das bedeutet Zukunft, ihnen gute Bedingungen zu geben, dass sie in unser Land kommen, hier bleiben und dann hier später Arbeitsplätze und Wohnorte suchen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin hin- und hergerissen, aber ich glaube, ich mache es jetzt noch ganz kurz. Ich möchte vielleicht noch einmal im Bogen ganz allgemein etwas darstellen. In einem Land, wie ich es mir vorstelle und wie wir es als rot-grüne Landesregierung gestalten, gehört es dazu, dass der Kleinste, der bei uns geboren ist, weiß, er hat hier eine gute Unterstützung, dass die Familien wissen, sie haben eine gute Unterstützung, dass es eine gute Betreuung gibt, dass es ein gutes Aufwachsen gibt, dass es eine gute Bildung gibt und sie später hier gute Arbeitsplätze und gute Ausbildungsplätze bekommen.

Zu diesem Land gehört genauso auch, dass man hier gut älter werden kann, dass man hier im Alter sehr gut leben kann. All das bildet sich in unserem Haushalt ab. Es gibt kein Bundesland mit 135 Pflege- und Beratungspunkten wie in unserem Land. Es gibt auch kein Bundesland mit einer Gemeindegewinn Plus, und es gibt kein Bundesland mit einem Konzept „Gesundheit und Pflege – 2020“.

Es gibt kaum ein Bundesland, das ein Medizinzentrum aus dem Boden gestampft hat wie das Glantalzentrum als Vorbild für viele andere kleine Krankenhausstandorte, die wir zurzeit weiterentwickeln. Gott sei Dank haben wir jetzt auch unseren Lehrstuhl für Allgemeinmedizin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, überall dazu gibt es Haushaltsstellen, die deutlich machen, dass wir diese Politik weiter tragen werden und damit den Menschen auch sicherstellen können, dass sie in unserem Land gut leben können, egal, in welcher Lebensphase sie gerade sind.

Dazu gehört auch, dass wir eine gute Wirtschaft haben – das wird man bei dem Einzelplan noch sehen –, dass wir erfolgreich sind in diesem Land. Wir lassen uns auch nicht von der CDU einreden, dass hier alles so schwer ist für die Wirtschaft. Wir sind in dauernden Gesprächen mit der Wirtschaft. Wir wissen, was die Wirtschaft drückt und was sie nicht drückt. Aber wir sehen auch, dass sich unser Land wirtschaftlich absolut erfolgreich entwickelt hat.

Herr Schweitzer hat schon gesagt, noch nie hatten wir eine Arbeitslosenquote von 4,8 %. Das ist ein historisches Tief. Noch nie hatten wir so viele Menschen, die bei uns sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind wie heute. Das alles macht uns stolz. Das alles lohnt es auch, für die Zukunft weiterzudenken. Unsere Wirtschaft zukunftsfähig mit aufzustellen, die Rahmenbedingungen zu schaffen, ist un-

ser Credo. Deshalb auch Geld für Digitales, deshalb auch Geld für Mittelstandsförderung, deshalb auch Geld für die Ausbildung, für die Hochschulen, für duale Ausbildungssysteme, deshalb auch Gedanken über die Gebührenfreiheit des Meisters. Wir haben deshalb viele Konzepte für die Zukunft.

So komme ich zum Schluss und möchte noch einmal sagen, dass dazu eigentlich auch das Thema Sicherheit gehört, dass die Menschen sich nicht nur sozial sicher fühlen dürfen, sondern dass sie sich insgesamt sicher fühlen dürfen. Auch das drückt sich in unserem Haushalt so gut aus mit den Stellen für die Polizei, mit der Ausstattung für die Polizei.

Ich lasse es auch gar nicht zu, das schlechtzureden. Ich bin ganz oft bei der Polizei, der Innenminister sowieso. Ich war neulich beim SEK. Die Menschen bei der Polizei wissen, es ist zurzeit eine herausfordernde Situation in unserer Gesellschaft.

Sie wissen auch, dass wir noch nie so viele Anwärterinnen und Anwärter in Rheinland-Pfalz hatten, wie wir sie jetzt mit diesem Haushalt haben.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, mit dem vorgelegten Haushalt werden wir konsolidieren, die aktuellen Herausforderungen bewältigen, auf Erfolgskurs bleiben und für die Bürger und Bürgerinnen eine verlässliche Regierung und Partner sein, nämlich mit

- guter und vor allem gebührenfreier Bildung von der Kita bis zur Hochschule,
- dem Ausbau der Kindertagesbetreuung,
- einer nachhaltigen Entwicklung unserer ganzen Gesellschaft,
- einer konsequenten Energiewende,
- bezahlbarem Wohnraum für alle,
- der Bereitstellung einer umfassenden Mobilität im ganzen Land,
- einem gutem Leben im Alter, mit Pflegeangeboten und einer ärztlichen Versorgung für alle Generationen, auch für die letzte Lebensphase des Sterbens,
- der Unterstützung der Kommunen,
- einer guten Ausstattung der Polizei,
- einer humanitären Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und
- nicht zuletzt einer angemessenen Bezahlung unserer Beschäftigten.

Dafür stehe ich als Ministerpräsidentin dieses Landes. Dafür steht diese rot-grüne Landesregierung. Ich freue mich darüber, dass wir morgen nach Abschluss der Beratungen einen Haushalt verabschieden werden, mit dem wir wissen, dass wir sagen können, wir haben nicht nur einen Plan,

sondern wir setzen vieles davon außerordentlich erfolgreich um. Dieser Haushalt ist Grundlage dafür, dass wir damit weitermachen können.

Herzlichen Dank.

(Anhaltend starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Bernhard Braun:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Frau Abgeordneter Klöckner das Wort. Sie haben eine Redezeit von drei Minuten.

Abg. Julia Klöckner, CDU:

Herr Präsident! Frau Ministerpräsidentin, ich habe die blaue Karte genutzt, weil Sie behauptet haben, ich hätte im Oktober gesagt, wir brauchen eine Obergrenze. Ich hätte gern die ganz genaue Quelle, die sich darauf bezieht, dass wir eine Obergrenze brauchen.

Ich will Ihnen noch ein Weiteres sagen. Es ist ein Meinungsgeeiere, was Sie seit Januar hingelegt haben. Sie lavieren. Ich nenne ein Beispiel. Es gab die sicheren Herkunftsländer. Wir haben darüber am 15. Januar auf dem Flüchtlingsgipfel diskutiert. Frau Dreyer sagte dann kurz danach: Es ist herzlos, wer so etwas fordert.

Am 24. September 2015 war zu lesen: Dreyer für sichere Herkunftsländer. – Ich würde das schon als Meinungsumschwung sehen und deuten.

(Beifall der CDU)

Im Januar sagte Frau Ministerpräsidentin Dreyer: Wir brauchen keinen Flüchtlingsgipfel. – Dann machen Sie zugegebenermaßen keinen Flüchtlingsgipfel, sondern einen Flüchtlingskongress. Ich würde das auch als Meinungsumschwung sehen; denn dann haben Sie doch einen gebraucht.

(Beifall der CDU)

Am 1. September 2015 O-Ton Dreyer: Alle Flüchtlinge werden im Winter ein festes Dach über dem Kopf haben und zwischen festen Wänden wohnen. – Ich würde sagen, das sieht jetzt wirklich anders aus. Das ist ein Meinungsumschwung.

Am 12. September 2015 sprach Frau Dreyer zur Wiedereinführung von Grenzkontrollen insbesondere an der Grenze zu Österreich von einer absoluten Ausnahme.

14. September 2015: Allerdings setzt Deutschland damit ein wichtiges Zeichen, dass wir allein den Flüchtlingsstrom auf unserem Kontinent nicht bewältigen können. – Das würde ich schon als Meinungsumschwung bezeichnen.

(Beifall der CDU)

Frau Dreyer, es geht weiter. Am 25. September 2015 zitiert Sie die „Süddeutsche Zeitung“ aus der Illner-Sendung. Malu Dreyer sagt: Toll, toll, toll, was man da erreicht hat. –

Es geht um den Bund-Länder-Gipfel.

Im November berichtete der Südwestrundfunk: Für Dreyer ist der Kompromiss nicht ausreichend. – Zwischen toll, toll, toll und nicht ausreichend sehe ich persönlich einen Meinungsumschwung.

(Beifall der CDU)

Frau Dreyer im September: Wir brauchen keine Pflichten für Flüchtlinge. – Dreyer am 7. Oktober 2015 bei Lanz im ZDF: Flüchtlinge haben die Pflicht, sich zu integrieren.

Es gäbe noch ein paar mehr Beispiele. Ich wollte nur deutlich machen, dass ich das als Meinungsgeiere ansehe; denn wir waren schon am Anfang des Jahres für sichere Herkunftsländer. Wir waren dafür, dass der Flüchtlingsstrom reduziert werden muss.

(Glocke des Präsidenten)

Wir waren dafür, dass Bargeldleistungen in Sachgeldleistungen geändert werden und vieles andere auch.

(Glocke des Präsidenten)

Frau Dreyer, ich würde das schon als Meinungsumschwung oder zumindest Meinungsanpassung bezeichnen.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Dr. Bernhard Braun:

Die Frau Ministerpräsidentin hat die Gelegenheit zu antworten. Die Redezeit beträgt etwa drei Minuten.

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

Lieber Herr Präsident! Das geht sehr viel kürzer, weil ich auf diese Sachen gar nicht eingehe. Das sind zusammengestückelte Zitate. Sie reden von der Pflicht und nennen das Pflichtgesetz. Natürlich haben sie eine Pflicht, sich zu integrieren. Das ist ein großes Durcheinander,

(Beifall der CDU)

weil Sie Zitate – das können Sie immer besonders gut – aus dem Zusammenhang reißen, die in einem ganz anderen Zusammenhang und Kontext gesagt worden sind und nicht das Gleiche bedeuten.

Ich konnte die Quelle vorhin nicht aus der hohlen Hand sagen. Ich gebe Ihnen gerne die Quelle. Ich lese Ihnen auch gerne das Zitat vor. Wenn Sie in dem Fall der „Bayernkurier“ falsch wiedergegeben hat, dann müssen Sie sich dort beschweren.

(Julia Klöckner, CDU: Ich habe dem „Bayernkurier“ kein Interview gegeben!)

Jedenfalls habe ich hier ein Zitat von Ihnen, das Sie der Deutschen Presse-Agentur gegeben haben. Ich zitiere: „Deshalb glaube ich, sieht auch die SPD ein: Wir brauchen Entlastung und Begrenzung. Eine Obergrenze für

den Zustrom sei in jedem Fall unerlässlich, so die CDU-Vizechefin weiter.“

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Alexander Fuhr, SPD: Da hat doch Herr Seehofer die Hand drin!)

Vizepräsident Dr. Bernhard Braun:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Weiland das Wort. Herr Dr. Weiland hat noch eine Redezeit von neun Minuten und 30 Sekunden, die SPD noch fünf Minuten und die GRÜNEN noch 19 Minuten.

Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Michael Ende hat viele schöne Geschichten geschrieben. Zu den schönsten gehört die Geschichte von Jim Knopf und Lukas, dem Lokomotivführer. In dieser Geschichte gibt es die Figur des Scheinriesen Turtur. Ich weiß nicht – ich kann mich nicht dagegen wehren –, weshalb ich bei Reden des Kollegen Schweitzer immer an diesen Scheinriesen denken muss.

(Beifall der CDU)

Der zeichnet sich nämlich dadurch aus, dass er von Weitem sehr beeindruckend, pompös und furchterregend, je näher man ihn herankommt, aber immer kleiner und unbedeutender aussieht. So ist es mit den politischen Argumenten, die der Kollege Schweitzer heute zu diesem Haushalt vorgetragen hat.

(Beifall der CDU)

Je näher man diese Argumente unter die Lupe nimmt, umso inhaltsleerer, orientierungsloser und kraftloser werden sie. Herr Schweitzer hat davon gesprochen, dass wir eine Renaissance der aktiven Arbeitsmarktpolitik brauchen. Was er damit meint, hat er nicht gesagt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hoffe, er meint nicht die schuldenfinanzierten Arbeitsmarktprogramme der sozialliberalen Regierung der 70er-Jahre, die Deutschland in eine maßlose Verschuldung getrieben haben.

(Beifall der CDU)

Herr Schweitzer hat gesagt, die Integrationspolitik, wie sie die CDU-Landtagsfraktion und seit dem Montag auch die CDU Deutschlands vertritt, sei die Politik von gestern. Wir hätten die gesellschaftlichen Zusammenhänge nicht verstanden.

Jetzt kann man uns das vorwerfen, aber es muss wohl die Frage erlaubt sein, ob sie das auch Daniel Cohn-Bendit, Alice Schwarzer und Heiner Geißler vorwerfen wollen; denn die drei haben in einer ungewohnten Übereinstimmung gestern Abend im deutschen Fernsehen genau das gefordert, Herr Schweitzer. Sie sollten sich vielleicht einmal auf den aktuellen Stand der gesellschaftlichen Diskussion in Deutschland bringen, bevor Sie solche Aussagen machen.

(Beifall der CDU)

Herr Schweitzer fühlte sich bemüßigt, sich über unseren bildungspolitischen Ansatz lustig zu machen, in dem wir fordern, dass Grundfähigkeiten und Grundfertigkeiten vermittelt werden, nämlich lesen, schreiben und rechnen.

Herr Schweitzer, darüber kann man nur lachen, wenn man nicht mit den Ausbildern der jungen Menschen in den Betrieben spricht und nicht weiß, was die Handwerksmeister in diesem Land sagen, und wenn man nicht zur Kenntnis nimmt, was die Handwerkskammern seit Jahren in diesem Land sagen. Es ist ein Skandal, dass aus den rheinland-pfälzischen Schulen Schülerinnen und Schüler kommen, die nicht richtig schreiben, rechnen und lesen können.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ministerpräsidentin hat eben sinngemäß gesagt, dass sich ein Land nur entwickeln kann, wenn es mit den Kommunen geht. Das kann ich nur unterschreiben. Wenn die Frau Ministerpräsidentin das in diesem Land ernst nimmt und wenn das so ist, dann stellt sich die Frage, warum es den Kommunen in diesem Land so schlecht geht.

(Beifall der CDU)

Haben Sie das eben erst erkannt, oder wissen Sie das schon seit 25 Jahren sozialdemokratischer Haushalts- und Finanzpolitik in diesem Land? Da stellt sich doch die Frage, warum dieses Land einen verfassungswidrigen kommunalen Finanzausgleich hat.

(Beifall der CDU)

Die Ministerpräsidentin hat eben sehr gefühlvoll von den Kleinen in diesem Land gesprochen, für die man in den Kitas und in den Kindergärten etwas tun müsse.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach 25 Jahren sozialdemokratischer Haushaltspolitik in diesem Land kommt jedes Kind in diesem Land mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von über 9.600 Euro auf die Welt, die es in die Kita und in den Kindergarten mitnimmt. Es nimmt sie mit, bis es berufstätig ist, um sie dann zurückzahlen zu müssen, weil diese Landesregierung mit den Steuergeldern der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in diesem Land nicht verantwortungsvoll umgehen kann.

(Beifall der CDU)

Jetzt kann man sagen – ich neige dazu, es so zu sagen –, das gehört zum normalen politischen Schlagabtausch. Es gehört aber nicht zum normalen politischen Schlagabtausch, wenn die größte Regierungsfraktion, die in diesem Land 25 Jahre haushalts- und finanzpolitische Misswirtschaft zu verantworten hat,

(Carsten Pörksen, SPD: Das ist eine Frechheit!)

und die Ministerpräsidentin der Oppositionsfraktion in diesem Hause, die in einer beispiellosen Kraftanstrengung einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorlegt, Hütchenspielertricks und Unseriosität vorwirft.

(Zuruf des Abg. Carsten Pörksen, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wer in diesem Hause und in diesem Land in der Haushalts- und Finanzpolitik 25 Jahre lang getarnt, getäuscht und getrickst hat, der sollte etwas mehr Demut an den Tag legen.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer in diesem Land knapp gerechnet 500 Millionen Euro, richtig gerechnet mit allem Drum und Dran 700 Millionen Euro am Nürnbergring an Steuergeldern versenkt hat, der sollte gegenüber dem rheinland-pfälzischen Wähler und der rheinland-pfälzischen Wählerin etwas mehr Demut an den Tag legen.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Carsten Pörksen, SPD)

Ich habe bis zur Stunde von Ihnen noch keinen einzigen Vorschlag gehört, wie Sie dem rheinland-pfälzischen Steuerzahler und der rheinland-pfälzischen Steuerzahlerin diese 500 bis 700 Millionen Euro zurückzahlen wollen. Auf diese Vorschläge warte ich bis heute.

(Beifall der CDU)

Wenn Sie diese Vorschläge nicht machen, dann sollten Sie mit etwas mehr Demut auftreten, und zwar nicht uns gegenüber. Wir verkraften das. Der Anstand gebietet es aber, dem rheinland-pfälzischen Steuerzahler und der rheinland-pfälzischen Steuerzahlerin etwas mehr Demut entgegenzubringen.

(Carsten Pörksen, SPD: Sie sollten diesen Begriff überhaupt nicht in den Mund nehmen!)

Es ist über das Landespflegegeld gesprochen worden, für das wir kein Deckblatt vorgelegt hätten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wo ist denn Ihr Deckblatt für den Pflegemanager?

(Zuruf der Staatsministerin Doris Ahnen)

Ich rede jetzt vom Landesfamiliengeld. Uns ist der Vorwurf gemacht worden, wir hätten dafür kein Deckblatt vorgelegt.

Frau Ahnen, ich halte meine Rede. Sie können gleich Ihre Rede halten. Ich rede jetzt vom Landesfamiliengeld.

(Beifall der CDU –
Carsten Pörksen, SPD: Wo ist denn Ihre Demut?)

– Die Ellen Demuth sitzt da hinten!

Wo ist Ihr Deckblatt für den Pflegemanager? Der ist doch groß verkauft worden. Hier ist doch schwer getrommelt worden. Wo sind Ihre Deckblätter für die Hotspots, die überall im Land errichtet werden sollen?

(Zuruf des Abg. Carsten Pörksen, SPD)

Ich – das gilt auch für die rheinland-pfälzische Öffentlich-

keit – habe ein einziges klärendes Wort zur Finanzsituation am Hahn vermisst. Wie gehen Sie mit den neuen Defiziten am Hahn um? Wo sind Ihre Vorschläge dafür? Wollen Sie etwa im Januar wieder mit einem Nachtrag kommen, nachdem wir heute den Haushalt für 2016 verabschieden? Sagen Sie doch einmal etwas zum Hahn!

(Beifall der CDU)

Von Ihnen kam kein Wort zur Situation am Ring.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen die Dimensionen noch einmal zurechtrücken, bevor sie uns demnächst auch noch den Untergang der Titanic als Stapellauf verkaufen.

(Beifall der CDU)

Sie haben dieses Land mit 38 Milliarden Euro in eine beispiellose Verschuldung geführt, für die wir jedes Jahr über eine Milliarde Euro an Zinsen zahlen müssen. Diese eine Milliarde Euro fehlt in diesem Land jedes Jahr für die zentralen Aufgaben, die der Staat eigentlich zu erfüllen hat.

(Glocke des Präsidenten)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb brauchen wir in diesem Land einen Politikwechsel. Das Programm für diesen Politikwechsel haben wir vorgelegt.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Dr. Bernhard Braun:

Ich darf Gäste im Landtag begrüßen. Es sind Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis 14, Bad Neuenahr-Ahrweiler, anwesend. Herzlich willkommen bei uns in Mainz!

(Beifall im Hause)

Darüber hinaus darf ich den Seniorenausflug Berg in der Pfalz und die Junge Union Rülzheim begrüßen. Herzlich willkommen bei uns im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Hartenfels das Wort. Sie haben eine Obergrenze von 19 Minuten.

Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Auf eine solche Obergrenze kann ich mich gerne einlassen, Herr Präsident.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Weiland, das war natürlich ein tolles Beispiel für Demut, das Sie hier präsentiert haben. Sie haben Ihre Fraktionsvorsitzende mit Ihren Einlassungen und Auslassungen noch ein Stück weit getoppt. Dadurch wird nicht das wahrer, was Sie immer wieder versuchen darzustellen, Sie hätten solide gegengerechnete Deckblätter vorgelegt oder – so wie Sie ihre Begleittrträge überschreiben – sozial fair Schwerpunkte gesetzt.

Die Fakten sind völlig andere. Es ist einfach schade, dass Sie Ihren Redebeitrag – auch Ihre Fraktionsvorsitzende – nicht dazu genutzt haben, das noch einmal zu erläutern. Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben eigentlich auch deutlich gemacht, dass Sie zwar Titel formulieren, aber dass der Inhalt unter diesen Titeln ein ganz anderer ist. Ich werde meine Redezeit nutzen, um das ein bisschen herauszuarbeiten.

Schade ist, dass Sie – auch Ihre Fraktionsvorsitzende – sehr gerne mit Schwarz-Weiß-Mustern arbeiten, aber dass Sie leider nicht dazu bereit sind, die Grauschattierungen, die es dazwischen gibt, einmal scharf unter die Lupe zu nehmen und sich dem einmal anzunehmen. Ich würde von einer Oppositionspartei erwarten, die sich ambitioniert einem Haushaltsentwurf annähert, dass sie tatsächlich versucht, die entscheidenden, die spannenden Fragen zu stellen. Diese spannenden Fragen sind Sie leider in Ihren Ausführungen schuldig geblieben.

Welche drei Punkte möchte ich ansprechen? Zum einen werde ich finanzpolitisch auf die Konsolidierungssituation und dort vor allem auf unsere Konsolidierungsstrategie eingehen, weil man nach fünf Jahren Regierung tatsächlich zurückblicken und sich die Zahlen einmal anschauen kann. Es würde Ihnen gut zu Gesicht stehen, wenn Sie auch einmal in die mittelfristige Finanzplanung hineinschauen würden. Ich werde versuchen, das in meiner Rede ein Stück weit nachzuholen, da Sie da nicht hineingeschaut haben.

Einen zweiten Punkt werde ich ansprechen. Ich werde das in einen Ländervergleich, in einen Gesamtzusammenhang stellen und darstellen, wie es bei den westdeutschen Flächenländern aussieht und wie Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren aufgestellt gewesen ist.

Unter dem letzten Punkt werde ich dann noch auf das eine oder andere Deckblatt eingehen, um auch da noch einmal deutlich zu machen, dass Sie unter den Überschriften, unter denen Sie antreten, leider hier mit völlig anderen Inhalten aufschlagen.

Kommen wir zunächst zu den finanzpolitischen Eckdaten, die entscheidend sind, um die Konsolidierung zu bewerten. Die entscheidenden Zahlen sind von mehreren Stellen aus genannt worden, sodass ich sie nicht mehr erläutern muss. Ich möchte aber einfach noch einmal deutlich machen, dass das, was da an Konsolidierung drinsteckt, von Anfang an so angedacht war, und dass es eine tatsächliche Kraftanstrengung bedeutet hat, dass wir pro Jahr 220 Millionen Euro – ich möchte an die Zahl noch einmal erinnern – konsolidiert haben.

Wir haben das über drei Bereiche gemacht, nämlich über die Einnahmesituation, über die Effizienz und über Personaleinsparungen. Im Unterschied zu Ihnen von der CDU-Fraktion haben wir das, was wir konsolidieren wollen, konkret angesprochen und umgesetzt. Das ist belegt. Bei den Einnahmen haben wir zum Beispiel gesagt, wir führen den Wassercent ein, und wir erhöhen die Grunderwerbsteuer. Das Land hat nicht viele Möglichkeiten, um an der Einnahmeschraube zu drehen.

Was machen Sie landauf, landab? – Sie sagen, es ist ein

Skandal, was die Landesregierung hier macht. Das sagen Sie draußen im Land. Sie haben die fünf Jahre nicht genutzt, um ein Deckblatt vorzulegen, mit dem Sie das wieder herunterschrauben und den Wassercent aufgeben. Nein, den haben Sie munter in Ihre Einnahmesituation einkalkuliert. Das sind die zwei Seiten Ihres Gesichts. Draußen erzählen Sie etwas anderes als hier im Parlament. Wir müssen immer wieder darauf aufmerksam machen und deutlich machen, dass wir Ihnen das an diesen Stellen nicht durchgehen lassen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

So viel zur Einnahmesituation.

Wir haben bei den Personalausgaben einen hohen Betrag konsolidiert. Eine meiner ersten Aufgaben als neuer Abgeordneter in diesem Land war in der Tat, zum Beispiel die Vermessungs- und Katasterreform vor Ort – auch in meiner Region – draußen zu erklären. Wir haben dort kräftig eingespart, aber dadurch wurden natürlich auch Schmerzen zugefügt. Wir sind bereit, diese Schmerzen, bei denen es um Personaleinsparungen geht, tatsächlich mit den Menschen durchzudiskutieren. Das haben wir in den vergangenen Jahren gemacht.

Auch im Bildungsbereich waren wir bereit zu sagen, es müssen Einsparungen her über die demografische Rendite. Hier haben wir also Flagge gezeigt. Sie zeigen nie Flagge. Die Personalvermittlungsstelle ist schon angesprochen worden. Vor konkreten Einsparvorschlägen ducken Sie sich einfach weg. Darüber hinaus machen Sie auch nicht deutlich, dass wir noch einen hohen Konsolidierungsauftrag vor uns haben.

Zwei Bereiche sind schon angesprochen worden. Das ist einmal der Bereich Agrar- und Umweltverwaltung. Das ist mein fachlicher Bereich, in dem wir in den nächsten Jahren über 200 Stellen einsparen wollen. Das Landesamt für Soziales ist mit knapp 100 Stellen angesprochen worden. Das heißt, wir haben in den nächsten Jahren schon Herausforderungen zu bewältigen. Sie wollen das locker, flockig noch mit ein paar Erhöhungen bei den globalen Minderausgaben toppen, um auf dem Papier, aber natürlich nicht in der Realität die schwarze Null zu erreichen. Auch das ist ein Punkt, den wir Ihnen in diesem Zusammenhang nicht durchgehen lassen können.

Es steht uns noch bevor – auch daran möchte ich an dieser Stelle als Haushaltspolitiker noch einmal erinnern –, dass wir bis zum Jahr 2020 zur Erreichung der schwarzen Null noch einmal etwa 420 Millionen Euro an Einsparungen brauchen. Das können wir nur über die Ausgabenseite realisieren. Das wollen wir auch nur über die Ausgabenseite realisieren. Das bedeutet im Personalbereich noch einmal etwa 180 Millionen Euro an Einsparungen. Das bedeutet bei den sächlichen Verwaltungsausgaben über alle Einzelpläne hinweg noch einmal etwa 240 Millionen Euro an Einsparungen. Das sind keine Peanuts. Das muss in den nächsten Jahren erbracht werden. Das sind die Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen.

Daran kann man auch aufzeigen, wenn wir Bilanz ziehen, dass wir in der Vergangenheit, in den vergangenen vier

Jahren sehr, sehr viel im Konsolidierungsbereich geleistet haben. Deshalb möchte ich den Ländervergleich noch einmal heranziehen, weil es wichtig ist, sich mit den westdeutschen Flächenländern in den vergangenen Jahren zu vergleichen.

Einmal geht es um die Einnahmesituation. Wenn man sich über die Grauschattierungen Gedanken machen will und nicht nur schwarz-weiß denkt, muss man sich die ansehen. Wenn man sich die Einnahmesituation im Ländervergleich anschaut, haben wir natürlich strukturell ein Einnahmeproblem. Die Pro-Kopf-Einnahmen der Kommunen und des Landes liegen in Rheinland-Pfalz bei knapp 5.000 Euro. Damit liegen wir etwa 440 Euro unter dem Länderdurchschnitt der westdeutschen Flächenländer. Das macht im Einnahmebereich deutlich, da ist bei uns „nicht viel zu holen“. Deswegen müssen wir auf die Ausgabenseite schauen. Wenn wir uns da den Ländervergleich anschauen, merken wir, dass wir die Ausgabensteigerungen überproportional abgedämpft haben. Im Jahr 2011 lagen wir in Rheinland-Pfalz bei den Ausgaben pro Kopf bei den Kommunen und beim Land bei knapp 5.000 Euro. Damit lagen wir im Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer und genau auf Augenhöhe.

Drei Jahre später, im Jahr 2014, hatten wir bereinigt Ausgaben pro Kopf von 5.130 Euro. Damit lagen wir 240 Euro unter dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer. Das bedeutet in Prozenten ausgedrückt, im Zeitraum von 2011 bis 2014 hatten wir in Rheinland-Pfalz nur eine Ausgabensteigerung von 3,4 %, während sie bei den westdeutschen Flächenländern im Durchschnitt bei 8 % lag. Auch das macht deutlich, dass wir uns überproportional um Einsparungen bemüht haben, dass wir die Ausgaben deutlich senken konnten und dass wir uns damit im Ländervergleich sehr gut sehen lassen können. Insofern ist es bedauerlich, dass von mir aus betrachtet von der rechten Seite des Hauses immer nur das Schwarz-Weiß-Schema kommt und man nicht bereit ist, sich mit den konkreten Zahlen, mit den konkreten Leistungen und mit den tatsächlichen Kraftanstrengungen, die diese Landesregierung vollzogen hat, auseinanderzusetzen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Kommen wir noch zu einzelnen Deckblättern von Ihnen. Frau Klöckner hat fünf Schwerpunkte benannt. Zwei Schwerpunkte, die sie als Etikett nach draußen getragen hat, nämlich die Kommunen verstärkt unterstützen zu wollen, aber auch im Bereich der Infrastruktur mehr zu tun, will ich einmal genauer unter die Lupe nehmen. Wie sieht die Realität bei Ihnen aus, wenn man sich die Deckblätter anschaut? – Zunächst zum kommunalen Bereich. Über die Schlüsselzuweisungen sind Sie bereit, 30 Millionen Euro draufzusatteln. Frau Anke Beilstein, die Sie in der Enquete-Kommission „Kommunale Finanzen“ vertreten hat, aber auch die CDU-Landtagsfraktion kennen die Zahlen, die die kommunalen Spitzenverbände uns immer wieder um die Ohren schlagen, nämlich mindestens 400 Millionen Euro müssten von Landesseite aus zugeschossen werden. Zum Teil haben wir dort Zahlen von 600 bis hoch zu 900 Millionen Euro gehört.

Wenn man immer wieder draußen auf dem Land verkün-

det, die Landesregierung weigere sich, den Kommunen bei der Haushaltssanierung zu helfen und wolle sich immer nur auf Kosten der Kommunen bereichern, steht das, was Sie jetzt vorgelegt haben, nämlich 30 Millionen Euro – das sind noch nicht einmal 10 % dessen, was die kommunale Familie fordert –, in einem krassen Missverhältnis dazu. In der Öffentlichkeit zaubern Sie aber den Eindruck her, Sie würden Seit' an Seit' mit den Kommunen stehen und könnten sich dort profilieren. Das Gegenteil ist der Fall. Dann kann ich bei den 30 Millionen Euro auch noch gegenrechnen, wie Sie den Kommunen Geld wegnehmen.

Damit komme ich zu einem anderen Deckblatt, nämlich zu den globalen Minderausgaben. Das sind die ungedeckten Schecks, die Sie in einer Größenordnung von 200 Millionen Euro auch locker und flockig über den Haushalt verteilen. Nehmen wir einmal die Erhöhung der globalen Minderausgaben um 70 Millionen Euro und betrachten wir sie einmal unter dem Aspekt der Infrastruktur. Wenn Sie 70 Millionen Euro aus dem Umwelthaushalt herausnehmen, fahren Sie den Umwelthaushalt auf null. Darunter leiden aber nicht nur die Umwelt und der Naturschutz, sondern darunter leiden vor allem die Kommunen, weil 70 %, 80 %, 90 % der Ausgaben, die Sie einfach wegstreichen, letztlich zur Unterstützung der kommunalen Infrastruktur in den Bereichen Abwasser, Trinkwasserversorgung, Kläranlagen und Hochwasserschutz dienen.

Das heißt, auf der einen Seite geben Sie 30 Millionen Euro dazu, aber auf der anderen Seite nehmen Sie Millionenbeträge in einer Größenordnung von 50 bis 60 Millionen Euro den Kommunen wieder weg. Die Schlagzeile morgen in der Presse müsste daher eigentlich nicht heißen, dass die CDU-Landtagsfraktion den Kommunen mehr Geld gibt als die Landesregierung, weil unter dem Strich geben Sie den Kommunen weniger Geld als die Landesregierung. Das ist der eigentliche Skandal. Dafür stehen zum Beispiel ich und auch meine Kolleginnen und Kollegen hier, um deutlich zu machen, dass Sie Etikettenschwindel betreiben, dass Sie ungedeckte Schecks ausgeben und den Kommunen mit dem Anspruch, mit dem Sie eigentlich antreten, überhaupt nicht helfen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Dann komme ich zu dem zweiten Schwerpunkt, den Frau Klöckner genannt hat, der Infrastruktur. Im Bereich des Straßenbaus haben Sie das Thema ziemlich heftig hochgezogen. Zu Recht; denn ich denke, es macht Sinn – die Landesregierung hat da auch nachgesteuert –, dass man Infrastruktur nicht verschleißt und nicht auf Kosten künftiger Generationen versucht, bei Instandhaltungsmaßnahmen zu viel einzusparen. Auch hier machen Sie aber genau das Gegenteil.

Hier nehme ich als Kronzeugen wieder Ihren pauschalen Kürzungsvorschlag – so kennt man das von Ihrer Seite – zum Umwelthaushalt. Ich habe geschildert, das wirkt sich bei den Kommunen aus. Wohin geht es bei den Kommunen? – Es geht in den Erhalt der Infrastruktur. Damit lassen Sie die Kommunen im Stich. Damit stellen Sie das, was Sie im Bereich des Straßenbaus bitter beklagen, infrage, indem Sie dort Millionenbeträge in einer höheren Größenordnung wegnehmen. Damit streichen Sie die Haushalts-

verpflichtung, die wir eigentlich haben, nämlich Hochwasserschutz zu betreiben, komplett. Das Gleiche gilt für die Trinkwasserversorgung; das Gleiche gilt für die Bereiche der Abwasserentsorgung. Das ist eigentlich eine traurige Bilanz.

Letztlich ist das Wählerinnentäuschung. Insofern haben nicht wir einen Wahlkampfhaushalt vorgelegt. Im Gegenteil, wir haben die Schmerzpunkte benannt, die drinstecken. Sie legen einen Wahlkampfhaushalt vor, indem Sie schönrechnen und so tun, als würden Sie eine schwarze Null schreiben, aber Sie nehmen locker einmal 400 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt heraus. Das alles funktioniert im Detail betrachtet so einfach nicht. Mit den Deckblättern, die Sie vorgelegt haben, stellen Sie die Zukunftsfähigkeit dieses Landes massiv infrage.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Zum Schluss möchte ich noch etwas ansprechen, das, ich glaube, den Unterschied auch zwischen der Fraktionsvorsitzenden Frau Klöckner und unserer Ministerpräsidentin ein Stück weit deutlich macht. Unsere Ministerpräsidentin – gestatten Sie mir in dem Fall, dass ich auch einmal meine Ministerpräsidentin sage –

(Beifall bei der SPD –
Zurufe von der CDU: Oh!)

hat in ihrer Rede – das unterscheidet sie von Ihrer Fraktionsvorsitzenden – auch die Graubereiche genauer unter die Lupe genommen. Sie hat das mit einer emotionalen Authentizität gemacht, sie hat das mit einer Herzkraft gemacht, und sie hat das mit einer Klarheit gemacht. Das genau sind die Eigenschaften, die die Menschen in diesem Land überzeugen werden, wenn im März gewählt wird. Die Menschen wird nicht überzeugen, dass hier am Rednerpult immer eine Frau Klöckner mit einem Heiligenschein auftritt, Betroffenheit an Stellen zeigt, an denen es überhaupt keine Betroffenheit geben müsste, und die so tut, als hätte sie die „Weisheit mit Löffeln gefressen“ und als wäre das einfach, locker, lässig und leicht zu meistern. Dieser Unterschied ist mir persönlich heute noch einmal deutlich geworden. Ich glaube, das ist ein Pfund, das werden sowohl die GRÜNEN als auch die Roten in die Waagschale werfen. Deswegen bin ich stolz auf diese Ministerpräsidentin. Ich bin stolz auf die Konsolidierung, die wir geleistet haben. Ich bin stolz auf die Schwerpunkte, die wir gesetzt haben; denn das sind die Zukunftsthemen, die wir leisten müssen.

(Zuruf des Abg. Bernhard Henter, CDU)

Daher bin ich froh, dass wir an der Regierung und Sie weiter in der Opposition sind.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Vizepräsident Dr. Bernhard Braun:

Für die SPD-Fraktion hat das Wort Herr Dr. Alt. Ihnen steht

noch eine Redezeit von fünf Minuten zur Verfügung.

Abg. Dr. Denis Alt, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielen Dank für die Erinnerung an die persönliche Obergrenze, Herr Präsident.

Meine Damen und Herren! Der Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses hat uns eben die Ziele in Erinnerung gerufen, die wir mit der Haushaltspolitik im Jahr 2016 verfolgen sollen: Konsolidierung leisten, neue Herausforderungen meistern und die politische Zukunft gestalten, über die wir uns auch gerne streiten können.

Bei der Frage der Konsolidierung sind wir uns einig, dass es die Schuldenbremse in unserer Landesverfassung einzuhalten gilt. Dazu gibt es überhaupt keine Diskussionen.

Bei den neuen Herausforderungen sind wir als Haushaltspolitiker – ich sage einmal, Haushalt im engeren Sinne – bei den Deckblättern in vielen Fällen auch zusammengekommen. Das wird sich noch beim Einzelplan 07 zeigen.

Bei den politischen Schwerpunkten gehen die Meinungen auseinander. Wir müssen uns fragen, welche Maßnahmen dazu beitragen, dass wir im Jahr 2020 die Schuldenbremse einhalten und ein zukunftsfähig aufgestelltes Bundesland Rheinland-Pfalz haben. Dazu trägt ein Wahlkampfhaushalt sicherlich nicht bei. Deswegen hat die Landesregierung auch keinen eingebracht, und die Koalitionsfraktionen haben im Deckblattverfahren daraus auch keinen Wahlkampfhaushalt gemacht, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es sind vielmehr klare Schwerpunkte gesetzt und herausgearbeitet worden, die die Ministerpräsidentin vorhin kursorisch angesprochen hat. Das reicht von den Ausgaben für Bildung über Innere Sicherheit und eine Mittelverstärkung im Straßenbau über umweltpolitische Akzente bis hin zu den Schwerpunkten, die die Fraktionen gesetzt haben. Ich will nur einmal das Stichwort der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung nennen. Das ist sicherlich auch ein Feld, zu dem inhaltlich weitgehend Einigkeit besteht.

Dann kann man sich fragen: Welches ist der Beitrag, den die von der CDU vorgeschlagenen Maßnahmen leisten sollen, um unser Land zukunftsfähig für 2020 aufzustellen? Was steht in den Deckblättern? – Teilweise ist das schon gesagt worden. Häufig fanden schon die 188 Millionen Euro an globalen Minderausgaben Erwähnung. Mittlerweile sind es eigentlich 193 Millionen Euro in dem „alternativen Konzept“, wie es von Frau Klöckner bezeichnet wurde, bzw. in der „beispiellosen Kraftanstrengung“, wie Herr Dr. Weiland das genannt hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Über die globalen Minderausgaben hinaus findet sich dann noch die Streichung von 70 Millionen Euro als Zuführung an den Pensionsfonds. Ich will dazu nur so viel sagen: Nicht alles, was man nicht im Detail nachvollziehen möchte, ist etwas Schlechtes. Die Streichung von den 70 Millionen

Euro ist gesetzeswidrig. Wir haben ein Landesgesetz über den Finanzierungsfonds. In dem steht, dass wir 70 Millionen Euro zuführen sollen. Das ist als Soll-Vorschrift ausgekleidet. Wenn man das streichen will, muss man auch das Gesetz ändern. Das müsste dann von der CDU nach den dort geltenden und für sich selbst aufgestellten Maßstäben so eingebracht werden.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Carsten Pörksen, SPD)

Wenn man sich dann diese sogenannten Einsparungen auf der Zunge zergehen lässt, kann man den Gedanken gut nachvollziehen, dass man dachte: Na ja, irgendeine richtige Einsparung müssen wir auch noch bringen; denn das nimmt uns niemand ab. – Dann kam die Idee, das machen wir beim Nationalpark, mit der Folge, dass nirgendwo das Entsetzen so groß ist wie bei den Christdemokraten im Landkreis Birkenfeld, in der Region, die das angeht.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Personalvermittlungsstelle ist eben schon einmal ein Hinweis gegeben worden. Ich möchte zwei weitere Hinweise hinzufügen.

Erstens haben wir rund 80 % des Landespersonals in den Bereichen Polizei, Justiz und Schulen eingesetzt, also da, wo nach bekundeter Interessenlage von uns allen kein großes Einsparpotenzial gesehen wird. Schon mit dieser Aussage kann man belegen, dass die avisierte Einsparung in Höhe von 65 Millionen Euro seriös nicht darstellbar ist.

Ich möchte heute aber die noch knappe Minute nutzen, um eine Lanze für die übrigen 20 % zu brechen, die in den Verwaltungen arbeiten, nämlich bei den Struktur- und Genehmigungsdirektionen, bei den unteren Landesbehörden; denn die sind für Genehmigungsverfahren zuständig, und die sind für Unternehmen wichtige Ansprechpartner.

Ich möchte auch die Steuerverwaltung nennen. Das sind die Bereiche, bei denen wir in Rheinland-Pfalz wettbewerbsfähig bleiben müssen. Das ist ein Standortvorteil von Rheinland-Pfalz und von Deutschland. Das ist keine personalpolitische Restgröße, an der man beliebig herum-schrauben kann.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Bernhard Braun:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen nun zur

Beratung des Einzelplans 05 – Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Mitberaten werden die **Punkte 2 und 3** der Tagesordnung:

...tes Rechtsbereinigungsgesetz

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 16/5635 –

Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses

– Drucksache 16/5935

**Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

– Drucksache 16/5954 –

**Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes
über den Sozialdienst der Justiz
Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 16/5770 –

Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses

– Drucksache 16/5936 –

Zu beiden Gesetzentwürfen sind Berichterstatter ernannt.

(Carsten Pörksen, SPD: Es wird auf
Berichterstattung verzichtet! Das haben wir
vorhin schon gemacht!)

– Es wird auf Berichterstattung verzichtet. Wir kommen nun
direkt zur Beratung. Es wurde eine Grundredezeit von 15
Minuten vereinbart. Für die Fraktionen der CDU hat das
Wort der Abgeordnete Dr. Wilke. Ihnen stehen also 22,5
Minuten zur Verfügung.

Abg. Dr. Axel Wilke, CDU:

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich
zitiere selten den Kollegen Köbler, aber jetzt mache ich es
einmal.

(Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Gerne!)

So viel Zeit muss sein: Glückwunsch an den Herrn Mi-
nister zum Geburtstag heute. Alles Gute für die nächsten
Lebensjahre. Es freut mich, dass Sie den Tag heute mit
uns verbringen. Dann ist es aber auch schon mit den Ge-
schenken vorbei.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Justizhaushalt
2016 ist zunächst einmal nur ein Zahlenwerk über die
personelle Ausstattung und die Sachmittel, die dieses Par-
lament der Justiz unseres Landes für die kommenden
zwölf Monate zur Verfügung stellt. In Wahrheit geht es
aber heute um deutlich mehr; denn die Debatte heute
ist eine Standortbestimmung am Ende einer Legislatur-
periode dieses Landtages, die, was die Justiz angeht, so
turbulent war wie wahrscheinlich wenige davor.

Wo steht die Justiz im Jahr 2015? Welchen Stellenwert
genießt sie? Was ist sie uns wert? Was war sie den Regie-
rungskonkitionen in den letzten fünf Jahren wert? Können
die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes dieser Koalition

die Justiz für fünf weitere Jahre anvertrauen? – Sie werden
nicht überrascht sein, wenn ich als klare Antwort darauf
sage: Nein.

(Beifall der CDU)

Zehn Jahre SPD-Verantwortung im Justizministerium und
drei Justizminister haben Gräben aufgerissen, die bis heu-
te nachwirken und nur mühsam überbrückt werden können.
Man kann ohne Übertreibung sagen: Selten war die Justiz
der Regierung fremder als in den vergangenen Jahren. So
ist das, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Bis heute markiert den traurigen Höhepunkt immer noch
das böse Wort von Kurt Beck von der Justiz als nachge-
ordneter Behörde. Ich frage Sie hier und heute: Hat sich
jemals ein namhafter Vertreter der Regierungskoalition von
diesem Satz distanziert? – Nicht, dass ich mich erinnern
könnte. Im Gegenteil, Justizvertreter, die den Mut haben,
Missstände offen anzusprechen, werden ins Ministerium
einbestellt.

Aber auch sonst ist die SPD nicht gerade schonend mit der
Justiz umgegangen. Denken wir nur einmal an das zurück,
was die Justizangehörigen in den letzten Jahren unter
SPD-verantworteter Justizpolitik alles ertragen mussten.
Personalentscheidungen, die als rechts-, teilweise sogar
als verfassungswidrig einkassiert wurden, Gedankenspie-
le zu einem Freiraum für Scharia-Justiz durch islamische
Friedensrichter in unserem Land, eine völlig unnötige Dis-
kussion um die Zusammenlegung der Sozialen Dienste in
der Justiz, die quasi erst in letzter Minute gestoppt werden
konnte, und am Anfang dieser Wahlperiode die verrückte
Idee, die Landesfinanzen mit einer Auflösung von Ober-
landesgericht und Generalstaatsanwaltschaft in Koblenz
sanieren zu können.

Es gab massive Bürgerproteste, und eine bis dahin nicht
gekannte Solidarisierung der Bevölkerung mit der Justiz
hat Ihnen, Rot-Grün, damals die rote Karte gezeigt.

Was ist aus der Justizreform geworden, die das Ministeri-
um nach der OLG-Pleite mittels justizinterner Arbeitsgrup-
pen auf den Weg bringen wollte? Bis heute nahezu nichts.
War schon der Vorschlagskatalog, der aus diesen Ber-
atungen hervorgegangen ist, ziemlich bescheiden, so ist
das Meiste und Wichtigste davon immer noch Gegenstand
interner Beratungen. Herr Minister Robbers, ist es denn
nicht bezeichnend, dass Sie in der Grundsatzrede, die Sie
vor einigen Wochen in Koblenz gehalten haben, gleich ein-
mal die Begriffe zurechrückten? Von Justizreform wollen
Sie schon gar nicht mehr reden, sondern nur noch von
Justizstrukturplanung.

Dasselbe hat man auch schon von Ihrem Vorgänger gehört.
Ergebnisse lassen auf sich warten. Wir warten jedenfalls
immer noch darauf, was da tatsächlich an Umsetzung kom-
men wird.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ein schwaches Bild, Herr Minister. Erst alle gegen
einen aufbringen, dann nichts zu Ende bringen, das ist die

Bilanz von fünf Jahren Justizstrukturentwicklung unter rot-grüner Verantwortung. Es ist ein Trauerspiel. Anders kann man das als Landtagsopposition wirklich nicht bezeichnen.

(Beifall bei der CDU)

Liegen geblieben sind darüber andere Themen, vielleicht in der Gesamtbetrachtung nicht ganz so bedeutende wie die Bürokostenentschädigung der Gerichtsvollzieher, eine ungelöste Baustelle seit über zehn Jahren und in jeder meiner Haushaltsreden ein Thema.

Es sind aber auch ganz wichtige Themen wie E-Justice zu nennen. Baden-Württemberg implementiert schon seit mehreren Jahren das elektronische Grundbuch. In Rheinland-Pfalz wird nun gerade einmal an drei Amtsgerichten der Testbetrieb vorbereitet. Für das Datenbankgrundbuch kündigen Sie, Herr Minister, einen Probetrieb im Jahre 2019 an. Zum Thema elektronische Eingänge bei den Gerichten hören wir von Ihnen in Koblenz den bemerkenswerten Satz, dass es ab 1. Januar 2018 bei allen Gerichten außer Strafgerichten verbindlich möglich sein muss, dass Schriftsätze elektronisch eingereicht werden. Da sagen Sie, da macht Rheinland-Pfalz mit. Was denn sonst, frage ich Sie, wenn es doch verbindlich ist? Wie können Sie das dann als eine besonders reife Leistung verkaufen, Herr Minister? Die Frage darf man doch zu Recht stellen.

(Beifall bei der CDU)

In dem heute zu beschließenden Haushalt jedenfalls treffen Sie kaum Vorsorge für eine zügige Einführung der E-Justice. Dort sind die EDV-Mittel statt ausgebaut sogar gekürzt.

Vieles von dem, was Sie gemacht oder auch nicht gemacht haben, könnte man Ihnen noch verzeihen, wenn Sie wenigstens in der Zeit haushalterisch die Justiz pfleglich behandelt hätten. Aber auch davon sind wir im Jahr 2015 weit entfernt.

Um es klar zu sagen, die rheinland-pfälzische Justiz des Jahres 2015 steht schlechter da als die des Jahres 2006, ein für die CDU unhaltbarer Zustand.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Jeder weiß, wie knapp bemessen die Personalausstattung der Justiz und des Justizvollzugs schon immer war.

(Zuruf des Abg. Carsten Pörksen, SPD)

– Die heben sich das auf für später, wenn die richtig harten Dinge kommen.

Vor allem das Problem der völligen Überlastung des gehobenen Dienstes, der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger, hat sich immer weiter zugespitzt, bis es irgendwann in das Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit gedrungen ist. Erst dann haben Sie gehandelt und im laufenden Haushalt angefangen, mit der Ausweisung neuer Anwärterstellen gegenzusteuern. Ein richtiger Schritt, zweifellos.

Aber wie Sie ihn verkaufen, Herr Minister, ist hochgradig

unseriös. Immer wieder sprechen Sie

(Christian Baldauf, CDU: Das ist ein Rechenkünstler!)

von 49,5 neuen Stellen für Rechtspfleger. Sie sprechen von neuen Stellen für Rechtspfleger. Ich kann es nicht anders sagen, das ist eine bewusste Täuschung der Öffentlichkeit. Ich sage Ihnen auch, warum. Ein Teil dieser sogenannten neuen Stellen sind nur weggefallene kw-Vermerke. Inhaber dieser Stellen wurden also bei der Berechnung des bestehenden PEBB\$Y-Deckungsgrades mitgerechnet, weil diese Stellen besetzt waren. Werden solche Stellen nun entgegen ursprünglicher Planung doch nicht gestrichen, sondern wiederbesetzt, dann ist für den PEBB\$Y-Deckungsgrad nur insoweit etwas gewonnen, als dieser sich nicht von gerade einmal 70 % noch weiter verschlechtert. Von einer Verbesserung, die Sie der Öffentlichkeit und der Bevölkerung schuldig wären, sind wir damit weit entfernt.

(Beifall bei der CDU)

Für eine echte Verbesserung dürfen Sie nämlich nur die Stellen rechnen, die zusätzlich zum gegenwärtigen Bestand hinzukommen. Das sind nur die 25 Anwärterstellen. Von denen sind aber auch nur 15 in 2016 wirklich neu, weil die anderen bereits im laufenden Haushaltsvollzug 2015 geschaffen und natürlich auch schon PR-mäßig verkauft wurden. Um es also klar zu sagen, so ehrenwert Ihr Engagement für die Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger sein mag, Sie schmücken sich bei diesem Thema wirklich mit einer Menge Federn, die Sie nicht verdient haben.

(Beifall bei der CDU)

Hochgradig unseriös war leider auch Ihr Versuch, Herr Minister, eine haushaltsinterne Gegenfinanzierung auf die Beine zu stellen. Acht R1-Stellen wollten Sie sparen. So stand es im ursprünglichen Haushaltsentwurf. Es war Ihr fester Wille auch noch vor drei Wochen, als Sie Ihre Rede in Koblenz hielten.

(Vizepräsidentin Frau Schleicher-Rothmund übernimmt den Vorsitz)

Als ob der höhere Justizdienst nicht auch unterversorgt wäre, zwar nicht ganz so schlimm wie der gehobene Dienst, aber von einer 100 %igen PEBB\$Y-Deckungsgradversorgung sind wir auch im höheren Dienst bei Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten weit entfernt. Enger zusammenrücken nannten Sie das verniedlichend bei verschiedenen Gelegenheiten.

Dass das ein völliger Irrweg war, hat die Regierungskoalition inzwischen aber auch erkannt. Bemerkenswert finde ich aber die Chronologie, meine Damen und Herren. Erst entdecken Sie, Herr Minister, am Tag nach den Anschlägen von Paris plötzlich Bedarf für drei Staatsanwälte, zwei für Staatsschutzsachen und einer bei der Zentralstelle Cybercrime. Dabei haben Sie, Herr Minister Robbers, nur eine ungefähre Vorstellung von dem, was diese Zentralstelle eigentlich genau macht; denn nach Ihrer Ankündigung soll diese Maßnahme auch die Bekämpfung von Hass-Postings im Internet verbessern. Genau dafür ist sie aber

eigentlich gar nicht da.

Nun, um noch einen draufzusetzen, fünf Tage vor dieser Haushaltsdebatte legen die Koalitionsfraktionen ein neues Haushaltsdeckblatt vor, mit dem auch die Einsparung der restlichen fünf R1-Stellen rückgängig gemacht wird. Dazu gibt es einen Haushaltsbegleit Antrag, der das mit warmen Worten als zielführende Justizpolitik verkaufen will.

(Christian Baldauf, CDU: Da fragst du dich, was vorher war!)

– Genau. Herr Kollege Baldauf, danke für das Stichwort. Warum, frage ich die Regierungskoalitionen, haben Sie denn eigentlich unseren Plenarantrag auf Aufstockung des Personals für Cybercrime im Juli noch abgelehnt, wenn Sie es jetzt machen? Das verstehe, wer will.

(Beifall bei der CDU)

Warum kommt der Verzicht auf die Einsparung der Richter- und Staatsanwaltschaften erst jetzt, fünf Tage vor dieser Haushaltsdebatte? Das ist doch pure Panik und hat mit berechenbarer Politik überhaupt nichts zu tun. So darf man mit Justiz nicht umgehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir, die CDU-Fraktion dieses Landtags, haben Ihre Einsparvorschläge von vornherein als indiskutabel abgelehnt. Wie recht wir hatten, zeigt auch die riesige Personalnot bei den Strafkammern, vor allem, aber nicht nur beim Landgericht Koblenz. Drogendealer müssen aus der Untersuchungshaft entlassen werden, weil ihr Prozess nicht terminiert werden kann. Genau davor haben wir, und nicht nur wir, sondern auch der Richterbund, schon länger gewarnt.

(Christian Baldauf, CDU: Hat er sich dafür schon entschuldigt?)

Ein dramatischer Vorgang, der dadurch vollends zum Skandal geworden ist, weil Sie, Herr Minister, uns das im Rechtsausschuss am letzten Donnerstag einfach verschwiegen haben. Am Freitag stand es dann in der Presse. Übermorgen erwarten wir in einer Sondersitzung des Rechtsausschusses dazu eine schlüssige Erklärung, Herr Minister.

(Carsten Pörksen, SPD: Völlig überflüssig!)

Kein Abbau von Richtern und Staatsanwälten. Das war unser Credo von Anfang an. Aber wir gehen sogar noch einen Schritt weiter.

Erst durch unsere Hartnäckigkeit im Rechtsausschuss wurde deutlich, wie verheerend die personelle Situation bei den Amtsanwältinnen und Amtsanwälten ist. Seit Jahren hat das SPD-geführte Justizministerium diese Entwicklung verschlafen. Statt damals, als durch den Rechnungshof ein Überhang bei den Grundbuchämtern diagnostiziert wurde, zu sagen, in Ordnung, wenn wir dort gezwungen sind, Stellen zu streichen, dann übernehmen wir die abzubauenen Stellen in die Amtsanwaltschaft, haben Sie zugesehen, wie die personelle Versorgung dort immer weiter in den Keller ging.

Nun wird es Jahre dauern, bis Menschen, die heute Rechtspflegeranwärter sind, als Amtsanwälte eingesetzt werden können. Die Situation ist nun so gravierend, dass immer öfter Staatsanwälte die Arbeit von Amtsanwälten mit erledigen müssen, was auf Dauer nicht ohne Auswirkungen auf deren eigene Dezernatsarbeit bleiben kann.

In dieser schwierigen Situation – Frau Klöckner hat es schon ausgeführt – halten wir es für vertretbar, ausnahmsweise auch Bewerber mit zweitem juristischen Staatsexamen auf Amtsanwaltschaften einzustellen. Mit den von uns vorgesehenen fünf zusätzlichen Stellen können sehr schnell die größten Lücken geschlossen werden. Ich fordere die Koalitionsfraktionen hiermit auf, diesen Weg gemeinsam mit uns zu gehen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Justizvollzug. Wir haben uns auch in Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren gesetzgeberisch und im Verwaltungsvollzug der Herausforderung eines modernen Behandlungsvollzugs gestellt. Vor allen Dingen bei der Sicherungsverwahrung war das nicht leicht. In der Gesetzgebung sehen wir schon jetzt Handlungsbedarf. Aber das ist ein Thema der neuen Wahlperiode. Not am Mann und Not an der Frau herrscht aber im Strafvollzug auch bei der Personalausstattung. Das duldet keinen Aufschub bis nach der Wahl.

Deutlich höhere Personalanforderungen in der Sicherungsverwahrung hat Rot-Grün haushaltsneutral durch Umschichtung aus dem allgemeinen Vollzugsdienst des normalen Strafvollzugs auffangen wollen. Dieses Experiment kann man nur als gescheitert bezeichnen.

Schauen Sie einmal nach Baden-Württemberg. Der dortige Justizminister schafft 36 neue Stellen im Strafvollzug, um unter anderem dem Problem zunehmend psychisch schwieriger Gefangener begegnen zu können. In Rheinland-Pfalz sind unsere Verhältnisse wirklich nicht anders als in Baden-Württemberg. Deswegen unser Antrag: Schaffen wir zehn neue Anwärterstellen im allgemeinen Vollzugsdienst, um dort eine bessere Personalausstattung gewährleisten zu können. Das wäre wichtig für die Sicherheit unseres Landes.

Herr Minister, schließen möchte ich nochmals mit einem Bezug zu Ihrer Koblenzer Rede. Dort haben Sie schön formuliert – ich darf zitieren –: Da, das heißt im Grundgesetz, heißt es, die rechtsprechende Gewalt ist den Richtern anvertraut. Das ist der einzige Ort, an dem unsere Verfassung von Vertrauen spricht. Dieses Vertrauen gilt der Justiz allgemein, den Richterinnen und Richtern, Rechtspflegern, Amtsanwälten, Staatsanwälten, Servicebereich, Wachtmeisterinnen und Wachtmeistern, Anwaltschaft, allen. Es begründet den Respekt, der der gesamten Justiz geschuldet ist, den Respekt, den die gesamte Justiz verdient, in all ihren Facetten und Bereichen. –

Herr Minister, aus Ihrem Mund klingt das nach allem, was ich heute hier ausgeführt habe, doch sehr nach Sonntagsrede. Für uns, die CDU-Landtagsfraktion, ist das aber Leitfadenschnur unserer Arbeit und wird es auch künftig bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Schließen möchte ich mit einem großen Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz, gleich, wo sie arbeiten. Sie erfüllen tagaus und tagein auch unter schwierigen Bedingungen unseren Rechtsstaat mit Leben. Was das wert ist, würden wir erst erkennen, wenn er plötzlich nicht mehr da wäre.

Einen ganz besonderen Dank möchte ich aber aus aktuellem Anlass an die in und aus der Justiz richten, die sich der größten Herausforderung unseres Landes stellen, den nicht abreißenden Flüchtlingsstrom, am Verwaltungsgericht Trier, wo hervorragende Arbeit geleistet wird, damit Rechtsmittelverfahren gegen Ablehnungsbescheide möglichst schnell erledigt werden, in den Familiengerichten, die sich mit dem wichtigen Thema unbegleiteter Minderjähriger auseinandersetzen müssen und – auch das soll hier besonders erwähnt werden – den zahlreichen Führungskräften unseres Strafvollzugs, die als Leiter von Erstaufnahmeeinrichtungen einen Knochenjob machen. Sie machen ihn gut.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Sippel das Wort.

Abg. Heiko Sippel, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dr. Wilke, zunächst einmal möchte ich sagen, das war wieder sehr viel Vergangenheitsbewältigung. Es liegt aber im Wesen der Haushaltsberatungen, dass es um die Zukunft geht.

Zunächst einmal zeigt sich in Zeiten wie diesen einmal mehr, wie wertvoll ein funktionierender Rechtsstaat ist. Die Justiz in unserem Land beweist das Tag für Tag. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen gelingt es in hohem Maße, den Rechtsgewährungsanspruch der Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen, effektiv für unsere Sicherheit einzutreten und Dienstleistungen auf einem sehr hohen und guten Qualitätsniveau zu erbringen. Deshalb gebührt allen Angehörigen der Justiz in Rheinland-Pfalz ein herzliches Dankeschön und unsere Anerkennung.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Justizhaushalt macht mit 8,5 Millionen Euro rund 5 % des Landeshaushalts aus. Es entbindet ihn aber gleichwohl nicht, auf dem Weg zur Einhaltung der Schuldenbremse seinen Beitrag zu leisten und sparsam mit den Haushaltsmitteln umzugehen. Das galt und gilt nach wie vor auch für den Personaletat, der in diesem Einzelplan zwei Drittel der Ausgaben ausmacht.

Jetzt kann man als Opposition bei allen öffentlichen Auftritten und auch heute hier wieder mehr Stellen versprechen, quasi das Füllhorn öffnen. Das kann man sicherlich machen, weil man nicht die Verantwortung für das Ganze hat.

Was ich aber für völlig verantwortungslos finde, lieber Herr Kollege Dr. Wilke, ist Ihr Versuch, die Aufhebung von

Untersuchungshaftbeschlüssen per se mit Personalmangel und damit mit einem Organisationsverschulden des Dienstherrn zu begründen. Sie wissen sehr genau, dass es da immer wieder unterschiedliche Gründe gibt. Deshalb haben Sie auch die Sondersitzung am Freitag beantragt,

(Carsten Pörksen, SPD: Völlig überflüssig!)

damit der Minister die Hintergründe erläutern kann. Das hält Sie aber dennoch nicht davon ab, heute diese Behauptungen – Frau Klöckner heute Morgen schon – aufzustellen, letztendlich mit dem Effekt, Menschen zu verunsichern. Das ist aus meiner Sicht verantwortungslos.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister Robbers, Sie haben Wort gehalten. Schon gleich nach Ihrem Amtsantritt haben Sie zugesagt, sich um die Interessen der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger zu kümmern. Das ist der Bereich in der Justiz mit der größten Personalunterdeckung. Sie ist deutlich größer als im Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften.

Schon in diesem Jahr haben Sie zehn Anwärterstellen neu geschaffen, die wir 2016 im Haushalt nachvollziehen. 2016 folgen weitere 15 Anwärterinnen und Anwärter. Es sind 24,5 Stellen, die eigentlich wegfallen sollten. Diese Stellen bleiben bestehen.

Herr Dr. Wilke, das waren übrigens Stellen, die vom Landesrechnungshof als entbehrlich angesehen wurden. Sie folgen gelegentlich dem Landesrechnungshof sehr stringent.

(Carsten Pörksen, SPD: Nur wenn es passt, sonst nicht!)

Es ist gut, dass wir uns in diesem Punkt einig sind. Noch einmal: 24,5 Stellen wären weggefallen, die uns jetzt erhalten bleiben, plus den Anwärterstellen, die wir bereits jetzt mit Prüfungsabsolventinnen und -absolventen besetzen können und die wir dann nach einer sehr fundierten Ausbildung in drei Jahren mittelfristig als dauernde Stellen sichern werden.

Auf dem Rechtspflegertag vor Kurzem wurde diese Aufstockung sehr anerkannt. Sie bringt jetzt bereits und mittelfristig noch mehr Entlastung der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger auch im Bereich der Amtsanwältinnen und Amtsanwälte.

Meine Damen und Herren, der ursprüngliche Haushaltsplanentwurf für den Einzelplan 05 sah zur Kompensation der Mehraufwendungen die Reduzierung von einer Stelle im Ministerbüro vor – diese Reduzierung wird auch erfolgen, wenn die Stelle nicht mehr besetzt ist – und darüber hinaus elf Richter- und Staatsanwaltschaftsstellen von insgesamt rund 1.200. Das ist schmerzlich, aber in Anbetracht der Notwendigkeiten bei den Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern, die in hohem Maß auch richterliche Aufgaben wahrnehmen und Gerichte entlasten, vertretbar gewesen. Auch vonseiten der Richterschaft gab es viele Signale des Verständnisses und der Solidarität.

Herr Justizminister, Sie haben gezeigt, dass eine flexible

Personalbewirtschaftung am Machbaren orientiert möglich ist, und zwar zunächst dadurch, dass Sie gesagt haben, es verbleiben drei Richterstellen für die Verwaltungsgerichtsbarkeit, um zu sehen, wie sich die Zahl der Asylverfahren weiter bewegt und entwickelt, und dass wir Vorsorge treffen, um dort ausreichendes Personal zur Verfügung zu stellen. Sie haben nach den schrecklichen Ereignissen in Paris weiter gehandelt, indem Sie drei zusätzliche Staatsanwältinnen und Staatsanwälte für den Staatsschutz und den Bereich Cybercrime vorgesehen haben. Das sind drei zusätzliche Stellen gegenüber dem Regierungsentwurf.

Es wurde doch nach Paris schnell klar, dass die Bedrohungslage auch für uns in Europa konkreter wird und sich die Menschen ernsthafte Sorgen machen. Deshalb war es richtig, dass die Erhöhung der Sicherheit als ganz vornehmliche und dringende Aufgabe gesehen wird und sich auch die Justiz darauf einstellt. Sie haben diese Entscheidung innerhalb von zwei Tagen getroffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, das haben Sie im Rechtsausschuss als zu schnell, unüberlegt und überhastet kritisiert.

Herr Minister, ich bin davon überzeugt, dass Ihnen der gegenteilige Vorwurf gemacht worden wäre, wenn Sie nur wenige Tage zugewartet hätten.

Meine Damen und Herren, darüber hinaus sorgen wir in Übereinstimmung mit dem Minister dafür, dass gegenüber dem Haushaltsentwurf fünf zusätzliche Richterstellen für die Verstärkung der Strafjustiz vorgesehen werden. Dort ist es eng. Es gibt sehr komplexe Verfahren insbesondere im Bereich Koblenz, die dort zu verhandeln sind. Sie binden Kräfte. Aber auch hier gilt klar eines zu unterstreichen.

Herr Minister, Sie haben bereits in der Vergangenheit immer dort schnell reagiert, wo es zusätzliche Bedarfe gab, gerade in Koblenz durch zusätzliche Stellen, die innerhalb weniger Tage geschaffen wurden und für Entlastung gesorgt haben.

In der Summe bleibt es bei 49,5 zusätzlichen Stellen für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger, ohne dass auf der anderen Seite Personal reduziert werden muss. Das ist ein schöner Erfolg des Haushalts 2016.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Baldauf – er ist leider nicht da – hat uns im Ausschuss Schönfärberei vorgeworfen. Ich meine, das kann nur einer sagen, der sich in Schwarzmalerei gut auskennt.

Meine Damen und Herren, wir haben mit dem Landesjustizvollzugsgesetz ein sehr modernes Regelwerk auf den Weg gebracht und jetzt mit dem Jugendarrestvollzugsgesetz komplettiert. Wir haben mit dem Resozialisierungsgedanken das Übergangsmanagement verstärkt, um Gefangene auf ein möglichst straffreies Leben nach der Haft vorzubereiten. Das dient nicht zuletzt unserer aller Sicherheit.

Mit der Reform der Sozialen Dienste haben wir einen weiteren Meilenstein gesetzt und die Zusammenarbeit der Dienste optimiert. Das vorliegende Gesetz über den So-

zialdienst in der Justiz schließt eine Regelungslücke und schafft die rechtlichen Grundlagen für den Datentransfer zwischen den Sozialen Diensten und der Justiz. Das findet unsere Zustimmung.

Wir freuen uns, dass es im Strafvollzug gelungen ist, trotz des Rückgangs der Gefangenenzahlen – die Zahlen gehen kontinuierlich Jahr für Jahr zurück – das Personal zu halten. Das ist eine wichtige Entscheidung. Es gibt in einzelnen Einrichtungen höhere Krankenstände. Das müssen wir ernst nehmen. Deshalb geben wir auch hier unsere Zustimmung zu dem Ansatz des betrieblichen Gesundheitsmanagements.

Hier gehen wir in der Justiz neue Wege. Das ist insbesondere für den Strafvollzug, aber für die Justiz insgesamt von großer Bedeutung. Wir sollten im Strafvollzug über eine Entlastung nachdenken, gerade was die Ersatzfreiheitsstrafen anbelangt. Wir sollten wirklich prüfen, ob es Alternativen gibt, weil diese sehr viel Personal gerade in der Vollzugsplanung binden.

Das Recht wird nicht nur dort geschaffen und geschützt, wo Recht gesprochen wird. Der Opferschutz in Rheinland-Pfalz nimmt traditionell einen hohen Stellenwert ein. Neben den Täterarbeitseinrichtungen, der Straffälligenhilfe und der Täter-Opfer-Hilfe sind es vor allem die Häuser des Jugendrechts, die durch eine enge Kooperation von Jugendhilfe, Polizei und Justiz eine schnelle und zielgenaue Reaktion auf Straftaten Jugendlicher ermöglichen. Wir sind sehr froh und dankbar, dass es jetzt gelungen ist, in allen Oberzentren des Landes – jetzt auch in Koblenz – Häuser des Jugendrechts einzurichten. Das ist ein Erfolgsmodell.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die nächsten Jahre werden weiter große Aufgaben mit sich bringen, wie die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs.

Herr Dr. Wilke, wir sind schon längst dabei. Es nicht so, dass wir bei null anfangen. Die Fachgerichtsbarkeiten sind längst soweit. Es wird die E-Akte kommen. Die Justiz wird sich stark verändern. Das Datenbankgrundbuch wird weitere Herausforderungen für die Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger mit sich bringen. Auch da hat der Minister angedeutet, dass er dafür sorgen wird, den entsprechenden Personaleinsatz zu generieren.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Bei alledem gilt es, die bürgernahe Justiz zu bewahren und eher an die Struktur der Aufgabenzuschneide als zuvorderst an die Struktur der Standorte zu gehen.

Abschließend darf ich feststellen: Wir haben eine gut funktionierende Justiz. Das merkt man allein im Bundesvergleich. Unsere Gerichte liegen, was die Kürze der Verfahrensdauern anbelangt, immer in den Spitzenfeldern. Das ist auch ein Grund zur Zufriedenheit und ein Grund, ein herzliches Dankeschön allen Beteiligten zu sagen.

Der vorliegende Haushalt findet unsere Zustimmung genauso wie das Rechtsbereinigungsgesetz zur Rechtsklar-

heit und zur Rechtsvereinfachung.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. Zum Thema Verbraucherschutz wird Frau Kollegin Simon Ausführungen machen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, begrüße ich als Gäste auf der Zuschauertribüne den CDU-Ortsverband Mutterstadt und Kultur + Politik e.V. Forum Heidesheim. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Kollegin Raue das Wort.

Abg. Katharina Raue, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Opposition findet warme Worte für ihre Justizpolitik und bemüht sich dabei nach Kräften, Gräben aufzuschütten. Ihre Fraktionsvorsitzende zündelt mit dem Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Damit ist kein Staat und erst recht keine seriöse Justizpolitik zu machen.

Darf ich Sie darauf hinweisen, dass Sie in dieser Legislaturperiode noch nicht ein einziges Mal im Haushalt Stellenausweitungen für die Justiz beantragt haben? Die Arbeitsbelastung der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger ist kein Thema für Sie, die Belastung im Justizvollzug ebenso wenig. Stattdessen haben Sie in den letzten Jahren allerorten Einsparungen verlangt, die im Justizhaushalt in globalen Minderausgaben von 2 bis 11,5 Millionen Euro jährlich gegipfelt haben.

Das Einzige, was Ihnen zum diesjährigen Haushaltsplan eingefallen ist, ist eine Ausweitung der richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Stellen, die wir regierungstragenden Fraktionen schon fast vollumfänglich umsetzen. Das wird der Bedeutung der Justiz und ihren vielfältigen Aufgaben nicht gerecht und ist keine kompetente Justizpolitik.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Hören Sie auf, falsche Behauptungen in die Welt zu setzen. Unsere Justiz ist – das lassen Sie mich an dieser Stelle ausdrücklich feststellen – sehr gut aufgestellt, und sie erfüllt ihre wichtigen Aufgaben auch im Bundesvergleich sehr gut.

Die Wege zu unseren Gerichten sind konkurrenzlos kurz. Verfahren können schnell bearbeitet werden. Unsere Richterinnen und Richter sprechen Recht auf hohem Niveau. Gemeinsam mit Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern und dem Personal in den Geschäftsstellen und im Wachdienst stellen sie sicher, dass Anliegen der Rechtsuchenden schnell und kompetent bearbeitet werden.

Gerichtsverfahren werden immer aufwendiger, Rechtsfra-

gen immer komplexer. Das führt dazu, dass die Belastungen der Rechtspflege immer weiter steigen, auch wenn sich die Anzahl der anhängigen Verfahren nicht nennenswert verändert. Die Belastungszahlen, die uns das Personalbedarfssystem PEBB\$Y vorgibt, sind immer aussagekräftig. Hier steuern die Regierungsfaktionen gegen.

Die Staatsanwaltschaften leisten ebenfalls ihren Beitrag für die Sicherheit in Rheinland-Pfalz, aber auch darüber hinaus. Die Konzentration von Zuständigkeiten bewährt sich. Das zeigt der Ruf nach der Einführung von immer weiteren Zentralstellen.

Die Zentralstelle Cybercrime bei der Generalstaatsanwaltschaft in Koblenz ist eine gesuchte Ansprechpartnerin für die Sicherheitsbehörden in Rheinland-Pfalz wie auch bundesweit. Mit einem Änderungsantrag wollen wir hier drei neue Stellen schaffen und damit auch die Bekämpfung staatsgefährdender Straftaten stärken.

Mit einer großen Kraftanstrengung ist es gelungen – diese können Sie, meine Damen und Herren von der CDU, bei allem Bemühen nicht kleinreden –, fast 50 Stellen für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger neu zu schaffen oder dauerhaft zu sichern. Damit entlasten wir nicht nur die Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger selbst, sondern wir schaffen mittelbar auch Entlastung im richterlichen und vor allem auch im staatsanwaltschaftlichen Dienst.

Auch wenn vor diesem Hintergrund die im Entwurf vorgeschlagenen Stelleneinsparungen im richterlichen Dienst vertretbar erschienen, haben wir uns dennoch entschlossen, gemeinsam mit der Fraktion der SPD die Einsparungen so nicht umzusetzen und fünf weitere Stellen für Richterinnen und Richter sowie drei weitere Stellen für die Staatsanwaltschaften zu schaffen.

Die Justiz muss nicht nur den gegenwärtigen Anforderungen entsprechen können, sondern auch für die Zukunft personell gut aufgestellt sein. Das bringen wir hiermit auf den Weg.

Ein wichtiges Projekt in der Justiz ist die psychosoziale Prozessbegleitung. Bei Strafprozessen sind Zeugen und Opfer oft einer besonderen Belastungssituation ausgesetzt. Dies haben wir erkannt und praktizieren schon seit geraumer Zeit eine psychosoziale Begleitung dieser Menschen im Strafprozess. Für 2016 sieht der Haushalt hier Mittel in Höhe von 30.000 Euro vor. Damit können wir diesen Bereich stärken.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ebenfalls eine Zukunftsaufgabe ist die weitere Einführung von Digitalisierung und elektronischem Rechtsverkehr. Auch hier ist der Haushalt gut aufgestellt. Allein für die Einführung des Datenbankgrundbuchs stehen in diesem Jahr 1,2 Millionen Euro zur Verfügung.

Der Strafvollzug ist ein wichtiger Bestandteil unserer Rechtspflege. Ich möchte mich bei unseren Bediensteten im Justizvollzug bedanken.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Unter sich immer weiter wandelnden Bedingungen und mit einer hohen Beanspruchung leisten sie gute und kompetente Arbeit. Vor zwei Jahren haben wir dem Strafvollzug mit dem Landesjustizvollzugsgesetz eine neue moderne Grundlage gegeben. Es stellt uns vor die Verpflichtung, den Justizvollzugsbediensteten in Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen auch das entsprechende Handwerkszeug an die Hand zu geben. Justizvollzugsbeamtinnen und -beamte leisten ihren Dienst unter belastenden Bedingungen. Der Krankenstand ist hoch. Daher ist es sehr zu begrüßen, dass das Gesundheitsmanagement nun auch hier professionell aufgestellt werden soll und dafür mit 50.000 Euro auch ausreichend Mittel im Haushalt zur Verfügung stehen.

Der Strafvollzug ist auf die Resozialisierung der straffällig gewordenen Menschen ausgerichtet. Einen wichtigen Beitrag dazu leisten psychotherapeutische Ambulanzen. Sie bieten therapeutische Angebote für Straftäter, die Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung begangen haben. Betroffen durch diese Straftaten sind mit Frauen und Kindern immer die Schwächsten in unserer Gesellschaft.

Seit diesem Jahr gibt es eine solche Einrichtung nicht nur in Trier, sondern auch in Koblenz. Die Begleitung und Nachsorge sind wirksame Präventionsmaßnahmen und damit ein effektiver Opferschutz. Die Ausweitung dieses Angebots und die dafür vorgesehenen Mittel von insgesamt 230.000 Euro begrüßen wir ausdrücklich.

In diesem Zusammenhang haben wir auch zwei Gesetze zu verhandeln. Zunächst handelt es sich um das Rechtsbereinigungsgesetz. Die Rechtsmaterie wird immer komplexer. Die Anzahl von Vorschriften, Gesetzen und Verordnungen, die Bürgerinnen und Bürger zu beachten und die Gerichte anzuwenden haben, ist gelegentlich schwer überschaubar. Deshalb ist es gut, dass entbehrlich gewordene oder überholte Vorschriften aufgehoben werden. Mit dem Rechtsbereinigungsgesetz werden ein Gesetz und 21 weitere Rechtsverordnungen, die im Laufe der Zeit obsolet geworden sind, aufgehoben.

Ein weiteres Gesetz betrifft die Änderung des Landesgesetzes über den Sozialdienst der Justiz. Wir schaffen hiermit eine sichere Rechtsgrundlage für den Datenaustausch, wenn Menschen aus der Haft entlassen werden und der Bewährungshilfe unterstellt werden sollen.

Um dieses sogenannte Übergangsmanagement effizient gestalten zu können, soll der Datenaustausch zwischen dem Sozialdienst der Justiz und dem Justizvollzug erleichtert werden. Das klingt bürokratisch, ist aber ein wichtiger Baustein zur Stärkung des Übergangsmanagements und zur Sicherstellung, dass Haftentlassene nach ihrer Entlassung nicht mehr betreut werden, sondern von der Bewährungshilfe aufgefangen werden, auch wenn sie noch keinen weiteren Wohnort gefunden haben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Damit werden wir die Haftentlassenen frühzeitig erreichen

und vermeiden Doppelerhebungen von Daten. Wir begrüßen die neuen Regelungen und werden ihnen zustimmen.

Ich stelle noch einmal fest, unsere Justiz muss in allen Bereichen hohen Anforderungen genügen. Sie muss mit großer Kompetenz immer komplexere Rechtsfragen und Lebenssachverhalte bewältigen. Sie steht dabei auch personell vor großen Belastungen. Das gilt gleichermaßen für die Rechtsprechung, die Strafverfolgung und den Strafvollzug.

Mit dem vorgelegten Haushalt stellen wir diesen Bereich zukunftsfähig auf. Der vorgelegte Haushaltsentwurf der Landesregierung wird diesen Anforderungen gerecht. Er zeichnet sich durch eine solide Planung und Gegenfinanzierung sowie den Verzicht auf globale Minderausgaben aus. Er schafft personelle Entlastungen und stärkt das Gesundheitsmanagement. Er sorgt dafür, das Vertrauensverhältnis zur Justiz zu stärken und Gräben zuzuschütten.

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich bitte Sie, diesem Haushalt zuzustimmen und die Gräben nicht noch weiter aufzureißen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die CDU-Fraktion hat Frau Kollegin Schäfer das Wort.

Abg. Dorothea Schäfer, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter! Mit unseren Haushaltsanträgen und unserem Entschließungsantrag setzen wir, die CDU-Fraktion, ein Zeichen für eine Stärkung des Verbraucherschutzes in unserem Land. Wer die Verbraucherkompetenz nachhaltig stärken will, muss dafür auch nachhaltige Strukturen schaffen. Genau das wollen wir erreichen.

Wir sind der festen Überzeugung, dass der Verbraucherschutz unabhängige Vertreterinnen und Vertreter braucht. Das ist in erster Linie die Verbraucherzentrale, die mit ihrem Personalstamm ein immenses Spektrum an Verbrauchertemen im Blick hat und sich immer neuen Themen stellen muss.

Auch andere Kooperationspartner in verschiedenen speziellen Themenbereichen, wie Ernährung, Finanzen, Digitalisierung, Energie und Pflege, um nur einige zu nennen, leisten ebenfalls einen besonderen Beitrag zur Verbraucherbildung. Hier nenne ich beispielsweise die Landfrauen. Ihnen allen sagen wir an dieser Stelle Dank für ihr Engagement für den Verbraucherschutz.

(Beifall der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir bemerken seit einigen Jahren zusehends, dass das Land ebenfalls in die Verbraucherbildung eingestiegen ist – beispielsweise durch den

Datenschutzbeauftragten –, womit es Geld in Anspruch nimmt, das unseres Erachtens den Kooperationspartnern zukommen sollte, die nämlich als Unabhängige Verbraucherbildung gewährleisten.

Nicht nur wir, sondern alle Fraktionen wurden von der Verbraucherzentrale informiert. Es wurde uns dabei nachvollziehbar deutlich gemacht, dass die Verbraucherzentrale kurz vor einem Stellenabbau steht. Hintergrund ist, dass seit einigen Jahren die institutionelle Förderung konstant geblieben ist und sie es nach den Vorstellungen der Landesregierung offenbar noch bleiben soll. Zumindest ist das im Regierungsentwurf so dargestellt. Es sei denn, dass Sie, die Koalitionsfraktionen, unserem Antrag zustimmen. Dann kann das nämlich geändert werden.

Wir haben erkannt, dass es die Notwendigkeit gibt, die Tarifsteigerungen zu berücksichtigen. Es ist eigentlich ganz selbstverständlich und normal, dass das geschieht, aber im Fall der Verbraucherzentrale ist das in den vergangenen Jahren nicht erfolgt, sondern sie ist konstant geblieben. Deshalb haben wir als CDU-Fraktion die erforderlichen finanziellen Mittel für die Verbraucherzentrale beantragt. Damit kann gewährleistet werden, dass gerade die freie halbe Stelle für die Versicherungsberatung in der Beratungsstelle Ludwigshafen wiederbesetzt werden kann und darüber hinaus weitere Aufgaben angegangen werden können, was sonst nicht möglich wäre.

Meine Damen und Herren, es ist wichtig, dass die Verbraucherzentrale auch über ihre Außenstellen präsent ist. Es ist klar, dort ist die Personaldecke relativ klein. Es ist daher auch klar, dass jede halbe Stelle dort fehlt und die Verbraucherzentrale diese halbe Stelle besetzt bekommt.

Wir meinen auch, dass der Datenschutzbeauftragte seinen Etat im Bereich der Staatskanzlei hat und dass von dort die entsprechenden Mittel kommen sollen.

(Beifall der CDU)

Ein weiteres Problem möchten wir ansprechen, nämlich das Thema Verbraucherbildung an Schulen, um das wir lange gerungen haben. Sie wissen, dass ich darauf immer wieder zu sprechen komme. Wir hatten uns in der vergangenen Legislaturperiode über alle Fraktionen hinweg darauf geeinigt, dass auch die Schulen darin eingebunden werden sollen, damit Verbraucherbildung von früh an vermittelt werden kann. Ich will das nicht noch einmal im Einzelnen darstellen, aber es ging uns um einen nachhaltigen Konsum, der sehr verschiedene Bereiche der Verbraucherbildung umfasst. Das sind beispielsweise Finanzmarkt, Verbraucherrecht, Ernährung, Gesundheit, Informationen zu Medien.

Ergebnis war, es wurden Richtlinien erstellt, mit denen fächerübergreifend Verbraucherbildung an den Schulen umgesetzt werden kann. Realistisch betrachtet sehen wir allerdings, dass es da noch ziemlichen Handlungsbedarf gibt und die Schulen in dem Maße, wie das von ihnen gefordert ist, das so nicht umsetzen können. Deshalb ist es notwendig, dass wir uns diesem Thema noch einmal widmen. Wir haben deshalb einen Entschließungsantrag eingebracht, mit dem wir beantragen, dass auch die Schulen in die Verbraucherbildung einbezogen werden sollen,

indem sie insbesondere mit den Kooperationspartnern, die wir im Bereich des Verbraucherschutzes haben, vertiefter zusammenarbeiten.

Dazu gehört dann im Übrigen auch, dass man nicht nur Richtlinien hat, sondern es auch eine Aus- und Fortbildung der Lehrer an den Schulen gibt, damit sie dieser Aufgabe wirklich gerecht werden können.

An dieser Stelle sei noch ganz kurz gesagt, weil es auch das Thema Ernährung betrifft, wir haben als CDU-Fraktion zu Beginn dieser Legislaturperiode mit großer Sorge gesehen, dass die Ernährung aus dem bisherigen Verbraucherschutzbereich herausgenommen worden ist. Das kann man natürlich machen; denn es gibt andere Beispiele, bei denen einzelne Bereiche nach wie vor unterschiedlichen Ressorts zugeordnet sind. Wichtig ist aber, dass einer in der Regierung den Hut auf hat, der koordiniert und die Dinge zusammenfügt, damit Verbraucherschutz wirklich gewährleistet ist.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, das fehlt uns, und das muss sich in der Zukunft ändern.

Einen letzten Punkt möchte ich noch ganz kurz streifen, obwohl das ein ganz wichtiger Punkt ist, zu dem wir eine richtige Kernkompetenz haben. Das ist nämlich der Bereich der Lebensmittelüberwachung. Im Ausschuss haben wir uns mit dem Landesuntersuchungsamt beschäftigt. Es sind wieder vermehrt Gelder für das Landesuntersuchungsamt eingestellt worden. Das ist gut, damit es seine Großgeräte finanzieren kann, die sehr teuer sind, weil es um das Messen sehr, sehr feiner Werte geht. Was uns fehlt, ist aber ein transparenter Überblick darüber, was wir wirklich an Großgeräten brauchen; denn die wenigen, die wir genannt bekommen haben, scheinen uns nicht so transparent dargelegt zu sein, dass man davon ausgehen kann, dass das wirklich für die Zukunft reicht.

(Glocke der Präsidentin)

Das ist eine Baustelle, die in der nächsten Regierungszeit angegangen werden muss.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Simon.

Abg. Anke Simon, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Ländervergleich liegt Rheinland-Pfalz bei der Förderung des Verbraucherschutzes mit auf den vorderen Plätzen. Das liegt natürlich auch an der guten Zusammenarbeit mit Partnern, wie zum Beispiel der Verbraucherzentrale. Daher haben wir auch die Verbraucherzentrale gestärkt, und zwar seit Jahren. Die Grundförderung von 1,7 Millionen Euro bewegt sich auf einem hohen Niveau.

Darüber hinaus haben wir eine Verpflichtungsermächtigung bis 2018 in den Haushalt eingestellt. Das gibt es nur für wenige Organisationen. Uns war es wichtig, dass die Verbraucherzentrale eine Planungssicherheit erhält, die bis 2018 gegeben ist.

Ein weiterer Punkt ist, dass wir die Verbraucherzentrale von der allgemeinen Kürzung von 2 % ausgenommen haben. Auch das ist nicht in allen Bereichen der Fall. Jeder, der weiß, wie unser Haushalt gestrickt ist und dass wir eine Schuldenbremse einzuhalten haben, sieht die Wertschätzung, die wir gegenüber der Verbraucherzentrale zum Ausdruck bringen.

In unserem Entschließungsantrag haben wir noch einmal ausführlich dargestellt, bei welchen Projekten wir mit der Verbraucherzentrale zusammenarbeiten. Insbesondere den neu aufgenommenen Punkt der Beratung der Flüchtlinge möchten wir an dieser Stelle begrüßen.

Ein Dankeschön insgesamt an alle Partner, mit denen wir zusammenarbeiten. Das sind – Frau Schäfer hat es schon gesagt – die Verbraucherzentrale, die Landfrauen und alle anderen, die im Verbraucherschutz tätig sind.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir können allerdings den Deckblättern, die die CDU vorgelegt hat, nicht folgen. Das Ministerium hat nämlich mit dem Verbraucherdiallog ein Format entwickelt, das es aus unserer Sicht weiter auszubauen gilt. Die Deckblätter der CDU vermitteln im Moment den Eindruck, dass das Ministerium, wenn wir das umschichten würden, nur noch ein Anhängsel der Verbraucherzentrale und der Minister praktisch ein Kassenwart wie bei einem Verein wäre, bei dem man dann nur die Rechnungen abgeben muss. Dies zeigt aus meiner Sicht ein seltsames Politikverständnis. Ich erwarte von einem Minister auch einen politischen Gestaltungswillen. Dafür muss das Parlament auch ein entsprechendes Budget zur Verfügung stellen.

Da die beiden Positionen, die Sie in Ihren Deckblättern angegeben haben, auch noch gegenseitig deckungsfähig sind, denke ich, dass die Verbraucherzentrale aus dieser Position auch noch Projekte finanziert bekommen kann, sodass also über die Grundförderung hinaus die Verbraucherzentrale weitere Mittel aus diesem Ministerium erhält, von den anderen Ministerien ganz zu schweigen. Wir haben es breit gefächert, wie Sie das in Ihrem Entschließungsantrag angedeutet haben, mit einer Querschnittsaufgabe zu tun. Überall sind also noch einmal Projektmittel enthalten, mit denen die Verbraucherzentrale arbeiten kann.

Das dritte Deckblatt mit dem eingereichten Entschließungsantrag zeigt, was Frau Schäfer sehr gerne aufgreift, dass das in verschiedenen Ministerien angesiedelt ist. Gerade Ihr Entschließungsantrag zur Schulbildung zählt für mich zum Bereich Bildung und wird morgen im Rahmen dieses Einzelplans und nicht beim Einzelplan 05 diskutiert. Daher werden wir ihn unter dem Einzelplan 05 auf jeden Fall ablehnen. Ich habe mich noch einmal mit Bettina Brück unterhalten. Die Dinge, die Sie da fordern, werden schon umgesetzt. Ich weiß nicht, ob Sie das im Haushalt nicht erkannt haben, aber im Bereich der schulischen Bildung

wird schon sehr viel im Unterricht getan. Das habe ich bei uns auch schon feststellen können. Auch in dem Bereich befinden wir uns also auf einem guten Weg. Daher müssen wir dem Entschließungsantrag nicht zustimmen, weil sich das alles schon – wie gesagt – in der Umsetzung befindet.

Erwähnen möchte ich auch die zwei Stellen im Landesuntersuchungsamt, die für die IKER, die interdisziplinäre Kontrolleinheit Rheinland-Pfalz, geschaffen wurden. Das war am Anfang der Legislaturperiode eine Folge aus der EHEC-Krise, als wir gesagt haben, wir brauchen eine Kontrolleinheit, die auch die Kommunen unterstützt und das Ganze etwas steuert. Diese ist geschaffen worden. Ich möchte mich ausdrücklich bei Herrn Minister Robbers bedanken, dass dies umgesetzt wurde und IKER so gut funktioniert.

Auch die 100.000 Euro Erhöhung für die Geräteanschaffung auf 1 Million Euro im Landesuntersuchungsamt zeigt, dass wir dort auf dem aktuellen technischen Stand bleiben können. Das ist auch wichtig für den Verbraucherschutz.

Ich möchte aber noch auf eine Äußerung von Frau Klöckner eingehen, die sie heute Morgen getätigt hat und die auch schon in Ausschüssen geäußert worden ist.

(Carsten Pörksen, SPD: Heute Mittag!)

Ich finde es nicht in Ordnung, dass es ins Lächerliche und auf eine persönliche Ebene gezogen wird, wenn der Minister eine Sommerreise zum Verbraucherschutz macht.

(Glocke der Präsidentin)

Ich bin froh, dass er nicht nur ein Justizminister, sondern auch ein Verbraucherschutzminister ist.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Carsten Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Kollegin Besic-Molzberger.

Abg. Nicole Besic-Molzberger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Frau Präsidentin – Sehr geehrte Damen und Herren! Verbesserungen beim Verbraucherschutz wünschen sich vier von fünf Wahlberechtigten in Deutschland. Zu diesem Ergebnis kam eine Umfrage der Verbraucherzentralen. Wir GRÜNE im Landtag Rheinland-Pfalz verstehen uns als politische Stimme für die Verbraucherinnen und Verbraucher, die ein Recht auf verbraucherfreundliche Spielregeln für einen fairen und transparenten Markt haben; denn Verbraucherschutz steht im Dienst der Allgemeinheit.

Wir GRÜNE haben das Leitbild der Nachhaltigkeit erstmals auf die verbraucherpolitische Tagesordnung gesetzt. Wir sorgen uns darum, wie sich Konsum gesundheitlich, aber

auch ethisch, ökonomisch und umweltbezogen auswirkt. Die Verbraucherinnen und Verbraucher wollen sich einfach und schnell über die Vorteile für Mensch und Umwelt informieren können.

Ein hohes Verbraucherschutzniveau, ein flächendeckendes Angebot an persönlicher Information und Beratung der Verbraucherinnen und Verbraucher, die Durchsetzung bestehender Rechte, sichere Lebensmittel und Produkte sowie transparente und offene Informationen über die Kontrollergebnisse der Überwachungsbehörden sind wichtige Voraussetzungen für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Uns geht es in der Verbraucherpolitik um Mündigkeit statt Bevormundung, auch wenn man uns immer wieder sehr gerne vorwirft, wir wären die Verbotsparterie, aber ich finde, da ist die CDU im Moment ganz weit vorne.

(Gerd Schreiner, CDU: Veggieday!)

Es geht um die freie Entscheidung jeder und jedes Einzelnen. Ohne Aufklärung kann es aber weder Freiheit noch Mündigkeit geben. Hier leistet die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz hervorragende Arbeit. Ob Information, Bildungsangebote oder persönliche Beratung, die Verbraucherzentrale steht den Verbraucherinnen und Verbrauchern zur Seite.

Die äußerst kompetente, sehr umfangreiche und immer stärker nachgefragte Verbraucherberatung weiter auszubauen und zu verstetigen, bleibt unsere zentrale Aufgabe. Es geht uns GRÜNEN dabei vor allem um die unabhängigen Verbraucherschutzstrukturen und damit um unabhängige Informationen. Verbraucherinnen und Verbraucher, die nicht wissen, was die Produkte und Dienstleistungen enthalten, die sie kaufen, sind nicht frei in ihren Entscheidungen.

Hier ein kurzer Exkurs zu den Deckblättern der CDU-Fraktion zum Verbraucherschutz. Wenn man aus dem Titel für Produktsicherheit 200.000 Euro herausnimmt – in diesem Titel stecken definitiv ganz viele Projekte der Verbraucherzentrale, die darüber finanziert werden – und dann die Grundförderung um 150.000 Euro aufstockt, finde ich, hat man da eine unglaubliche Augenwischerei betrieben, weil letztendlich wird dann die Verbraucherzentrale unter dem Strich weniger Geld haben als jetzt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Zuruf der Abg. Dorothea Schäfer, CDU)

Sie haben noch nicht einmal dargelegt, was Sie mit dem Geld machen wollen, das Sie dann noch aus dem Datenschutz herausnehmen. Das sind die 127.000 Euro. Wir haben Kürzungen von 327.000 Euro, dem 150.000 Euro Aufwuchs für die Grundförderung der Verbraucherzentrale gegenüberstehen. Dann bleiben 177.000 Euro übrig, zu denen überhaupt nichts zu finden ist, was damit gemacht werden soll. Die werden wahrscheinlich eingespart, aber das schadet dem Verbraucherschutz in Rheinland-Pfalz.

(Vereinzelt Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und SPD –
Zuruf der Abg. Dorothea Schäfer, CDU)

Das Verbraucherschutzministerium verhandelt zurzeit die neue Vereinbarung zur Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz. Die Vereinbarung soll der Verbraucherzentrale vor allem Planungssicherheit für mehrere Jahre geben. Die Verhandlungen bieten die Chance, die alte Vereinbarung zu verbessern, zum Beispiel durch eine Dynamisierung der Grundförderung, damit Tarifsteigerungen in der Zukunft besser abgefangen werden können. Außerdem sollten die finanzierten Projekte, die schon einige Jahre laufen und weit über den Projektstatus hinaus sind, überprüft und gegebenenfalls ebenfalls verstetigt werden.

Ebenfalls notwendig sind eine gut aufgestellte Lebensmittelüberwachung, aber auch wirksame Gesetze, damit Täuschungsfälle aufgedeckt und nicht unter den Teppich gekehrt werden können. Dafür brauchen wir klare Anforderungen an die Eigenkontrollen der Lebensmittelwirtschaft und Meldepflichten, wenn Unternehmen Täuschungsfälle aufdecken. Das gilt übrigens auch für die Automobilindustrie.

Außerdem brauchen wir auf EU- und Bundesebene funktionierende Frühwarnsysteme, damit Betrugsanreize frühzeitig entdeckt werden können. Die internationalen Strukturen in der Lebensmittelverarbeitung müssen sich in der Kontrollstruktur widerspiegeln. Für überregional tätige und sensible Betriebe sind auch überregional tätige interdisziplinäre und spezialisierte Kontrolleinheiten der Länder nötig. Mit IKER haben wir den ersten Schritt in diese Richtung gemacht.

Um die notwendigen Kontrollanforderungen adäquat wahrnehmen zu können, müssen die öffentlichen Behörden sowohl technisch als auch personell angemessen ausgestattet sein. Die Erhöhung des Budgets des Landesuntersuchungsamts ist daher sehr zu begrüßen.

Aus grüner Sicht sollten mittelfristig aber auch Unternehmen und Betriebe je nach Leistungsfähigkeit in die Pflicht genommen werden, sich entsprechend an der Finanzierung dieser Aufgaben zu beteiligen. Verbraucherschutz geht uns schließlich alle an, auch wenn das schon mal in Vergessenheit gerät.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die Landesregierung spricht Herr Professor Robbers.

Prof. Dr. Gerhard Robbers, Minister der Justiz und für Verbraucherschutz:

Verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordnete! Es ist gut, dass wir uns wenigstens in einem Punkt alle einig sind, aber das ist ein zentraler Punkt: Die Justiz ist tragende Säule unseres Rechtsstaats und Garant

der Sicherheit. Das ist ein enormer Standortvorteil. Für eine gute Wirtschaft und für jeden Bürger und für jede Bürgerin ist eine gute Justiz so wichtig wie der fließende Verkehr und wie das schnelle Internet. Wir stellen hohe Anforderungen an die Justiz. Die Justiz in unserem Land macht eine hervorragende Arbeit.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie belegt Spitzenplätze in der Bundesrepublik. Sie ist zum Beispiel bei den Asylverfahren Spitze. Dafür danke ich.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, deshalb müssen Gerichte, Staatsanwaltschaften, der Justizvollzug und der Verbraucherschutz angemessen ausgestattet sein. Nur dann kann die Justiz auch weiterhin die vielfältigen und schwierigen Aufgaben gut und schnell für die Menschen bewältigen. Ganz besonders ist der Einsatz aller Mitarbeiterinnen und aller Mitarbeiter im gesamten Geschäftsbereich – auch im Verbraucherschutz – vorbildlich. Ihnen allen gilt mein ausdrücklicher Dank für ihr hohes Engagement und für ihre großartige Arbeit.

(Beifall der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das zeigt sich vor allem in besonderen Situationen. Gerade jetzt bei der Bewältigung des Flüchtlingszuzugs gehen die Mitarbeitenden hin und leiten oder fördern Aufnahmeeinrichtungen neben ihrer normalen Arbeit an Samstagen, Sonntagen und nachts. Ich finde das Klasse.

(Beifall der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie beschweren sich nicht, sondern sie machen das einfach.

Jetzt machen Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und auch Anwälte ehrenamtlich beim neuen Werte- und Integrationsunterricht mit, den wir von unserem Ministerium aus für die Flüchtlinge neu anbieten,

(Alexander Schweitzer, SPD:
Hervorragende Idee!)

damit die sich ganz schnell integrieren können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Carsten Pörksen, SPD: Da braucht man nichts zu unterschreiben!)

– Da braucht man nichts zu unterschreiben. Da kann man hingehen und lernen. Wir haben schon ganz viele freiwillige Anmeldungen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun ist der Haushalt 2016 durch finanzpolitische und verfassungsrechtliche Vorgaben geprägt. Das sind gewaltige finanzpolitische Herausforderungen. Auch die Justiz und

der Verbraucherschutz stellen sich diesen Herausforderungen. Wir üben strenge Ausgabendisziplin. Wir gehen effizient mit den verfügbaren Ressourcen um, und wir tragen zu den notwendigen Einsparungen für die Haushaltskonsolidierung bei.

Wir sorgen dabei für die weitere Modernisierung der Justiz. Der elektronische Rechtsverkehr, die elektronische Akte, das Datenbankgrundbuch, all das ist entweder schon in Funktion oder im Werden.

Wir schaffen es auch, insgesamt mit diesem Haushalt – das kann man nun schlechtreden oder nicht – gut über 50 neue Stellen in den Geschäftsbereich der Justiz zu bringen, über 50 neue Stellen durch frühzeitige Maßnahmen im laufenden Haushaltsjahr und die Absicherung in diesem Haushalt,

(Dr. Axel Wilke, CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

und zwar bei Richtern, bei Staatsanwälten, bei den Rechtspflegern, besonders dort. Wenn Sie also sagen, Herr Abgeordneter Dr. Wilke, dass einfach nur kw-Vermerke wegfallen, dann muss ich sagen, nein, die meisten Stellen, jedenfalls ganz viele dieser Stellen mit den kw-Vermerken

(Dr. Axel Wilke, CDU: Aha!)

sind bereits unbesetzt und schon weg. Jetzt kommen sie neu auch in diesem Sinne und nicht nur haushaltstechnisch.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fast 50 Stellen für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger.

(Dr. Axel Wilke, CDU: Das kann man jetzt glauben oder nicht!)

Zur Kompensation dieser zusätzlichen Rechtspflegerstellen waren Einsparungen bei mir im Ministerium geplant – ich fange bei mir selbst im Ministerbüro an, dabei bleibt es –, dazu Einsparungen im justiziellen Geschäftsbereich. Das war damals richtig. Das war damals verkraftbar und gewiss schwierig. Aber die Zeiten ändern sich. Ich habe damals schon gesagt, wenn es erforderlich ist, können wir nachsteuern.

Hier sind jetzt unvorhersehbare, schnelle und erhebliche Änderungen gekommen. Es sind viele Flüchtlinge gekommen. Deshalb ist schon im Haushaltsentwurf anders als ursprünglich geplant auf die Einsparung von mehreren Richterstellen verzichtet und auf spätere Jahre verschoben worden.

Dann kamen die schrecklichen Terroranschläge am 13. November 2015 in Paris. Wir brauchen jetzt zusätzlich und schnell ein Sicherheitspaket für noch größere Flexibilität, deshalb drei Staatsanwaltschaften und fünf Stellen für Richterinnen und Richter gegenüber der ursprünglichen Planung neu. Das schützt die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Das sichert den flexibleren Personaleinsatz. Das sichert zusätzlich die Stellen ab, die schon im laufenden Haushalt zusätzlich und schnell an das Landgericht

Koblenz zur Bewältigung der ganz besonderen Kumulierung von Verfahren gegeben wurden.

Nun zu den Fällen in Koblenz. Sie, Herr Dr. Wilke, und auch Ihre Fraktionsvorsitzende, Frau Abgeordnete Klöckner, haben sich daran fast festgebissen. Ja klar, die Richterinnen und Richter, die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte arbeiten bis zum Anschlag, ja, wie alle in der Justiz. Die Gerichte sind stark belastet, gerade in Koblenz. Deswegen sind schon im laufenden Haushaltsjahr zusätzliche Richter nach Koblenz gegangen, und zwar sofort und genauso viele wie von dort angefordert. Deswegen auch über 50 neue Stellen in der Justiz überhaupt.

Wie mit den Stellen umgegangen wird, ist Sache des Geschäftsbereichs, der Präsidien und der Gerichte in richterlicher Unabhängigkeit. Da dürfen wir uns gar nicht einmischen. Das achten wir. Das ist Verfassungsrecht, das selbstverständlich zu achten ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt viele Haftprüfungen. Dauernd gibt es das. 1998 waren es 260 Haftprüfungen. Im Jahr 2000 gab es 165 und 16 Aufhebungen. 2015, also in diesem Jahr, werden wohl etwas über 60 statt 260 Haftprüfungen mit einigen wenigen Aufhebungen anfallen. Diese Entscheidungen ergehen in richterlicher Unabhängigkeit. Für Haftentlassungen gibt es viele Gründe.

Sie behaupten einfach, das liege hier nur an personellen Engpässen. Das ist doch reine Spekulation. Die Entscheidungen selbst sagen das überhaupt nicht. Haben Sie die überhaupt gelesen? Da steht nur, es könne nicht rechtzeitig terminiert werden vor Ablauf der Sechs-Monats-Frist. Nichts weiter. Dafür kann es viele Gründe geben.

(Dr. Axel Wilke, CDU: Welche?)

In einem Fall neulich – ein anderer Fall – war ein Zeuge erkrankt. Deswegen konnte nicht rechtzeitig terminiert werden.

Mir ist vom Gericht über diese zwei Haftentlassungen zusammen berichtet worden. Bei dem einen Fall seien noch weitere Ermittlungen anzustellen gewesen. Beim anderen Fall sei kein geeigneter Sachverständiger gefunden worden, und der Verteidiger habe zu dem vorgesehenen Termin keine Zeit gehabt.

(Carsten Pörksen, SPD: Aha!)

Kein Wort zu personeller Belastung.

(Carsten Pörksen, SPD: Was ist das denn?)

Da muss auch kein Ausschuss informiert werden.

(Carsten Pörksen, SPD: Aber sich aufblasen wie verrückt!)

Ja, in der Justiz wird bis zum Anschlag gearbeitet, auch in Koblenz. Aber Sie von der Opposition benutzen die Justiz nur für Ihre politischen Zwecke. Das weise ich zurück.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Haushalt steht flexibel. Es sollen auch wegen der Prüfung des Rechnungshofs in der Arbeitsgerichtsbarkeit insgesamt fünf dort entbehrliche Richterstellen in andere Geschäftsbereiche umgesetzt werden. Flexibel, also dort, wo sie noch mehr gebraucht werden.

Natürlich stellen wir uns auf mögliche weitere kommende Herausforderungen ein. Zum Beispiel helfen die fast 50 neuen Stellen für die Rechtspfleger später dann auch bei den Amtsanwälten.

Zu Ihrem Vorschlag, den sowohl Ihre Fraktionsvorsitzende als auch Sie jetzt wieder aufgemacht haben, dass man doch auf die Amtsanwaltsstellen, die man jetzt schaffen würde, fertige Juristen setzen wollte, möchte ich etwas sagen.

(Zuruf des Abg. Dr. Axel Wilke, CDU)

Ich bin für gute Ideen offen.

(Dr. Axel Wilke, CDU: Sehr schön!)

Deswegen habe ich diese Überlegung bei einer Besprechung vor ca. einer Woche bei den Leitern der Staatsanwaltschaften in Rheinland-Pfalz zur Diskussion gestellt und gefragt, was sie aus der Praxis davon halten, wenn man so etwas macht. Da gab es einen, zwei oder drei der Staatsanwälte, die anwesend waren, die sagten, ja, das können wir uns vorstellen. Alle anderen, also die überwältigende Mehrheit, sagt, lasst bloß die Finger davon. Das sagt die Praxis.

Das ist eine Praxis, die weiß, worüber sie redet. Solche Vorschläge sind unausgegoren. Man kann einmal darüber reden, aber sie werden von der Praxis selbst zurückgewiesen: Lasst die Finger davon.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich sparen wir auch. Da leisten wir unseren Beitrag, besonders im Sachhaushalt an vielen einzelnen Stellen. Deswegen können wir auch Neues in Angriff nehmen, und zwar trotz der erforderlichen Sparrmaßnahmen, Sparmaßnahmen.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Nils Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Den brauchen wir auch!)

– Jetzt haben wir es doch! Man kann auch mit Freude sparen.

Wir können beispielsweise auch die Mehrkosten für Therapiemaßnahmen aufgrund gerichtlicher Weisung finanzieren. Zu Mehrleistungen im sächlichen Justizhaushalt führen auch Neubauvorhaben in unserem Bereich. In erster Linie sind das neue, in diesem Jahr fertiggestellte Wirtschaftsgebäude der Justizvollzugsanstalt Wittlich und das im Bau befindliche Justizzentrum in Bad Kreuznach. Diese Bauten helfen sehr.

Darüber hinaus wird es dann erstmals eigene Haushaltsmittel für Maßnahmen des Gesundheitsmanagements im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz geben.

Wir stärken weiter die Sozialen Dienste in der Justiz. Dafür haben wir in diesem Jahr entscheidende Grundlagen gelegt. Mit dem ersten Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes über den Sozialdienst wird nun auch eine klare Regelung für den Datenschutz bei den Sozialen Diensten der Justiz geschaffen. Dafür bitte ich um Ihre Zustimmung, ebenso um die Zustimmung für das Rechtsbereinigungsgesetz. Das schafft weitere größere Klarheit im Recht.

Besonders gewährleisten wir auch mit diesem Entwurf einen effektiven Verbraucherschutz. Wir steigern die Funktionsfähigkeit der vorhandenen Einrichtungen. Das gilt für Maßnahmen zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor gesundheitlichen und wirtschaftlichen Schäden. Das gilt genauso für die Lebensmittelüberwachung, nachhaltig wie sie ist, und die vielfältigen und anspruchsvollen Aufgaben des Landesuntersuchungsamtes. Auch dort wird vorzügliche Arbeit gemacht.

Ich höre bei meinen Besuchen in der Wirtschaft – also Stichwort Mineralwasser und das, was Sie immer durch den Kakao ziehen – von den Wirtschaftsunternehmen, die das machen, dass diese Kontrollen des Landesuntersuchungsamtes hoch erwünscht und hoch willkommen sind. Dafür allein lohnt sich schon das Mineralwasser.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren Abgeordneten, insgesamt sieht der Haushaltsentwurf eine tragfähige Mittelausstattung vor. Er sichert den ordnungsgemäßen Geschäftsablauf bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften, bei den Justizvollzugseinrichtungen und beim Verbraucherschutz. Bei allem Sparen, wir bringen über 50 neue Stellen neu in die gute Justiz in Rheinland-Pfalz. Dafür bitte ich um Ihre Zustimmung.

Ich danke Ihnen sehr.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass die zweite Beratung der Tagesordnungspunkte 2 und 3, also des Rechtsbereinigungsgesetzes und des Landesgesetzes zur Änderung des Landesgesetzes über den Sozialdienst der Justiz, bis nach den Abstimmungen zum Landeshaushaltsgesetz unterbrochen wird.

Ich rufe nun auf:

Beratung des Einzelplans 01 – Landtag

Dazu rufe ich die **Punkte 4 und 5** der Tagesordnung auf:

...tes Landesgesetz zur Änderung des Fraktionsgesetzes Rheinland-Pfalz Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/5899 – Erste Beratung

...tes Landesgesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes Rheinland-Pfalz und anderer Gesetze Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/5901 – Erste Beratung

Die Fraktionen haben eine Grundredezeit von fünf Minuten vereinbart. Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Pörksen.

(Beifall bei der SPD)

Abg. Carsten Pörksen, SPD:

Danke schön. Wahrscheinlich wird für zwei Gesetze geklatscht.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sie werden Verständnis dafür haben, dass ich mich heute bei dem Einzelplan 01 auf die beiden Gesetzentwürfe beschränke, die morgen bereits in zweiter und dritter Lesung verabschiedet werden sollen, morgen dann ohne Aussprache. Wir wollen uns nicht den Vorwurf gefallen lassen, wir hätten sie einfach nur durchgewunken.

Mit Datum vom 17. November 2015 hat der Landtagspräsident über die Leistungen an Abgeordnete und Fraktionen einen Bericht vorgelegt, wie er das jedes Jahr zu tun pflegt. In diesem Bericht kommt er zu dem Ergebnis, dass aufgrund der Erhöhungen im öffentlichen Dienst eine Anhebung der Abgeordnetenentschädigung im Jahr 2016 geboten sei.

Bezüglich der Abgeordnetenentschädigung wird darauf verwiesen, dass in den vergangenen Jahren auf Anregung der Enquete-Kommission „Parlamentsreform“ die Entwicklung der Entgelte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst herangezogen worden ist. Ich erinnere mich noch sehr gut an diese Enquete-Kommission, in der wir viele Dinge diskutiert haben, wie man aus dem Dilemma herauskommt, selbst über seine Entschädigung entscheiden zu müssen. Das ist ein Vorwurf, den sich Parlamentarier gefallen lassen müssen. Es sind viele Modelle überlegt worden, Gremien und was nicht noch alles. Aber es blieb dabei, es kann nur per Gesetz geschehen. Dann hat man sich dazu entschieden zu sagen, wir lehnen das an den öffentlichen Dienst an. Das soll jetzt auch so geschehen.

Bis 2015 sind die Gehälter im öffentlichen Dienst einschließlich der Beamten um 2,1 % angehoben worden. Bei den Abgeordneten ist es bei einem Prozent geblieben. Eine weitere Erhöhung erfolgt aufgrund des Tarifabschlusses und der Zusage, für die Beamten Gleiches zu tun, und zwar ab 1. März 2016 um 2,3 %.

Die Fraktionen sind deshalb übereingekommen, dem Landtag ebenfalls eine Erhöhung der Entschädigung um 2,3 % ab 1. März 2016 vorzuschlagen, was mit dem vorliegenden Gesetzentwurf geschehen soll.

Das Bundesverfassungsgericht hat in mehreren Entscheidungen ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Abgeordneten angemessen zu entschädigen seien, um ihr Amt unabhängig wahrnehmen zu können. Diesem Ziel dient auch der jetzt vorgelegte Gesetzentwurf.

Auch die vorgeschlagene Anhebung der monatlichen Pauschale von 281,21 Euro – das war damals der Umstellung auf die EU-Währung geschuldet – auf 310 Euro ist nach unserer Auffassung gerechtfertigt. Es ist die erste Anhebung seit 1987. Ich glaube, es wird keiner bestreiten, dass die Kosten auch für die Abgeordneten in ihren Büros usw. erheblich angestiegen sind.

Bezüglich der Leistungen an die Fraktionen kommt der Präsident in seinem Bericht zu dem Ergebnis, dass die Einkommensentwicklung und die allgemeinen Lebenshaltungskosten seit den letzten Jahren erheblich angestiegen sind. Insbesondere die Erhöhungen im öffentlichen Dienst – ich habe darauf hingewiesen –, die direkt auf die Kosten der Fraktionen durchschlagen, denn ca. 80 % der Kosten bei den Fraktionen sind Personalkosten, machen es auch aus unserer Sicht erforderlich, die Leistungen maßvoll anzuheben, damit die Fraktionen ihre verfassungsmäßigen Aufgaben weiterhin sachgemäß und effektiv wahrnehmen können.

Aus diesen Gründen schlagen die Fraktionen in dem vorgelegten Gesetzentwurf zur Änderung des Fraktionsgesetzes vor, den monatlichen Grundbetrag um 5,2 % auf 56.800 Euro anzuheben sowie einen Steigerungsbetrag pro Fraktionsmitglied auf 1.828 Euro festzusetzen.

Wir sind gemeinsam der Auffassung, dass mit beiden Gesetzentwürfen die Fortsetzung der Arbeit der Fraktionen gewährleistet wird und gleichzeitig die Abgeordneten an der allgemeinen Entwicklung der Einkommen teilhaben werden.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Bracht das Wort.

Abg. Hans-Josef Bracht, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Alljährlich müssen wir als Abgeordnete selbst entscheiden, wie unsere Entschädigung und wie die Finanzausstattung der Fraktionen sein sollen. Wir müssen es auch gegenüber der Öffentlichkeit verantworten. Deshalb will ich auch meinerseits für die CDU-Fraktion einige Ausführungen zu beiden Gesetzentwürfen machen.

Beim Abgeordnetengesetz will ich mit der Rechtsprechung

des Bundesverfassungsgerichts beginnen. Das Bundesverfassungsgericht hat zur Entschädigung der Abgeordneten festgestellt – ich zitiere –, diese muss „der Bedeutung des Amtes unter Berücksichtigung der damit verbundenen Verantwortung und Belastung und des diesem Amt im Verfassungsgefüge zukommenden Ranges gerecht werden.“

Wenn wir nun betrachten, wie die Entwicklung der letzten Jahre war, dann stellen wir fest, dass die Entschädigung der Abgeordneten in den letzten vier Jahren analog der Entschädigung der Beamten nur um 1 % gestiegen ist, während sie im Tarifbereich einen ganz anderen Verlauf genommen hat, und zwar im öffentlichen Dienst, insbesondere aber auch in der Privatwirtschaft.

Wenn man dann die Einkommensentwicklung seit 1994 betrachtet – im Bericht ist das dargelegt –, so stellt man fest, dass die Anhebung der Abgeordnetenentschädigung in diesem Zeitraum hinter den Steigerungsraten des öffentlichen Dienstes deutlich zurückgeblieben ist. Hätte man die Einkommensentwicklung und Einkommenssteigerungen im öffentlichen Dienst vollständig nachvollzogen, wäre die derzeitige Abgeordnetenentschädigung um 630 Euro höher.

(Hedi Thelen, CDU: Wir sind uns selbst nichts wert!)

Legt man die Einkommenssteigerungen bei den Landesbeamten zugrunde, dann ergibt sich immerhin noch eine Differenz von derzeit 230 Euro. Ich denke, dies zu betonen und gegenüber der Öffentlichkeit deutlich zu machen, ist sinnvoll.

Nun sollten wir aber den Ansprüchen und Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts gerecht werden. Deshalb ist zumindest eine Mindestanpassung jetzt notwendig. Dem wollen wir nun nachkommen.

Herr Kollege Pörksen hat dargestellt, dass im Bereich des öffentlichen Dienstes für die Beamten wie für die Angestellten in diesem Jahr eine Anpassung der Bezüge um 2,1 % erfolgt ist, während wir, die Abgeordneten, bei 1 % geblieben sind.

Zum 1. März im kommenden Jahr ist eine Anpassung sowohl im tariflichen Bereich im öffentlichen Dienst als auch im Beamtenbereich von 2,3 % vorgesehen.

Sachgerecht und vertretbar wäre für das Parlament eine Anpassung in beiden Jahren um mindestens die gleiche Prozentzahl. Gleichwohl haben wir entschieden, dass wir in diesem Jahr bei 1 % bleiben und nur ab dem 1. März 2016 eine Erhöhung von 2,3 % beschließen.

Meine Damen und Herren, die Tagegeldpauschale soll, nachdem sie seit 1987 nicht mehr verändert wurde, moderat angepasst werden. Es geht um knapp 30 Euro im Monat, und zwar von 281 Euro auf 310 Euro. Ich denke, das ist angemessen.

Dann gibt es die Kostendämpfungspauschale. Sie ist seinerzeit für die Abgeordneten, die einen Beihilfeanspruch hatten, entsprechend der damaligen Höhe der Entschädigung der Abgeordneten festgesetzt worden. Wir sind

adäquat analog der Beamten eingestuft worden. Da sich inzwischen der Abstand verändert hat, ist die Kostendämpfungspauschale nicht mehr in der richtigen Kategorie eingestuft. Die Einstufung wird deshalb mit diesem Gesetz angepasst.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man das zusammen betrachtet, glauben wir, dass die Anpassung der Abgeordnetenentschädigung um 2,3 % im März und die Anpassung der Tagegeldpauschale um 30 Euro nicht nur maßvoll sind. Sie sind angemessen. Ich sage auch, sie sind in diesem Maß geboten.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das gilt in gleichem Maß auch für das Fraktionsgesetz und die Anpassung der Geld- und Sachleistungen für die Fraktionen. Diese erhalten die Fraktionen, um ihre Geschäftsstellen zu finanzieren. Herr Kollege Pörksen hat darauf hingewiesen, dass der wesentliche Kostenblock das Personal ist. Ich habe dargestellt, dass sich die Personalkostenentwicklung in den letzten Jahren fortentwickelt hat. Die letzte Anpassung der Fraktionsentschädigung ist zum 1. Januar 2014 erfolgt, also vor zwei Jahren.

In dieser Zeit hat es tarifliche und andere Anpassungen gegeben. Ich glaube, es ist notwendig, dass auch die Fraktionszuschüsse angehoben werden, wenn die Fraktionen ihr Personal in dem Maß weiter finanzieren wollen. Das sollten sie wohl können. Es ist ein entsprechender Vorschlag gemacht worden. Wir meinen, auch diese Anpassung ist maßvoll, angemessen und ebenfalls geboten.

Deshalb bitte ich Sie, beiden Gesetzentwürfen bei der morgigen Abstimmung zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall im Hause)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Herr Kollege Wiechmann.

Abg. Nils Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute über den Landeshaushalt 2016 und damit auch immer verbunden über die Ausgaben für den Landtag, die Landtagsverwaltung, die Personalkosten, die Institution des Bürgerbeauftragten und des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit und über die Zuweisungen an die Fraktionen und auch die Zuweisungen und Entschädigungen für uns als Abgeordnete selbst.

Es freut mich zunächst einmal, dass es in diesem Haus erneut gelungen ist, den Einzelplan des Landtags sehr konstruktiv miteinander zu beraten, und dass wir eine gemeinsame Basis gefunden haben. Ich möchte insbesondere auch der Landtagsverwaltung, Frau Direktorin Molka und Frau Dr. Franke, für das gesamte Haus einen

herzlichen Dank aussprechen, dass wir das hinbekommen haben. Ich möchte mich auch ganz persönlich bei meinen beiden PGF-Kollegen, Herrn Pörksen und Herrn Bracht, bedanken. Ich glaube, das haben wir in einer vernünftigen Atmosphäre geschafft. Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von der SPD: Dreamteam!)

Herr Kollege Bracht wird sicherlich auch seine Fraktionsvorsitzende darauf hinweisen, dass das, was sie heute Mittag in der Generaldebatte zu den Kosten für die Homepage des Landesbeauftragten gesagt hat, nicht ganz so der Realität entspricht und wir das gemeinsam vereinbart haben.

Für die Haushaltsaufstellung gab es erneut – das wissen Sie auch – die Vorgabe seitens des Finanzministeriums, 2 % der Vorjahresansätze einzusparen. Der Landtag hat sich auch in diesem Jahr an dieser Vorgabe freiwillig beteiligt. Einige Titel konnten aber nicht in diese Einsparauflage miteinbezogen werden.

Bedingt durch die anstehende Sanierung unseres Parlaments mussten Titel, wie zum Beispiel die Miete für die Steinhalle und den Ratssaal, mit eingepreist werden. Bedingt durch den Wahlperiodenwechsel kommen zusätzliche Veranschlagungen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit dazu, wie zum Beispiel die Neugestaltung des Landtagsfilms, aber auch das neue Landtagshandbuch oder unter anderem das Projekt „Juniorwahl“ hinzu.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, dass gerade die finanzielle Ausstattung der Fraktionen und die Entschädigung der Abgeordneten besonders im Fokus der Öffentlichkeit stehen. Ich finde, dass wir auch hier einen sehr fairen Kompromiss erzielt haben, den alle Fraktionen mittragen können. Meine beiden Kollegen haben schon auf viele Details hingewiesen.

Maßhalten war, ist und bleibt für mich und meine Fraktion auch gerade, was die Erhöhung der Diäten angeht, immer die Devise. Die Erhöhung der Diäten wird dabei – das wurde gerade erläutert – an die Erhöhung der Besoldung für Beamte angepasst. Mit dieser Erhöhung orientieren wir uns an der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Hierzu haben Herr Kollege Pörksen und Herr Kollege Bracht auch schon Äußerungen vorgenommen.

Alle Fraktionen haben deshalb gemeinsam vereinbart, dass nach den Einkommenssteigerungen im öffentlichen Dienst auch die Entschädigungen für Abgeordnete zum 1. März 2016 um 2,3 % steigen sollen. Die Abgeordnetenentschädigung war – das wissen wir alle – unter dem Eindruck der Schuldenbremse und korrespondierend mit der Besoldung für die Landesbeamten seit 2012 um jeweils nur 1 % erhöht worden.

Nachdem die Bezüge der Beamtinnen und Beamten bereits zum 1. März dieses Jahres erhöht wurden und noch einmal zum 1. März nächsten Jahres erhöht werden, erscheint es uns angemessen, auch die Abgeordnetenentschädigung entsprechend anzupassen. Im Unterschied zu den Bezügen der Landesbeamtinnen und Landesbeamten sollen sie aber nicht rückwirkend für das Jahr 2015, son-

dern erst ab März 2016 erhöht werden.

Meine Damen und Herren, die Fraktionen brauchen eine angemessene Finanzausstattung, um ihre wichtigen Aufgaben zu erfüllen. Wir können und müssen als selbstbewusstes Parlament und als selbstbewusste Fraktionen deutlich machen, dass wir als Gesetzgeber unser Land gestalten.

Gerade die gestiegenen Anforderungen an die Fraktionen durch die technischen Neuerungen, aber auch durch die sozialen Netzwerke und die gestiegenen Dialog- und Kommunikationsbedürfnisse innerhalb des Parlaments, aber auch mit den Bürgerinnen und Bürger, rechtfertigen, dass wir für die Fraktionen eine zusätzliche Erhöhung, die auch maßvoll ist, anstreben.

In der Demokratie bedarf es eines starken Parlamentes. Wem sage ich das? Wir sollten alle gemeinsam für ein solches starkes Parlament auch gegenüber der Öffentlichkeit werben. Sie fordert das auch immer wieder ein. Das ist auch gut so. Sie kontrolliert uns und schaut uns immer sehr genau auf die Finger. So soll es sein. Wir als Parlament stehen dieser Transparenz und dieser Öffentlichkeit immer gegenüber und rechtfertigen uns. Ich glaube, wir brauchen überhaupt kein schlechtes Gewissen zu haben.

Vielen herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit haben wir die Tagesordnung für den heutigen Mittwoch abgearbeitet. Wir unterbrechen die Beratung, die wir morgen am Donnerstag, dem 17. Dezember 2015, in der 110. Plenarsitzung fortsetzen werden. Bitte beachten Sie, dass die Sitzung um 09:00 Uhr beginnen wird. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Ende der Sitzung: 18:29 Uhr.